Nr. 224. 29. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 25. September 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Keine Antwort!

Was denkt sich denn der Herr Reichskanzler eigentlich?

Glaubt er denn wirklich, daß sich das deutsche Volk aber auch alles bieten lassen wird?

Die stärkste Fraktion des deutschen Reichstags, die Vertreter eines Drittels des deutschen Volkes, richten an den Reichskanzler einen Brief mit dem dringenden Ersuchen, den Reichstag einzuberufen. Ein Notstand, so groß, daß selbst die interessierten Nutznießer des Volkshungers ihn nicht mehr zu leugnen wagen, herrscht im Lande. Die Volksvertretung soll Hilfe schaffen, das Notwendige beschließen. Nicht nur die stärkste Partei im Reich und Parlament fordert es. Längst schon haben sich die großen Städte und ihre Vertretungen diesem Vorgehen angeschlossen. Aber der Herr Reichskanzler würdigt die Fordernden nicht einmal einer Antwort. Der hochmütige Bureaukrat hat für die Not des Volkes, für dessen konstitutionelles Recht nur verächtliches Schweigen. Ist das zu ertragen?

Was ist denn dieser Herr v. Bethmann Hollweg eigentlich?

Daß er eine Persönlichkeit ist, glaubt ja doch höchstens Onkel Breysig. Irgendwelche politischen Verdienste, die es etwa erträglich erscheinen ließen, daß der Herr sich als der absolute Beherrscher des deutschen Volkes aufspielt, der in einer das Wohl des Volkes so unmittelbar berührenden Frage den Reichstag achtlos beiseite schieben dürfte, hat doch der fünfte Reichskanzler wahrhaftig nicht aufzuweisen. Er ist allerdings der Vertrauensmann des Bundes der Landwirte, der konservativen und klerikalen Großgrundbesitzer. Daß er deren Interessen allein, einzig und allein, vertritt, daß er, dessen folgenschwere Untätigkeit im Vorjahre so sehr zu der herrschenden Teuerung beigetragen hat, für die Interessen der überwältigenden Majorität des deutschen Volkes gar nichts übrig hat, daß er ihr bitterster Feind ist, diesen Beweis zu führen, hat er ja nicht mehr nötig. Daß er ein Verächter der Demokratie ist, wie all die kleinen Geister, die sich bei gleicher Verteilung von Wind und Sonne nie durchsetzen könnten, weiß man ebenfalls. Aber berechtigt denn all das wirklich diesen Mann, dem deutschen Volke sein wichtigstes konstitutionelles Recht, das Recht auf seine Vertretung in der Zeit vorzuenthalten, wo es deren am dringendsten bedarf?

Was ist denn Herr v. Bethmann politisch?

Er ist der dem Deutschen Reichstag einzig verantwortliche Beamte. Er ist kein Vertrauensmann des Parlaments und schon gar nicht ein Vertrauensmann des deutschen Volkes. Er hat seine Stellung durch das Belieben Wilhelms II. Und die Art, wie dieser Handlanger des persönlichen Regiments die Forderung des Volkes auf Einberufung des Reichstags zu behandeln wagt, enthüllt so zugleich das ganze Verfassungselend des deutschen Volkes.

In der Tat, das politische und das materielle Elend, sie sind beide untrennbar verknüpft und kein anderes Volk würde den materiellen Notstand ohne Hilfe so lange ertragen müssen als das auch politisch verelendete deutsche. Ueberall anderswo würde eine Regierung die Mitarbeit des Parlaments begrüßen, würde seine Einberufung als eine elementare konstitutionelle Selbstverständlichkeit längst veranlaßt haben, wäre sie längst mit den notwendigen Vorschlägen vor die Volksvertretung getreten. Nur in Preußen-Deutschland verachten die Herrschenden die Volksvertretung, suchen ihre Rechte zu verkümmern und treiben ununterbrochen Sabotage und Obstruktion gegen das Parlament. Freilich, Schuld daran tragen auch die bürgerlichen Parteien, die einen, die Konservativen und das Zentrum, weil sie im innersten Wesen Feinde des Parlamentarismus sind, die anderen, die Liberalen, weil sie in Schwäche und Aengstlichkeit nie das Recht des Reichstags zu wahren und auszunützen verstanden haben. Selbst jetzt sucht man vergebens ein energisches Auftreten der liberalen Parteien, obwohl die höhnische Nichtbeachtung des Verlangens der stärksten parlamentarischen Fraktion nicht nur diese trifft, sondern einen Schlag gegen das Ansehen des Parlamentarismus überhaupt bedeutet.

Aber das überschwächliche Verhalten der Parteien erklärt vielleicht, aber rechtfertigt nicht die Dreistigkeit dieses Bureaukraten, der höhnisch mit den Achseln zuckt, wenn er an seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit erinnert wird. Und jedenfalls haben die deutschen Arbeiter keine Lust, diese Beleidigung ihrer Vertreter ruhig hingehen zu lassen. Wenn der Herr Reichskanzler das Parlament verachtet, dann paßt er eben nicht für sein Amt, und Wilhelm II., der ihn eingesetzt hat, muß einen Handlanger wählen, der das konstitutionelle Recht etwas mehr respektiert. Denn die Zeiten des Absolutismus sind vorüber auch in Deutschland, und eine Regierung, die das nicht begreifen will, die als Ausschuß der Junker mit absolutistischen Mitteln den Notstand verlängern will, wird auf einen Widerstand stoßen, den sie vielleicht nicht erwartet.

Ob die da oben eine Vorstellung von der Stimmung der Massen haben? Wilhelm II. hat gemeint, heute könne jeder Arbeiter seines Lohnes froh sein! Und sein Kanzler regiert in diesem Sinne. Die Herren täten gut, etwas mehr auf die Stimmen der Arbeiter selbst zu achten. Gestern abend haben in Berlin die Frauenversammlungen stattgefunden und Zufriedenheit war wirklich nicht die vorherrschende Stimmung. Die Versammlungen waren massenhaft besucht und die Erbitterung dieser armen Frauen, die nicht mehr wissen, wie sie mit dem Einkommen noch den Haushalt bestreiten sollen, die brauchte wirklich nicht erst durch die „Hetzer" erzeugt zu werden. Die war da und brach immer wieder in den stürmischen Zwischenrufen durch. Und die Entschlossenheit ist nicht minder groß. Diesmal muß etwas geschehen! Die Zeit zum Handeln darf nicht wieder verpaßt und verzettelt werden. Der Not muß Abhilfe werden!

Die Regierung tut nichts oder doch — sie hält Konferenzen ab. Aber davon werden wir nicht satt. Und überhaupt reichen die kleinen Mittelchen, mit denen die Regierung dem Volke vielleicht die Augen auswischen will, um die Wucherprofite den Agrariern auch für die Zukunft zu sichern, nicht aus. Da muß der Reichstag handeln, da müssen die Gesetze, die die Grenzen sperren, Vieh und Fleisch verteuern, das deutsche Getreide ins Ausland treiben, geändert werden. Und deshalb muß der Reichstag zusammenberufen werden dem bureaukratischen Absolutismus zum Trotz! Herr v. Bethmann Hollweg aber zögert noch immer; er will die Volksvertreter nicht zu Worte kommen lassen und glorreich allein weiter regieren. Um so dringender ist es, daß das Volk wenigstens außerhalb des Parlaments das Wort nimmt. Gestern haben die Frauen ihre steigende Not geklagt. Sonntag soll der Herr Reichskanzler hören, wie die arbeitenden Massen Berlins darüber denken, daß er die Forderungen des Volkes totschweigen zu können glaubt. Er soll hören, wie die Berliner Sozialdemokratie es empfindet, daß er die Eingabe ihrer Vertreter keiner Antwort würdigt. Herr v. Bethmann Hollweg glaubt kluge Politik zu treiben, indem er unsere Abgeordneten daran verhindert, positive Arbeit zur Hebung des Notstandes zu leisten. Nun so haben unsere Abgeordneten wider ihren Willen Zeit, die Massen aufzuklären, wer die Schuld trägt, wenn sie hungern müssen, wen die Verantwortung trifft, wenn noch immer nichts geschieht, was längst hätte geschehen müssen! Die arbeitenden Massen Berlins werden dem neuen Kampfruf, der an sie ergeht, Folge leisten. Am Sonntag werden sie als Avantgarde der Viermillionenpartei Abrechnung halten mit einer Regierung, die entgegen dem Geist der Konstitution das Mitbestimmungsrecht des Volkes und seiner Vertretung mißachtet, mit einer Regierung, die der stärksten Partei des Reichstags mit verächtlichem Hohn begegnen zu dürfen glaubt, die im Interesse einer kleinen Schar von Volksausplünderern die Massen in Knechtschaft und Elend halten will.

Der Herr Reichskanzler hat für das Volk keine Antwort. Er wird aber das Volk nicht abhalten können, ihm und seinen Auftraggebern die sehr nötige Antwort zu geben!

* * *

Die Regierung — überlegt!

Ein offiziöses Papier bringt folgende Aufreizung zu Haß und Verachtung:

„Die Frage der Fleischnot wird andauernd von den maßgebenden Instanzen der Reichsregierung erörtert. (!) Diese Instanzen betrachten sie als eine der wichtigsten Angelegenheiten, mit denen die Regierungen sich zu beschäftigen haben. Dementsprechend vergeht kaum ein Tag, an dem nicht Konferenzen (!) über die Frage stattfinden. So hat der Reichskanzler gestern über diese Sache konferiert, während gleichzeitig im Reichsamt des Innern in der gleichen Angelegenheit eine Sitzung abgehalten wurde. Die Schwierigkeit der Materie verzögert den Abschluß der Verhandlungen; endgültige Entscheidungen liegen noch nicht vor."

Wirkt das nicht auf Euch, Darbende, sehr tröstlich?!

Weiteres Steigen der Fleischpreise.

Während die Regierung täglich — man denke! — überlegt — man denke! — und erörtert, steigen die Fleischpreise. Sie sind so illoyal, sich gar nicht um die Prophezeiungen des Kanzlers, der Minister und der „Nordd. Allg. Ztg." zu kümmern. Nach den von der „Statistischen Korrespondenz" angestellten Durchschnittsberechnungen, die für die absolute Höhe der Preise noch ein zu günstiges Bild liefern, stiegen die Preise pro Kilo gegen den September 1911 für Rindfleisch um 23,2 Pf.; für Kalbfleisch um 18,2 Pf.; für Hammelfleisch um 15,4 Pf.; für Schweinefleisch um 37,1 Pf.; für Schweineschinken um 42,6 Pf.; für Schweinespeck um 34 Pf.

Pferdefleisch erhöhte sich um 5,4 Pf. im Preise.

Gerade das Schweinefleisch, das durch seine Billigkeit fast allein auf den Tisch des Arbeiters gelangen konnte, hat die stärkste Preiserhöhung erfahren. Es ist heute nur um weniges billiger als die übrigen Fleischsorten, aber beträchtlich teurer als Rind- und Hammelfleisch vor einem Jahre. In früheren Debatten über die Fleischteuerung wiesen Regierung und Agrarier immer darauf hin, daß zwar Rind-, Kalb- und Hammelfleisch im Preise gestiegen seien; das träfe aber nur die Begüterten. Das Fleisch des kleinen Mannes, das Schweinefleisch, sei dafür billiger geworden. Und tatsächlich stellten sich auch die Schweinefleischpreise in den Jahren 1910 und 1911 etwas niedriger als 1909. Seit Anfang dieses Jahres ist aber Schweinefleisch sehr rasch im Preise gestiegen. Heute sind sämtliche Fleischsorten für den Arbeiter unerschwinglich geworden.

Die Regierung wird jetzt neuen Stoff zu neuen Erörterungen haben. Dann aber wird man die Konferenzen verschieben, bis die Statistik für den Oktober bearbeitet ist. Und so weiter!

Fleischvergiftungen!

Die Armen, die die Agrarier reich machen müssen, büßen jetzt ihre Begehrlichkeit mit dem Tode. Da sie nicht ganz auf Fleisch und Wurst verzichten wollen, gutes Fleisch aber teuer ist, essen diese Ungenügsamen jetzt schlechtes und verdorbenes Fleisch und schädigen dadurch unverantwortlicherweise die nationale Volkskraft. So wird aus Köln telegraphiert: Die Fleischvergiftungen nehmen einen großen Umfang an. In einem Viertel des südlichen Stadtteils sind zwanzig Personen unter schweren Vergiftungserscheinungen erkrankt. Der elfjährige Sohn einer Familie ist bereits gestorben, die Mutter liegt im Sterben. Heute sind wieder neue Erkrankungen gemeldet worden. Die Erkrankten sollen bei ein und demselben Metzger das Fleisch gekauft haben. Eine eingehende Untersuchung wurde eingeleitet.

Das Resultat dieser Untersuchung wird dann wieder dankenswertes Material für die Erörterungen in den täglichen Konferenzen der Minister liefern.

Doppelzüngigkeit des Zentrums.

Dem Zentrum wird vor den Folgen seiner Lebensmittelwucherpolitik doch einigermaßen bange. Namentlich die christlichen Arbeiter fangen nachgerade an, schwierig zu werden. Nun sind zwar die Arbeiter dem Zentrum recht erwünscht als Stimmvieh, aber wirklich vertreten werden von den den Konservativen verbündeten Klerikalen nur die großagrarischen aber nicht die Arbeiterinteressen. Daher die abscheuliche Doppelzüngigkeit der Zentrumsleute, wenn sie auf den Arbeiterfang ausgehen. So schreibt die M.-Gladbacher Korrespondenz:

„Als Hauptpunkt, um den sich das Interesse an den zur gegenwärtigen Teuerung vorgeschlagenen Abhilfemitteln konzentriert, kann man wohl die Einfuhr von Gefrierfleisch bezeichnen. Die Meinungen hierüber sind freilich sehr geteilt (nämlich zwischen den Großagrariern einerseits und der übrigen Bevölkerung andererseits!). Während die einen sich geradezu phantastische Hoffnungen zu machen scheinen, erheben sich in anderen Kreisen die schlimmsten Befürchtungen. Es dürfte darum angezeigt erscheinen, die tatsächliche Lage der Dinge einmal ruhig zu erörtern.

Es ist ohne Zweifel richtig, daß die Einfuhr von ausländischem Gefrierfleisch dann unter allen Umständen vermieden werden müßte, wenn feststände, daß sie der heimischen Viehzucht Schaden bringen würde. Sie müßte dann unterbleiben, nicht etwa der „Agrarier" willen, sondern um der Zukunft unseres Fleischkonsums willen; das Gefrierfleisch könnte in dem angenommenen Fall höchstens nur eine kurze augenblickliche Erleichterung bringen; nachher würden die letzten Dinge schlimmer werden wie die ersten, es würde sich dann sicher das Wort bewähren: „Billige Wochen, teure Jahre". Auch wird zuzugeben sein, daß für Deutschlands Fleischversorgung unter allen Umständen die Inlandslieferung die Hauptsache sein muß; wir würden uns sonst über kurz oder lang den größten weltpolitischen wie wirtschaftlichen Schwierigkeiten ausgesetzt finden.

Jedoch kann bei der gegenwärtigen Lage der Dinge doch die Ueberzeugung zu Recht bestehen, daß jetzt diese Befürchtungen nicht zutreffen. Auch bei Einfuhr des gefrorenen Fleisches werden diejenigen, die sich bei den teuren Preisen Fleischnahrung verschaffen können, das frische Fleisch nach wie vor dem gefrorenen vorziehen. Würden die Frischfleischpreise, etwa infolge gesteigerter Produktion oder besonders als Folge des allmählichen Wegfalls der Wirkungen des Futterausfalls der letzten Jahre, sinken, so werden auch diejenigen, die notgedrungen zum billigeren Gefrierfleisch haben greifen müssen, sicher dem Frischfleisch sich wieder zuwenden. Diejenigen Kreise jedoch, die bei den hohen Fleischpreisen Frischfleisch nicht mehr erschwingen können, kommen ja jetzt als Käufer des inländischen Fleisches ohnedies nicht in Betracht, ihr Einkauf von Frostfleisch kann darum dem inländischen Fleisch den Markt nicht beeinträchtigen."

Wer aber meint, daß das Zentrum und seine Korrespondenz nun etwa die Forderung der Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes energisch fordern würde, der wäre getäuscht. Die Korrespondenz will warten, ob die Regierung Recht hat mit ihrer lästerlichen Behauptung, die Gefriertechnik bedürfe der Aufhebung nicht mehr. Unterdessen sucht sie glauben zu machen, es sei zweifelhaft, ob Argentinien und Australien genügend Fleisch liefern könne und wendet sich dann mit langen Ermahnungen an die — Kommunen. Also der alte Schwindel!

Aber bezeichnend ist es schon, daß nicht einmal mehr das Zentrum sich gegen die Forderung der Oeffnung der Grenzen für Gefrierfleisch — es muß aber noch die Aufhebung des Zolles dazu kommen! — auszusprechen wagen darf.

Der Hausknechtsparagraph vor Gericht.

In dem Prozeß gegen die Abgeordneten Genossen Borchardt und Leinert ist gestern nach längeren Plaidoyers die Verhandlung bis zum Sonnabend ausgesetzt. Es soll Beweis darüber erhoben werden, ob der Präsident v. Erffa nicht eingeschritten ist, um Störungen der Ordnung zu verhindern, sondern um auf Wunsch des konservativen Abgeordneten v. Pappenheim seine Autorität durch die Polizeimannschaft zu wahren. Außerdem soll der Briefwechsel zwischen dem Präsidenten v. Kröcher und dem Minister des Innern herbeigeschafft werden, um festzustellen, ob der Minister des Innern hierin der Ansicht Ausdruck gegeben hat, daß ein Polizeibeamter, der den Wiedereintritt eines auf Grund des Hausknechtsparagraphen ausgewiesenen Abgeordneten in den Saal hindert, sich einer Anklage wegen Verbrechens gegen § 106 des Strafgesetzbuchs aussetzen würde.

Die Beweiserhebung erscheint recht entbehrlich und überflüssig. Entbehrlich, denn daß der Präsident v. Erffa nicht zwecks Aufrechterhaltung der Ordnung den Hausknechtsparagraphen in Anwendung gebracht hat, ergibt sich ebenso klar aus den stenographischen Berichten wie die Tatsache, daß die Mehrheit des Abgeordnetenhauses den Hausknechtsparagraphen beschlossen hat, um die Rechte der sozialdemokratischen Abgeordneten gewaltsam zu unterdrücken. Hat ferner der Minister des Innern der Ansicht Ausdruck gegeben, ein Polizeibeamter, der einen Abgeordneten gewaltsam hindert, den Sitzungssaal zu betreten, sei mit Zuchthausstrafe bedroht und sehe deshalb einer Anklage entgegen, so hat er eine durchaus zutreffende Ansicht geäußert. Hat er sie dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses gegenüber dokumentarisch geäußert, so beweist dies, daß der Präsident, der die Akten kannte und dennoch Polizeibeamte zur Begehung der Verbrechen aufforderte, nicht guten Glaubens war.

Aber für den Prozeß gegen Borchardt und Leinert ist die Beweiserhebung über beide Behauptungen vom juristischen Standpunkte aus überflüssig. Mit Recht hat deshalb auch die Verteidigung in erster Linie beantragt, die Angeklagten sofort freizusprechen. Indes mag eine Beweiserhebung zur Aufklärung des gesamten Milieus gewiß dienlich sein, aus dem heraus gegen die Rechte der Volksvertreter Anschläge beraten, beschlossen und angeordnet wurden.

Auch am gestrigen Tage spielte der Anklagevertreter eine wenig beneidenswerte Rolle. Unbarmherzig wurde seine Anklageschrift von der Verteidigung zerfetzt und vernichtet. Es machte einen geradezu kläglichen Eindruck, wie der Vertreter der Anklage beharrlich allen juristischen Argumenten aus dem Wege ging und zur alleinigen Stütze der Anklage immer wieder sich auf das Polizeimädchen für alles, den § 10 II, 17 A. L.-R., berief. Und doch verwehrt selbst diese Vorschrift, wie die Verteidiger überzeugend nachwiesen, der Polizei jede Berechtigung zu ihrem Vorgehen. In § 10 Teil II Titel 17 des Allgemeinen Landrechts heißt es: „Die nötigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung und zur Abwendung der dem Publiko oder einzelnen Mitgliedern desselben bevorstehenden Gefahr zu treffen, ist das Amt der Polizei". Damit ist das Recht der Polizei begrenzt. Darüber hinaus darf die Polizei niemals gehen. Eine Gefahr im Sinne des § 10 liegt nach ständiger Rechtsprechung des preußischen Oberverwaltungsgerichts nur vor, „wenn Leib, Leben, Gesundheit oder Vermögen eines zu Schützenden gefährdet sind"; liegt solche Gefahr nicht vor, so ist polizeiliches Einschreiten nicht gerechtfertigt. Wessen „Leib, Leben und Gesundheit oder Vermögen" war denn durch Borchardt oder Leinert gefährdet? Vergeblich wartete man auf eine Antwort des Staatsanwalts auf diese Frage.

Gefährdet, auf's schlimmste verletzt war durch die rechtswidrigen Anordnungen des Präsidenten v. Erffa und durch den Gehorsam, der seinem Ersuchen um Begehung von Verbrechen gegen die Verfassung und gegen §§ 105 u. 106 des Strafgesetzbuchs gezollt wurde, die preußische Verfassung, das Reichsstrafgesetzbuch und das Recht des Volkes auf unbehinderte Ausübung der Rechte seiner Vertreter Borchardt und Leinert. Glatte Freisprechung der angeklagten Abgeordneten und Anklageerhebung gegen die der Verbrechen gegen die §§ 105 und 106 Str.-G.-B. Schuldigen verlangt das Recht und das Rechtsbewußtsein. Eine Verurteilung der Angeklagten — ganz gleich zu welcher Strafart oder Strafhöhe — bedeutet eine Aufmunterung zu hochverräterischen Staatsreichsverbrechen gegen die Verfassung und gegen die Rechte der Abgeordneten.

Das höchste österreichische Gericht hat in einem ganz gleich liegenden Falle den Versuch zurückgewiesen, den dortigen Hausknechts-Paragraphen — genannt Lex Falkenhahn — als verfassungsmäßig zu bezeichnen. Es hat ausdrücklich erklärt: „Jeder Abgeordnete hat Sitz und Stimme, so lange das Haus dessen Wahl nicht für ungültig erkannte. Der Abgeordnete ist zur Anwesenheit im Sitzungssaal berechtigt und verpflichtet. Eine Aenderung dieser Bestimmungen kann nur durch Gesetz erfolgen." Genau so liegt es in Preußen. Der Hausknechtsparagraph ist verfassungs- und gesetzwidrig. Richter, die sich nicht von ihren politischen Neigungen, sondern von ihrem juristischen Gewissen leiten lassen, können — wie das österreichische Urteil und wie die Darlegungen des nationalliberalen Landgerichtsdirektors Boisly erweisen — zu keinem anderen Resultat gelangen.

Die russischen Dumawahlen.

Laut Edikt des Zaren ist die Duma am 12. September aufgelöst und der Beginn der Neuwahlen für den 23. September anberaumt worden. Formell hat also die dritte Duma erst jetzt zu existieren aufgehört, in Wirklichkeit ist sie schon Anfang Juli in der Versenkung verschwunden! Ebenso beginnen schon jetzt — auf dem Papier — die Neuwahlen, obgleich bisher nicht einmal die Wählerlisten veröffentlicht worden sind. Eine Fiktion — als Symbol des russischen Verfassungslebens, heuchlerische „konstitutionelle" Phrasen — als Deckmantel für die asiatische Wirklichkeit!

„Die Wahlkampagne — wird aus Jekaterinodar im nördlichen Kaukasus geschrieben — ist bereits im vollen Gange; leider treten diesmal als „Wähler" die Gendarmen auf, von denen die Bürger Jekaterinodars einzeln „gewählt" werden, und zwar nicht für die Reichsduma, sondern für das örtliche Gefängnis!" Diese kurzen Worte beleuchten treffend die Situation, aus der die vierte Duma geboren werden soll.

Es würde zu weit führen, wollte man sämtliche Mittel aufzählen, die von den herrschenden Gewalten schon seit Monaten angewendet werden, um eine folgsame regierungstreue Duma zusammenzustoppeln. Sämtliche Fälschertricks und Unterdrückungsmaßnahmen der Behörden und ihrer Kreaturen verschwinden vor der einen großen Infamie — vor dem nach dem Staatsstreich vom 3./16. Juni 1907 aufoktroyierten Wahlgesetz, das die Herrschaft über die Volksvertretung der junkerlich-plutokratischen Reaktion ausgeliefert hat.

Das erste russische Wahlgesetz vom 11./24. Dezember — eine verbesserte Fassung des Bulyginschen Entwurfes vom 6./19. August 1905 — war der Regierung unter dem Druck der Massenstreiks und der Agrarunruhen im ganzen Reich entrissen worden. Es enthielt große Mängel, es gab aber dennoch dem Willen des Volkes Raum und bot die Grundlage für die demokratische Zusammensetzung der ersten und der zweiten Duma. Die Regierung hatte, auf den Gegensatz zwischen Stadt und Land rechnend, der Bauernschaft ein ziemlich weitgehendes Wahlrecht verliehen. Diese Spekulation schlug aber gründlich fehl, denn die aus ihrem politischen Schlaf erwachende Bauernschaft trat Hand in Hand mit der städtischen Demokratie gegen die Junkerherrschaft auf. Die erste Duma wurde aufgelöst. Die Feldgerichte traten in Aktion, um der Bevölkerung ihren Radikalismus auszutreiben. Aber die Antwort war eine zweite Volksvertretung, die neben 55 Sozialdemokraten eine starke, sozialistisch gefärbte Bauernpartei aufwies. Nach kurzer Dauer wurde auch diese Volksvertretung gesprengt, die sozialdemokratische Fraktion unter der fälschlichen Anklage des „Hochverrats" ins Gefängnis geworfen und ein neues Wahlgesetz aufoktroyiert, das dem Junkertum von vornherein das Uebergewicht sicherte.

Folgende Zahlen beleuchten den sozialen Inhalt dieser Umwälzung: In der ersten Duma gehörte die Hälfte aller Mandate der Bauernschaft und dem städtischen Bürgertum; in der dritten Duma von Staatsstreichs Gnaden sank diese Zahl auf ein Viertel, während der Adel allein über die Hälfte, und im Verein mit der Geistlichkeit und dem Großbürgertum drei Viertel aller Mandate besaß. Noch deutlicher kommt dieser Zusammenhang in den Wahlmännerzahlen zum Ausdruck. Es entfielen von 100 Wahlmännern

auf die Kurie der	nach dem alten Wahlgesetze	nach dem neuen Wahlgesetze
Großgrundbesitzer . .	31,5	49,4
städtischen Wähler . .	22,2	26,2
Bauern	42,9	22,8
Arbeiter	3,4	2,1

Bei den Wahlen für die dritte Duma führte diese Umwälzung zu folgenden Resultaten. Es entfielen auf einen Wahlmann:

	Urwähler in der
230 . .	Kurie der Großgrundbesitzer
1 000 . .	ersten städtischen Kurie (Großbourgeoisie
15 600 . .	zweiten „ „ (mittlere Bourgeoisie)
60 000 . .	Bauernkurie
125 000 . .	Arbeiterkurie.

Die fünfjährige Tätigkeit der dritten Duma entsprach vollkommen ihrer sozialen Zusammensetzung. Da eine völlige Rückkehr zum alten Regime unmöglich war, verschanzten sich die herrschenden Klassen in den Institutionen, die, von der Volksbewegung ins Leben gerufen, nun den Zwecken der junkerlich-kapitalistischen Reaktion dienstbar gemacht worden waren. Das Wort Lassalles von den „praktischen Dienern" der Reaktion kam auch hier zur Geltung. Das Junkertum und das mit ihm koalierte Großbürgertum nutzten ihre Vorherrschaft in der Duma trefflich aus, um einerseits allen Ueberresten der „Freiheitsperiode", allen Eroberungen der Demokratie den Garaus zu machen, andererseits, um neben der Bureaukratie ein gleichberechtigter Faktor des Staatssystems zu werden und ihren Interessen Geltung zu verschaffen. Das gilt namentlich von dem russischen Großbürgertum, das im ersten Rausche seiner politischen Gleichberechtigung mit dem Großgrundbesitz seinen wirtschaftlichen Gegensatz zum Agrariertum zu vergessen sucht und ungestümer, rücksichtsloser als sein hoher Bundesgenosse die Interessen der arbeitenden Klassen mit Füßen tritt. Die Widersprüche zwischen der barbarischen politischen Wirklichkeit und den Anforderungen der modernen kapitalistischen Entwickelung entgehen dem russischen Großkapital natürlich nicht. Es sucht aber diese Widersprüche zu umgehen einerseits durch die Bekämpfung des „fremden" Kapitals, andererseits durch das Einschwenken in das Fahrwasser der kriegerischen Expansion. Dem ersten Zweck dient der chauvinistische Rummel, der in den letzten Jahren gegen die Finnländer, die Juden, die Polen und sonstige „Fremdstämmige" eingesetzt hat, während der andere gefördert wird durch die Unterstützung, die die russische Großbourgeoisie den wahnsinnigen Rüstungsplänen der Regierung, wie ihrem räuberischen Vorgehen in Persien und in der Mongolei leiht. Diese Tendenzen: die gewaltsame Unterdrückung aller Lebensregungen des Volkes, die wahnsinnige

Bismarcks Berufung.

1862 — 24. September — 1912.

II.

Aber selbst zwischen diesen windigen Gesellen und der Regierung mußte es über kurz oder lang zu einem Zusammenprall kommen. Der Streit entbrannte über die Frage der Heeresreorganisation. Die Mobilmachung im Jahre 1859 aus Anlaß des italienischen Krieges hatte gezeigt, daß manches faul war im Staate Dänemark. Vor allem war erst jetzt das Augenmerk darauf gelenkt worden, daß von den rund 65 000 Dienstpflichtigen eines jeden Jahrganges nur 38 000 eingestellt werden konnten, weil die Zahl der Regimenter noch der Bevölkerung von 1815 entsprach. Um den Begriff der allgemeinen Dienstpflicht durchzuführen, sah das Kriegsministerium eine Vermehrung der Infanterie um 39, der Kavallerie um 10 Regimenter vor. Damit wären schließlich auch die Liberalen einverstanden gewesen, denn gerade wer von Preußens Schwert die Einigung Deutschlands erwartete, mußte auf die Schärfe und Güte dieses Schwertes bedacht sein. Aber die Heeresreorganisation hatte einen oder vielmehr zwei Haken: einmal sollte die Dienstzeit, die auf dem Papier drei, in Wirklichkeit aber seit den dreißiger Jahren zwei Jahre betrug, wieder dreijährig werden, zum zweiten die Landwehr aus der aktiven Feldarmee ausgeschieden und ihre drei jüngsten Jahrgänge der Reserve zugeteilt werden. Das waren zwei Maßregeln, deren politische Spitze die Liberalen wohl erkannten. In der Tat hatte Wilhelm schon 1832 in einer Denkschrift ausgeführt: „Die Tendenz der revolutionären oder liberalen Partei in Europa ist es, nach und nach alle die Stützen einzureißen, welche dem Souverän Macht und Ansehen und dadurch im Augenblick der Gefahr Sicherheit gewähren. Daß die Armeen die vornehmlichsten dieser Stützen sind, ist natürlich; je mehr ein wahrhaft militärischer Geist dieselben beseelt, je schwerer ist ihnen beizukommen. Die Disziplin, der blinde Gehorsam sind aber Dinge, die nur durch lange Gewohnheit erzeugt werden und Bestand haben und zu denen daher eine längere Dienstzeit gehört, damit im Augenblick der Gefahr der Monarch sicher auf die Truppen rechnen könne". Als damals der Generalleutnant v. Grolmann ausgeführt hatte, er könne in 16 Monaten einen Menschen vollkommen ausexerzieren und felddienstfähig machen, war seine Antwort gewesen: er könne das schon in 8 bis 10 Monaten fertig bringen — um willenlose Schießmaschinen zu erzeugen, dazu bedurfte es freilich längerer Zeit. Auf demselben Standpunkt wie der Prinz verharrte, ein Menschenalter später, der Regent und König, und ähnlich verhielt es sich mit der Landwehr. Für Absolutismus und Junker war der Ruf, den sie sich 1813 an der Katzbach und Leipzig erworben, durch die politische Unzuverlässigkeit ausgelöscht, die bei eingezogenen Landwehrleuten 1848 und 1849 nicht gerade selten gewesen war. Darum ins Hintertreffen mit der Landwehr.

Freilich war der liberale Kriegsminister Bonin nicht willens, mit dem Regenten durch dick und dünn zu gehen, und zu manchen Zugeständnissen bei der Höhe der Kriegsstärke wie der Dauer der Dienstzeit bereit. Darum flog er über Bord und wurde durch den General Roon ersetzt, der ein in der Wolle gefärbter Reaktionär Gesetzentwürfe ein, deren einer sich mit der Aenderung der Dienstzeit und der andere mit einer Forderung von jährlich 9½ Millionen Taler zur Durchführung der Heeresreorganisation befaßte. Als die Aenderung der Dienstzeit auf den hartnäckigen Widerstand der liberalen Mehrheit des Hauses stieß, zog die Regierung den ersten Entwurf zurück, in der Absicht, die Aenderung auf eigene Faust unter kühner Auslegung bestehender Gesetze durchzuführen, und bat nur um die vorläufige Bewilligung der Taler — es handle sich um ein Provisorium, sagte der Finanzminister Patow, und alles könne wieder reduziert werden, wenn das Haus später nicht die Summe bewillige. Die Liberalen gingen auf den Leim und bewilligten als eine Art Vertrauensvotum für das Ministerium „provisorisch" die 9½ Millionen. Damit machten sie sich eines Fehlers schuldig, der schlimmer als ein Verbrechen, der eine Riesendummheit war, denn alle Karten hatten sie jetzt weggegeben, die wahrhaftig günstig genug für sie lagen. Durch eine Reform des Herrenhauses und des Wahlrechts hätten sie damals, wie man zu sagen pflegte, Volksrechte gegen Kanonen eintauschen können, an deren Bewilligung der Regierung alles lag. „Wenn die Liberalen klug sind," sagte selbst Manteuffel, der Ministerpräsident der Reaktion, „so ist ihnen auf lange Jahre der Besitz der Macht gesichert." Sie waren nicht klug und mit der „provisorischen" Bewilligung der 9½ Millionen hatten sie bereits die Partie verloren. Im Oktober 1860 standen schon 117 neue Bataillone fix und fertig in Parade und empfingen ihre Fahnen und Feldzeichen. Diese 117 Bataillone wieder ins Nichts zurückzublasen, dazu hätte auch ein längerer Atem nicht ausgereicht, als ihn die preußischen Liberalen besaßen.

Weil aber einer großen Anzahl von ihnen die Taktik des Fraktionstyrannen Vincke doch allzu kurzatmig erschien, bildete sich 1861 die Fortschrittspartei, in der auch entschiedenere Elemente wie Waldeck und Unruh eine Rolle spielten. In demselben Jahre hatte die Kammer von der Regierung die Vorlage eines Gesetzes über die Dienstpflicht verlangt und noch einmal die auf 8 Millionen Taler zusammengeschrumpfte Summe als „Provisorium" bewilligt. Die Wahlen im Dezember machten dann die Fortschrittspartei zur ausschlaggebenden Partei des Parlaments, aber eben auch nur des Parlaments, denn Ferdinand Lassalle predigte mit seiner Mahnung, die Frage der Heeresreform nicht als Rechts-, sondern als Machtfrage aufzufassen, völlig tauben Ohren. An schönen Reden über allgemeine und besondere Rechte war jene Konfliktszeit so reich wie keine andere, aber weil hinter den Worten nicht der Wille zu Taten stand, mußten sie zerplatzen wie Seifenblasen.

Der Streit hatte sich, da die Regierung dem Landtag von 1862 den Gesetzentwurf über die Dienstpflicht vorlegte, auf die Frage: zwei- oder dreijährige Dienstzeit zugespitzt. Hierin gab weder Roon noch die Kammer nach — so kam es zur Auflösung am 11. März und kurz darauf wurde das sogenannte „liberale" Ministerium zum Teufel gejagt: die Neue Aera war endgültig in Pension geschickt. Das neue, durch und durch junkerliche Ministerium sah allerdings bei den Wahlen die Fortschrittler in hellen Haufen zurückkehren: wenn Wahlsiege wirklich Weltenwenden bedeuteten, hätte am 6. Mai 1862 das fortschrittliche Bürgertum die Herrschaft in Preußen antreten müssen. Aber die Regierung dachte nicht daran, nachzugeben. In der Kommission kam es trotz eines vermittelnden Antrages Stavenhagen-Sydel-Twesten zu keinem Ausgleich, und die siebentägige Verhandlung über den Militäretat, in der die fortschrittlichen Myrmidonen den Helmbusch des freigesinnten Bürgertums stolz im Winde ihrer Beredsamkeit wehen ließen, endete am 23. September mit der Ablehnung der gesamten Heeresreorganisation — 308 Mitglieder des Hauses stimmten dagegen und nur 11 dafür.

Was nun werden sollte, die Antwort auf diese Frage nahm den unentschlossenen Fortschrittlern ein Mann aus dem Munde, der am Tage vor dieser Abstimmung mit Wilhelm I. die entscheidende Unterredung gehabt hatte und am Tage danach zum Ministerpräsidenten ernannt wurde: Otto v. Bismarck-Schönhausen. Von seinem Vater hatte er das draufgängerische und tollkühne Junkertemperament geerbt, das ihn den Fortschrittlern gegenüber in Vorteil brachte, von seiner bürgerlichen Mutter die Gescheitheit, die ihn weit über den Durchschnitt seiner Klassengenossen hinaushob. Am Staatsdienst hatte er als erster Junker wenig Gefallen gefunden und sich früh von den Akten auf seine pommersche Klitsche geflüchtet. 1848 erschien er auf der politischen Bildfläche, aber für den tollen Junker, wie er daheim genannt wurde, hatte man selbst im tollen Jahr keine Verwendung: „nur zu brauchen," charakterisierte Friedrich Wilhelm ihn, „wenn das Bajonett schrankenlos waltet." Gleichwohl war er auf Betreiben Gerlachs, des königlichen Generaladjutanten und Oberhauptes der junkerlichen Kamarilla, als preußischer Gesandter zum Bundestag nach Frankfurt geschickt worden. Hier hatte er die deutschen Winkeldespoten in ihrer ganzen Jämmerlichkeit, bald danach auf dem Pariser Kongreß den Bonapartismus in all seiner Kniffigkeit und Pfiffigkeit und schließlich als Petersburger Botschafter eine halborientalische Diplomatie in all ihrer Durchtriebenheit und Geriebenheit kennen gelernt, überall mit offenen Augen um sich schauend. Längst war er nicht mehr der hinterpommersche Krautjunker, dem der Misthaufen seines Rittergutes den Blick in die Welt versperrt, sondern er hatte gesehen, wie lecker es sich aus den Fleischtöpfen der Bourgeoisie schmausen läßt und war entschlossen, sobald ihm die Macht zufiel, nach Bonapartistischem Rezept Hohenzollern, Junker und Bourgeoisie unter einem Hut zusammenzubringen. Ueber die Mittel dazu machte er sich wenig Sorge, denn dieser Unbedenkliche war so frei von Respekt vor allen irdischen und himmlischen Gewalten, daß ihm auch diese Skrupellosigkeit einen weiten Vorsprung sicherte. Im Grunde seines Wesens war er eine Spielernatur, die mit abenteuerlichem Wagemut alles an alles setzte und auch nicht davor zurückschreckte, seine Galeere in die Luft zu sprengen, wenn seine Sache verloren gehen sollte. So schlug er denn an jenem 22. September 1862 herzhaft in die Hand des alten Wilhelm ein, der in greisenhaft zitteriger Bedrängnis schon vor der Abdankung gestanden hatte, und ihn fragte, ob er auch ohne Budget regieren werde. Jawohl, er, Bismarck, war zu allem entschlossen!

Während die Junker den neuen Mann als Retter in der Not begrüßten, wurde er von seinen Gegnern auf der Linken recht verschieden beurteilt. Die Wochenschrift des Nationalvereins meinte, das preußische Volk werde, nachdem es seine Abneigung gegen v. d. Heydt und Roon gezeigt habe, durch die Berufung Bismarcks gezüchtigt. „Mit der Verwendung dieses Mannes ist der schärfste und letzte Bolzen der Reaktion von Gottes Gnaden verschossen." Der fortschrittliche Abgeordnete Forckenbeck schrieb noch am Tage der Berufung ahnungsvoll: „Bismarck-Schönhausen bedeutet: regieren ohne Etat, Säbelregiment im Innern, Krieg nach außen." Aber der Hoffnungsseligkeit vieler, die das Regime des neuen Mannes nur nach Wochen bemessen wollten und meinten, er werde doch vor dem Verfassungsbruch zurückschrecken, mußte der alte wackere Demokrat Franz Ziegler entgegentreten: „Er wird Euch einzeln am Arm aus der Kammer jagen oder, noch schlimmer, Euch behalten und entwürdigen."

Und Ziegler sollte mit seiner melancholischen Prophezeiung recht haben: nachdem Bismarck die Liberalen entmannt und entwürdigt, begann er die Revolution von oben, die über Düppel, Königgrätz und Sedan nach Versailles, aber auch nach Lötzen führte, das will sagen: zur nationalen Einheit, mit der die politische Knechtschaft untrennbar verschwistert war.

Hermann Wendel.

Hetze gegen die „Fremdvölker" und die aller wirtschaftspolitischen Grundlagen entbehrende auswärtige Expansion sind die wichtigsten Merkmale der innerrussischen Politik der letzten Jahre. Die dritte Duma brachte ihnen das weitgehendste Verständnis entgegen, und auch die neue Duma soll in den Dienst dieser Aufgaben gestellt werden. Grund genug, daß nicht nur die Regierung, sondern auch der Großgrundbesitz und das Großkapital alle Kräfte anspannen, um mit Hilfe des Schandgesetzes vom 16. Juni 1907 eine ihrem Willen gefügige „Volksvertretung" zustande zu bringen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. September 1912.

Freiherr Marschall von Bieberstein.

Aus Badenweiler meldet der Telegraph: „Heute früh ist im Hotel Römerbad der hier zur Kur weilende deutsche Botschafter in London Freiherr Marschall von Bieberstein gestorben. Das Hinscheiden kam ganz unerwartet. Seit einigen Tagen mußte der Botschafter auf Anordnung des Arztes einer Unpäßlichkeit wegen, die jedoch zu besonderen Befürchtungen keinen Anlaß bot, das Zimmer hüten. Der Tod trat infolge von Herzlähmung ein. Die Ueberführung der sterblichen Hülle nach dem Stammsitz der Familie, Schloß Neuershausen bei Freiburg i. Br., wird voraussichtlich morgen erfolgen."

Mit dem Freiherrn Marschall von Bieberstein ist der einzige Diplomat von Bedeutung gestorben, den das Deutsche Reich zurzeit besitzt. Während sonst von den Erfolgen deutscher Botschafter und Gesandten im Auslande wenig Rühmenswertes zu berichten ist, hat er den deutschen Einfluß im Orient in zäher, geschickter Arbeit immer mehr zu erweitern und zu befestigen verstanden, so daß, als es im Mai dieses Jahres sich als nötig erwies, den Botschafterposten in London neuzubesetzen, er trotz seiner siebzig Jahre zu dieser schwierigsten und verantwortungsvollsten aller diplomatischen Stellungen berufen wurde.

Freiherr v. Marschall ist 1842 geboren. Er machte den badischen Justizdienst durch und trat dann in den Reichsdienst. Unter Caprivis Reichskanzlerschaft wurde Freiherr v. Marschall Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und in dieser Eigenschaft hat er dazu beitragen helfen, die grauenhafte Korruption, die in der preußischen politischen Polizei bestand, vor der Oeffentlichkeit zu brandmarken. Es war in den ersten Jahren nach der Entlassung Bismarcks, daß in deutschen und französischen Blättern eine unglaublich wüste Hetze gegen einige Stellen der Reichsregierung, insbesondere gegen das Auswärtige Amt, inszeniert wurde. Das ganze Treiben war darauf angelegt, die Männer des neuen Kurses nicht nur untereinander zu verhetzen, sondern auch in der breitesten Oeffentlichkeit zu diskreditieren. Nach langem Zaudern ging Marschall daran, nach den Urhebern des Verleumdungsfeldzuges zu suchen. Da stellte sich heraus, daß die Berliner politische Polizei in der Person des Polizeikommissars von Tausch ihre Finger in hohem Maße dabei im Spiel hatte. Es kam zur Gerichtsverhandlung, die vom 24. Mai bis 4. Juni 1897 währte, Berge von Schmutz wurden auf- und umgewühlt. Der Polizeikommissar v. Tausch hatte sich einer ganzen Spitzelgarde bedient, um Nachrichten aus dem Ministerium zu erlangen und sie dann in der geeignet zurechtgemachten Weise in die „Saale-Zeitung", in die „Leipziger Neuesten Nachrichten" und in auswärtigen Blättern zu lancieren. Alles zu dem Zweck, den Staatssekretär Marschall zu stürzen und den Männern des „neuen Kurses" Verlegenheiten zu bereiten. Tausch arbeitete natürlich nicht auf eigene Faust und im eigenen Interesse. Hinter ihm standen Philipp Eulenburg und die konservative Kamarilla. Die Konservativen haben den Freiherrn v. Marschall diese Flucht in die Oeffentlichkeit, die einigen Kreaturen des Tausch ein paar Jahre Gefängnis eintrug, sehr verübelt, und Marschall soll es als Erlösung empfunden haben, als er kurz darauf zum Botschafter in Konstantinopel ernannt wurde.

Auf diesem Posten hat Marschall 15 Jahre gewirkt. Als die Spannung zwischen England und Deutschland im verflossenen Frühjahr außergewöhnliche Schärfe annahm, wurde Marschall an Stelle Metternichs zum Botschafter in London ernannt. Er hat den Posten nur sehr kurze Zeit innegehabt. Kaum angetreten, ging er in Urlaub und hier überraschte ihn der Tod.

Das Menschenschlachthaus.

Wir berichteten gestern, daß der Hamburger Volksschullehrer Wilhelm Lamszus wegen des von ihm verfaßten, die Schrecknisse eines künftigen Krieges schildernden Buches „Das Menschenschlachthaus" vorläufig seines Amtes entsetzt worden und gegen ihn das Disziplinarverfahren eingeleitet worden sei. Nach Mitteilungen aus Hamburg ist diese Maßregelung bereits aufgehoben worden. Das „Hamburger Fremdenblatt" weiß darüber zu berichten: „Die Beurlaubung (nicht Suspension) war verfügt vom Präses der dritten Sektion der Oberschulbehörde, Senator v. Berenberg-Goßler, weil ihm von seiten der politischen Polizei anarchistische Zeitungen vorgelegt waren, die in alarmierender Weise aus seinem Werk aus dem Zusammenhang gerissene Szenen zusammengestellt hatten. Die ganze Darstellung war so, daß Senator von Berenberg-Goßler die Ueberzeugung gewinnen mußte, es handle sich um eine aufhetzende Broschüre. Nachdem der Senator sich über die Persönlichkeit des Dichters und über sein Werk informiert hatte, ist Lamszus volle Rechtfertigung zuteil geworden."

Das auchfreisinnige „Hamburger Fremdenblatt" scheint von diesem Verfahren des Herrn Senators sehr befriedigt zu sein; wir meinen aber, zum allermindesten hätte Herr v. Berenberg-Goßler sich die Schrift ansehen sollen, bevor er seine Maßnahmen trifft. Was soll, nebenbei bemerkt, das Gerede von den „anarchistischen Zeitungen"? Warum gesteht das Blatt nicht offen: „Senator Berenberg-Goßler ist von der politischen Polizei getäuscht worden"?

Zum Jugendschutz.

Der Entwurf eines Gesetzes über das Verfahren gegen Jugendliche, der dem Bundesrat vorliegt, wird in der „Nordd. Allg. Ztg." veröffentlicht. Nach dem Entwurf gelten für das Verfahren gegen Jugendliche die Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung nur, soweit dieses Gesetz etwas anderes bestimmt. Für Strafsachen gegen Jugendliche werden von der Landesjustizverwaltung, soweit ein Bedürfnis besteht, bei den Amtsgerichten besondere Abteilungen (Jugendgerichte) gebildet. Zu Schöffen bei den Jugendgerichten sind Personen zu berufen, die in der Jugenderziehung besonders erfahren sind. Oeffentliche Klage soll gegen einen Jugendlichen nicht erhoben werden, wenn Erziehungs- und Besserungsmaßregeln einer Bestrafung vorzuziehen sind. Dem Jugendlichen ist von Amtswegen ein Verteidiger oder Beistand zu bestellen, sobald eine Voruntersuchung eröffnet oder die Eröffnung des Hauptverfahrens vor der Strafkammer beantragt ist. Untersuchungshaft und Hauptverhandlungen gegen Jugendliche sollen von anderen derart gesondert werden, daß eine Berührung mit erwachsenen Verhafteten oder Angeklagten vermieden wird. Für die Verhandlung gegen einen Jugendlichen kann das Gericht die Oeffentlichkeit ganz oder teilweise ausschließen.

Eingabe der Kölner katholischen Geistlichkeit an den Bundesrat.

Die katholische Geistlichkeit der Stadt Köln hat an den Bundesrat eine Eingabe gerichtet, in der sie dringend darum bittet, dem Jesuitenorden im ganzen Reiche die Freiheit zurückzugeben, damit er unter Leitung und im Auftrage der Bischöfe und Pfarrer im Verein mit dem Weltklerus auch in Deutschland seine Tätigkeit zur Erhaltung der Religiosität und der Sittlichkeit entfalten könne. Zum Schluß wird in der Eingabe darauf hingewiesen, daß das Empfinden des katholischen Volkes durch die letzten Erörterungen über die Jesuiten tief verletzt worden sei. Es würde zur Versöhnung beitragen, wenn die erbetene mildere Auffassung des Jesuitengesetzes von dem Bundesrat angenommen würde.

Mecklenburgische Steuerreform.

In Rostock sind am letzten Freitag die Verhandlungen über die Steuerreform in beiden Großherzogtümern zu Ende geführt worden. Wie die „Mecklenburgischen Nachrichten" hören, ist über die wichtigsten Differenzpunkte eine Einigung erzielt worden, so daß auf dem demnächst in Malchin stattfindenden Landtag dieses Gesetzgebungswerk voraussichtlich zur Verabschiedung gelangen wird.

Ausgeschlossen wegen Unterstützung der Sozialdemokratie.

Die „Deutsche Tageszeitung" meldet in auffälligem Druck an der Spitze ihres politischen Teils, daß der Vorstand des Bundes der Landwirte die beiden Bundesmitglieder Kirsten und Krieger, die nach Verhandlungen mit der sozialdemokratischen Fraktion im Landtage Schwarzburg-Rudolstadt einen Sozialdemokraten zum ersten Landtagspräsidenten gewählt haben, aus dem Bunde der Landwirte ausgeschlossen hat.

Ein militärischer Monsterprozeß,

wie er in diesem Umfange wohl noch nie vor einem Militärgericht verhandelt wurde, fand gestern und heute vor dem Kriegsgericht der 1. Gardedivision in Potsdam statt. Die ganze 6. Kompagnie des 1. Garde-Regiments mit Ausnahme der Leutnants und Oberleutnants stand unter Anklage. Wegen Raummangels mußte das Militärgericht die Räumlichkeiten des Potsdamer Landgerichts in Anspruch nehmen. Es handelt sich um Vorgänge, die sich Anfang August beim Kaiserpreiswettschießen der Kompagnie abspielten. Wie bekannt, stellte sich bei einer plötzlichen Revision auf dem Truppenübungsplatz Döberitz vor dem Schießen heraus, daß die Mannschaften über mehr Patronen verfügten, als ihnen vorschriftsmäßig zugeteilt waren. Durch den Ueberschuß an Munition wäre die Kompagnie gegenüber ihrer Konkurrentin im Vorteil gewesen. Es lag die Gefahr nahe, das Schießresultat durch eine Vergrößerung der Chancen zu beeinflussen. Durch Sanitätsunteroffiziere soll die Angelegenheit zur Anzeige gelangt sein. Zur Beweisaufnahme sind 12 Zeugen, darunter 7 bereits entlassene Mannschaften, geladen. Anklagebank, Geschworenenbank und Zeugenraum waren von den Angeklagten besetzt. Vor dem Richtertisch nahm der Kompagniechef mit seinem Feldwebel und den Unteroffizieren Platz. Das Kriegsgericht bestand aus dem Oberstleutnant v. Bardeleben als Vorsitzenden, den Kriegsgerichtsräten Cruse und Ullmann und den Majoren Graf zu Rantzau und Graf v. Rhoden als Beisitzern. Die Anklage vertrat Kriegsgerichtsrat Dr. Matschke. Hauptbeschuldigter war der Sergeant Matthias Huttenburg, der Schießunteroffizier der Kompagnie, die auch im Vorjahre den Kaiserpreis erstritt, der in Gestalt eines goldgestickten Abzeichens am rechten Arm getragen wird. Die Anklageverfügung ist vom Divisionär Generalleutnant v. Below am 23. August erlassen. Sie beschuldigt 1. den Huttenburg, zu Potsdam Anfang August durch drei selbständige Handlungen, Untergebene zur Begehung der strafbaren Handlungen, und in den Jahren 1910 und 1911 andere Untergebene vorsätzlich zum Ungehorsam gegen dienstliche Befehle unter Verursachung eines Nachteiles bestimmt zu haben. 2. Die Gefreiten und Grenadiere: gegen den Befehl, beim Divisionsschießen, nur 30 Patronen pro Mann zu empfangen, durch Nichtbefolgung ungehorsam gewesen zu sein und dadurch die Gefahr eines erheblichen dienstlichen Nachteiles herbeigeführt zu haben, indem sie von dem Schießunteroffizier überzählige Patronen in Empfang nahmen und an die Untergebenen verteilten, während die letzteren sich in den Besitz der Patronen setzten, um sie beim Kaiserwettschießen zu verwenden. 3. Gegen die Korporalschaftsführer Thiel und Lages, weil sie dabei gemeinschaftlich mit ihren Untergebenen handelten, und 4. gegen den Hauptmann von Schlichting, den Feldwebel Barbuke und die Unteroffiziere und den Fähnrich v. Crammern, weil sie die ihnen obliegende Beaufsichtigung der Mannschaften in schuldhafter Weise vernachlässigten. Die Anklage zieht die §§ 115, 96, 92, 147, 57 M.-St.-G.-B. und 74 R.-St.-G.-B. heran.

Auf Antrag des Anklagevertreters wird wegen Gefährdung militärdienstlicher Interessen für die Dauer der Verhandlung die Oeffentlichkeit ausgeschlossen.

•

Das heute gefällte Urteil lautet für den Schießunteroffizier Huttenburg auf vier Monate Gefängnis. Von der Mannschaft erhielten elf Mann drei Tage, 105 zwei Tage Mittelarrest. Einer wurde freigesprochen. Gegen den Feldwebel wurde auf drei Wochen, gegen die Vizefeldwebel und Unteroffiziere auf zwei Wochen gelinden Arrest erkannt. Der Hauptmann v. Schlichting wurde mit einer Woche Stubenarrest bedacht.

Graf Berchtold über die politische Situation.

Wien, 24. September. Im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten der Ungarischen Delegation sagte Minister des Aeußern, Graf Berchtold, in seinem Exposé unter anderem folgendes:

Wenn auch der italienisch-türkische Waffengang noch nicht zur Austragung gelangt ist, so sind doch seit einiger Zeit Verhandlungen privaten Charakters zwischen Unterhändlern beider Streitteile im Zuge, die der Friedenssache wesentlich Vorschub geleistet zu haben scheinen.

Die Ereignisse, deren Schauplatz seit einiger Zeit der Balkan geworden ist, haben unsere Aufmerksamkeit als unmittelbare Nachbarn der Türkei erhöht in Anspruch genommen. Wir vermochten uns der Gefahren nicht zu verschließen, welche aus dem Widerstreite zwischen der ottomanischen Regierung und den in ihren althergebrachten Freiheiten sich verkürzt fühlenden Albanesen für den inneren und äußeren Frieden der europäischen Türkei entstehen könnten. Als dann ein Regierungswechsel in Konstantinopel erfolgte, dessen erste Manifestation darin bestand, den Albanesen Entgegenkommen zu bezeigen, gleichzeitig aber an mehreren Punkten, namentlich infolge des türkisch-montenegrinischen Grenzkonfliktes, der bulgarischen Erregung über das durch ein Bombenattentat veranlaßte Gemetzel von Kotschana und der Zusammenstöße zwischen Griechen und Albanesen in Epirus Zustände eintraten, welche das Versöhnungswerk zu erschweren, wenn nicht unmöglich zu machen drohten, haben wir uns mit der Anregung zu einem Gedankenaustausch über die Lage am Balkan an die Mächte gewendet. Der Zweck, den wir dabei im Auge hatten, lag vornehmlich darin, durch ein einmütiges Zusammenhalten der Mächte auf der Basis der Erhaltung des Friedens und des Statusquo am Balkan der Pforte Zeit und, wenn angemessen, freundschaftliche Ratschläge zu geben zur Verwirklichung der von ihr inaugurierten Politik und Herstellung geordneter Zustände in ihrem europäischen Besitz. Zu unserer lebhaften Befriedigung haben sämtliche Kabinette unserer Anregung verständnisvoll zugestimmt, wodurch der Kontakt unter den Mächten hergestellt und eine wertvolle Bürgschaft für die möglichste Verhütung einer gewaltsamen Lösung der Krise geschaffen worden ist. Namentlich ist das russische Kabinett gleich uns ernstlich bestrebt, die Aufrechterhaltung des Friedens zu sichern.

Es hieße aber sich einer bedenklichen Täuschung hingeben, wenn man die Gefahren der gegenwärtigen Balkanlage deshalb als beseitigt ansehen würde. Die wenig befriedigenden Zustände in den Provinzen der europäischen Türkei sind nicht ohne bedenkliche Rückwirkungen in den benachbarten Ländern geblieben und haben die leitenden Persönlichkeiten daselbst vor eine schwierige Aufgabe gestellt. Wir wollen hoffen, daß die staatsmännische Einsicht und das Bewußtsein schwerer Verantwortung der leitenden Persönlichkeiten sie abhalten wird, Impulsen unverantwortlicher Elemente zu folgen. Auf der anderen Seite möchten wir die Erwartung aussprechen, daß die Türkei den Ernst der Situation nicht verkennen und den Weg finden wird, den Gefahren von Komplikationen zuvorzukommen. Die uns hierüber zugegangenen Informationen berechtigen zur Annahme, daß sich die gegenwärtige Regierung befleißigt, die nötigen Garantien für gerechte Lebensbedingungen der Nationalitäten zu schaffen.

Wie Ihnen bekannt, hatte Graf Aehrenthal seinerzeit der Wiederherstellung der ottomanischen Konstitution besonders herzliche Worte gewidmet. Es hat sich daraus die Legende gebildet, als hätte sich mein Vorgänger mit der Politik des Komitees für Einheit und Fortschritt im türkischen Verfassungsleben identifiziert, was den Tatsachen nicht entspricht. Die legitimen Ansprüche der verschiedenen, das vielsprachige Rumelien bewohnenden Völker mit den Exigentien des ottomanischen Staatswesens zu versöhnen, darin erblicken wir die Aufgabe der türkischen Staatsmänner, und redliche Bemühungen, eine Lösung dieses Problems herbeizuführen, werden stets unsere moralische Unterstützung finden.

In der Verfolgung dieser Politik fühlen wir uns bestärkt durch die Ueberzeugung, daß dieselbe der Auffassung unserer Verbündeten entspricht. Seit ich zuletzt die Ehre hatte, von dieser Stelle aus zu sprechen, habe ich Gelegenheit gehabt, mit den maßgebenden Staatsmännern des Deutschen Reiches in Berlin zu konferieren und konnte hierbei die neuerliche Bestätigung für die Uebereinstimmung der letzten Ziele der beiden Kabinette finden. Ebenso hat der anläßlich des Besuches Herrn v. Bethmann Hollwegs in Buchlau mit demselben gepflogene Meinungsaustausch die volle Kongruenz der Anschauungen, namentlich auch in bezug auf die im nahen Oriente zur Richtlinie beider Verbündeten dienenden konservativen Prinzipien ergeben.

Im nächsten Monat wird mir Gelegenheit geboten sein, mich Seine Majestät dem König Viktor Emanuel vorzustellen und mit dem Marchese di San Giuliano Meinungsaustausch zu pflegen. Es entspricht dieser Antrittsbesuch bei dem erlauchten Verbündeten unseres allergnädigsten Herrn einem von meinen Vorgängern beobachteten Herkommen, dem ich mich um so freudiger anschließe, als die Beziehungen der Kabinette von Wien und Rom durch eine persönliche Aussprache zwischen den Leitern der auswärtigen Politik der beiden Mächte an Klarheit und Vertrauen nur gewinnen können.

Wie Sie aus den vorstehenden Darlegungen erkennen werden, ist die gegenwärtige Lage trotz der Uebereinstimmung der Kabinette der Großmächte in deren Bestreben, den Frieden zu erhalten, keineswegs beruhigender Natur. Ein kontinuierliches Wetterleuchten am Balkan gibt von einer erhöhten elektrischen Spannung der politischen Atmosphäre Zeugnis, ohne das Dunkel ungelöster Probleme aufhellen zu können. Nur wenn wir auch zu Lande und zur See gerüstet sind, können wir der Zukunft ruhigen Mutes entgegensehen.

Serbien.

Zur Lage auf dem Balkan.

Belgrad, 23. September. (Eig. Ber.)

Die Informationen, die wir heute erhalten haben, bestätigen vollständig alles, was wir schon berichtet haben. Hinzuzufügen ist noch, daß nach dem serbisch-bulgarischen Ausgleich die Strecke bis Skutari Montenegro gegeben werden sollte. Serbien sollte ein Meeresufer von hundert Kilometer bekommen. Besonders wichtig aber ist die Vereinbarung, daß Saloniki und Konstantinopel für freie Handelsstädte erklärt und neutralisiert werden sollten.

Im allgemeinen ist eine Besserung der Lage zu konstatieren. Bulgarien hat angefangen einzulenken. Der beste Beweis dafür ist die plötzliche Unterbrechung des Manövers, das mit einem Einfall in die Türkei endigen sollte. Man schickte die Soldaten nach Hause gerade in dem Moment, als man die diplomatischen Beziehungen abbrechen sollte. Zwei Ursachen führt man an, diesen Rückzug zu erklären. Erstens den Druck der Großmächte, der mit aller Schärfe einsetzte. Ein englischer und ein französischer Armeeinspektor haben die ganze Kriegsbereitschaft und die militärischen Fähigkeiten der serbischen, bulgarischen und rumänischen Armee untersucht. Diese Herren sollen einstimmig gefunden haben, daß die in der Welt verbreiteten Gerüchte über die unerreichbare Tüchtigkeit der bulgarischen Armee ganz grundlos seien. Die beste Armee in jeder Beziehung soll Rumänien haben, dann Serbien und erst dann Bulgarien. Die Tripel-Alliance hätte daraus die Ueberzeugung gewonnen, ein Zusammenstoß mit der Türkei könnte nur zu einer allgemeinen Schwächung der Kräfte im Balkan führen.

Andererseits soll Bulgarien selbst eingesehen haben, daß es den Hauptstoß der Türkei werde aushalten müssen. Man rechnet in der Türkei: Serbien wird unter allen Umständen von Oesterreich-Ungarn in Schach gehalten werden, der Hauptfeind ist Bulgarien. Aus diesem Grunde verlangte Bulgarien von dem verbündeten Serbien, daß es ihm eine ganze Division und dazu noch 10 000 Mann Kavallerie unterstelle. Von Serbien wurde geantwortet, es sei bei dem besten Willen unmöglich, die bulgarische Forderung zu erfüllen. Serbien sei gezwungen, einen bedeutenden Teil seiner Militärmacht an die österreichisch-ungarische Grenzen zu stellen. Diese Antwort soll das verbündete Bulgarien nicht nur böse, sondern auch vorsichtig gemacht haben. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird es den Marsch nach rückwärts einschlagen müssen.

China.

Um den Besitz von Tibet und der Mongolei.

London, 24. September. „Daily Telegraph" meldet aus Peking: Der neue Minister des Auswärtigen Liangmengtuang und Präsident Yuanschikai beschlossen, energische Schritte bezüglich der Mongolei und Tibet zu unternehmen. Die Regierung schlägt vor: Erstens, in Petersburg zu ermitteln, wie hoch die den Mongolen gewährten Anleihen seien. Zweitens, auf das strengste gegen den heimlichen Einmarsch einer russischen Abteilung in die Mongolei zu protestieren. Drittens, die Grenzgarnison in der Station Mandschuria bedeutend zu verstärken und die Gouverneure der Mandschurei anzuweisen, die Zahl der in der Mandschurei befindlichen russischen Truppen genau festzustellen. Viertens, alle Waffen und Munition in der Mandschurei, Mongolei und in Turkestan zu beschlagnahmen. Bezüglich der Grenze von Tibet und Birma schlägt die Regierung vor: Erstens, stärksten Protest gegen die dauernde Besetzung des streitigen Grenzbezirkes seitens der Engländer einzulegen. Zweitens, den Vizekönig von Indien von den vorgekommenen Verletzungen des Vertrages seitens britischer Untertanen Mitteilung zu machen, die Waffen über die indische Grenze nach Tibet schaffen. Drittens, den chinesischen Kommissar in Lhassa zu beauftragen, den chinesischen Zollbestimmungen an der tibetanischen Grenze strengste Geltung zu verschaffen.

Die Frauen gegen die Volksauswucherung!

Wer bis jetzt noch gezweifelt hätte, daß die Aushungerungspolitik die Erbitterung in der breiten Masse des Volkes bis zur Siedehitze gesteigert hat — am gestrigen Abend wäre es ihnen mit erschreckender Deutlichkeit zum Bewußtsein gelangt. Zu vielen Tausenden waren die Frauen und auch zahllose Männer in den Versammlungen erschienen, um in erschütternder Weise ihren Protest gegen die geradezu sündhafte Verteuerung aller Lebens- und Gebrauchsartikel zu protestieren.

Die gestrige Protestaktion schwoll weit über den Charakter ähnlicher Veranstaltungen hinaus — es war der elementare Ausbruch, der dumpfe Wutschrei einer fronenden darbenden Masse. In langen, schwarzen Zügen kamen sie herbei, unabsehbar in ihrer Fülle. Bald waren die Säle bis auf den letzten Platz angefüllt, und noch immer rückten neue Scharen heran, bis auf die Straßen hinaus standen die Besucher, eine Hungerparade, wie sie ergreifender kaum der Griffel einer Kollwitz darstellen könnte. In den Gesichtern, die da in enggekeilten Reihen, den Worten der Redner lauschten, hatte die verwüstende Raubpolitik vielfach ihre Spuren eingegraben. Die Referenten brauchten wirklich nicht künstlich Stimmung zu machen, denn die Tatsachen, die sie aufmarschieren ließen, die Beispiele, die sie einander gegenüberstellten, waren so aufreizend, daß die Menge schon bei der einfachen Wiedergabe derselben ihrer gerechten Empörung in spontaner Weise Ausdruck gaben. Gar viele von den Frauen, die mit glänzenden Augen, in gespannter Aufmerksamkeit an dem Munde des Redners hingen, lernten wohl zum ersten Male den innigen Zusammenhang zwischen Politik und Kochtopf kennen; so manche Mutter und Hausfrau mag am gestrigen Abend zu der Erkenntnis gekommen sein, daß all die Fragen, mit denen sie sich bis dahin nicht abgegeben hatte, weil das „Angelegenheiten für Männer" seien, unlöslich mit ihren vitalsten Interessen verknüpft sind. Die Frauen-, Kinder- und Heimarbeit, mit ihren verheerenden Wirkungen, Arbeitslosigkeit, Krankheit, Säuglingssterblichkeit, Prostitution und Verbrechen — es war eine einzige Anklage gegen die junkerlichen Freibeuter, gegen unser heutiges Wirtschaftssystem, gegen den Klassenstaat, wie er sich täglich in brutaler Nacktheit sich vor uns zeigt. Für die Referenten war es denn auch eine dankbare Aufgabe, den Anwesenden mit zündenden, zu Herzen gehenden Worten vor Augen zu führen, daß es mit dem Protestieren allein nicht getan sei, sondern daß alle Kräfte im Proletariat mitwirken müßten an dem schweren Werk der Befreiung, daß jeder sein Bestes freudig hinzugeben habe, wenn es gelte, das Volk von dem unheilvollen, eisernen Drucke der Reaktion zu erlösen. Sämtliche Referate klangen in den ernsten und eindringlichen Appell aus, treu und unerschütterlich in Reih und Glied zu stehen und nicht zu ruhen und zu rasten, bis die Klassenherrschaft gebrochen und die Bahn frei sei zum Aufstieg des Volkes in sonnigere Kulturhöhen.

Und während aus den dichtgefüllten Sälen die Hochrufe auf die völkerbefreiende Sozialdemokratie erklangen, blitzten unten auf den Straßen die Helme und Waffen der Polizei, die fürsorglich überall in größerer Anzahl verteilt war, für den Fall, daß die Rebellion der Hungrigen die behagliche Ruhe der Satten hätte erschüttern wollen. Der Browning konnte aber friedlich im gelben Lederfutteral und die Klinge in der Scheide stecken bleiben, das arbeitende Volk weiß, daß seine Stärke in seiner festgefügten Geschlossenheit und seiner politischen Schulung besteht, und es keine Ursache hat, sich durch übertriebene „Sicherheitsmaßnahmen" provozieren zu lassen, um den Herrschenden Gelegenheit zu geben, durch ein kleines Gemetzel die Blicke der Allgemeinheit von der Not des Volkes abzulenken.

Der gestrige Protest wird im Lande nicht wirkungslos verhallen und den Volksauswucherern wie eine gellende Warnung ins Ohr klingen. Bis hierher und nicht weiter! lautet des Volkes Spruch.

Alle Versammlungen nahmen die nachstehende Resolution an:

Die versammelten Hausfrauen und Mütter erklären: Die **gegenwärtige Teuerung aller Gebrauchsartikel,** besonders die der notwendigen Lebensmittel, ist **für die minderbemittelten Volksschichten unerträglich** geworden.

Die **Volksgesundheit ist auf das schwerste gefährdet. Die Hausfrauen können mit ihrem Wirtschaftsgeld nicht mehr auskommen.** Not und Sorge weicht nicht mehr von der Schwelle der Arbeiterfamilien. Die **Kinder müssen hungern, Männer und Frauen** erleiden **durch Unterernährung schwerste Schädigungen.** Die **Säuglingssterblichkeit nimmt zu.** Die Versammelten verlangen deshalb im Interesse der allgemeinen Volkswohlfahrt, im Namen ihrer Familien, vor allem im Namen ihrer hungernden Kinder, daß die Regierung und die Gemeinden **unverzüglich Maßnahmen treffen,** die notwendig sind zur **Linderung der schlimmsten Notlage.**

Die Versammelten fordern insbesondere:

1. Von der Regierung:

Die **Oeffnung der Grenzen** für die **dauernde Einfuhr von Vieh und Fleisch,** insbesondere auch von **Gefrierfleisch.**

Aufhebung der Zölle auf Vieh, Fleisch, Getreide und **Futtermittel.**

Aufhebung des Systems der Einfuhrscheine.

2. Von der **Gemeindeverwaltung:**

Versorgung der Bevölkerung mit **Fleisch,** möglichst zum **Selbstkostenpreis.**

Die Versammelten versprechen, daß sie mit verstärkter Kraft am **Ausbau der politischen Organisation** arbeiten wollen, da sie lediglich in der **zunehmenden Macht und Stärke der Sozialdemokratie** das **einzige Mittel** sehen, der volksausplündernden Zoll- und Steuerpolitik ein Ende zu machen, der Not und Ausbeutung des arbeitenden Volkes entgegenzuwirken und sie schließlich durch die **Verwirklichung des Sozialismus** zu beseitigen.

* * *

Aus den Versammlungen erhalten wir die nachstehenden Einzelberichte:

Die im **„Hofjägerpalast"** in der Hasenheide tagende Frauenversammlung war um 8 Uhr bereits bis auf den letzten Platz gefüllt und immer neue Scharen strömten noch hinzu. Das Referat hiel Genosse Ucko. In eineinhalbstündiger Rede geißelte der Referent unter starkem Beifall der Versammlung die Zurückhaltung der Regierung. In der darauffolgenden Pause wurden viele Aufnahmen gemacht.

In den **„Arminhallen"** referierte vor überfülltem Saale Gen. Dr. Silberstein. Das Referat fand starken Beifall. Die Diskussion war eine sehr rege.

Kurz vor 8 Uhr sperrte die Polizei den Saal der **Prachtsäle des Ostens** ab. Erst nachdem sich die männlichen Personen entfernt hatten, konnten noch viele Frauen in den Saal hinein. Referentin war Genossin Fahrenwald. Der Vortrag war sehr fesselnd, oft starken Beifall auslösend. Im Saal waren zirka 1000 Personen. Ein ganz Teil der Frauen ließ sich in den Wahlverein aufnehmen.

Die Versammlung in den **Comeniussälen** war so zahlreich besucht, daß alle Tische entfernt werden mußten und nur Frauen Zutritt hatten. Die Referentin, Genossin Röhl, verstand es treffend, den Frauen Ursachen und Wirkungen der Teuerung auseinanderzusetzen und sie auf die Organisation hinzuweisen. Das hatte denn auch den Erfolg, daß sich viele Frauen in den Wahlverein aufnehmen ließen.

Bei **Borgmann** in der Andreasstraße referierte Genosse Richard Barth vor einer 1000köpfigen Zuhörerschaft. Das Referat fand großen Beifall.

Die im **Elysium** tagende Versammlung war von zirka 2000 Personen, zumeist Frauen, besucht. Genossin Kähler verstand es, in 1½stündigen Ausführungen den Anwesenden die Ursachen der Teuerung klarzulegen. In flammenden Worten forderte sie die Anwesenden auf, Protest gegen derartige Ausbeutung einzulegen. Es wurden 31 Mitglieder aufgenommen. Nach einem begeisterten Hoch auf die internationale Sozialdemokratie ging die Versammlung auseinander.

In **Boekers Gesellschaftshaus,** Weberstr. 17, referierte die Genossin Nemitz und erntete von der sehr gut besuchten Versammlung für ihre vorzüglichen Ausführungen reichen Beifall. Es sind eine Anzahl Aufnahmen in den Wahlverein zu verzeichnen.

Die Versammlung im Lokal „Süd-Ost", Waldemarstraße, war total überfüllt, so daß noch eine Versammlung im Tunnel abgehalten wurde. Es referierten die Genossen Schneider und Dr. Grummach. Beide fanden starken Beifall, ebenso wie Genosse Schmidt, welcher in der Diskussion die Frauen aufforderte, sich ihrer Berufsorganisation anzuschließen und in die Konsumgenossenschaften einzutreten.

Die Versammlung für das Görlitzer Viertel fand bei **Graumann** statt. Referent war Genosse Dr. Moses. Die Versammlung war überfüllt.

In den **Königssälen** sprach Genosse Dr. Weinberg. Die Versammlung war von 600 Frauen besucht; die Männer mußten den Saal verlassen. — Die Ausführungen des Referenten wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Die Versammlung bei **Ballschmieder** war vollständig überfüllt und zum größten Teil von Frauen besucht. Der Vortrag der Genossin M. Kaschewski fand allseitige stürmische Zustimmung und ihre Ausführungen über die wahren Ursachen der Fleischteuerung stießen bei der Versammlung auf volles Verständnis. Zwei Diskussionsredner sprachen im Sinne des Vortrages.

In den **„Pharussälen"** hielt in von über 2500 Genossinnen besuchter Versammlung die Genossin Käte Duncker einen flammenden, von vielem Beifall aufgenommenen Vortrag. Der Gesangverein „Weddinger Männerchor" leitete durch Freiheitslieder die Versammlung ein und schloß sie mit dem Liede „Empor zum Licht". Ein zahlreiches Polizeiaufgebot sorgte liebevoll dafür, daß die Tausende, die den Saal nicht betreten durften, nicht die Ordnung störten. Schon um 8½ Uhr war das Lokal polizeilich abgesperrt worden, obgleich die Männer alle den Saal verlassen hatten.

Die Versammlung im **Moabiter Stadttheater** war überfüllt von Frauen. Die Anzahl der Erschienenen wird auf 2500—3000 geschätzt. Gänge, Galerie und Bühne waren dicht besetzt von Frauen. Auch einige Männer waren anwesend, die sich aber nur mit einem sehr bescheidenen Stehplatz begnügen mußten. Der Moabiter Männerchor leitete die Versammlung durch stimmungsvollen Gesang ein. Das Referat hielt Genossin Klara Wehl. Das Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion sprachen Genossin Hübner im Sinne des Referats, Genossin Krig agitierte für die Konsum-Genossenschaft. Es wurden eine Anzahl Frauen für die Organisation gewonnen.

Adlershof. Im Lokal von Lehmgrübner zählte man 600 Personen, zumeist Frauen. Genossin Lungwitz referierte.

Charlottenburg. Die Versammlung im Volkshause war lange vor Beginn überfüllt, so daß eine zweite Versammlung im unteren Saale anberaumt wurde. Die Referate der Genossin Wulff sowie des Genossen Zempelburg fanden lebhaften Beifall. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Die Charlottenburger Liedertafel brachte einige begeisterte Arbeiterlieder zum Vortrag.

Wilmersdorf. Die Frauenversammlung wurde hier bereits am Montagabend abgehalten. Der große Saal des Viktoriagartens war fast gefüllt; es mochten an die 400 Personen anwesend sein, die zu zwei Dritteln aus Frauen bestanden. Redakteur Dittmer hielt das mit lebhaftem Beifall aufgenommene Referat. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Anwesenden, der politischen Organisation beizutreten und anstelle der Klatschpresse den „Vorwärts" zu lesen.

Steglitz-Friedenau. Im Kaiser-Wilhelm-Garten referierte Genosse Dr. Ernst Meyer. Die Versammlung war gut besucht.

Lichterfelde. Genossin Regina Rubens sprach im Saale von Ernst Richter vor sehr gut besuchter Versammlung. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Neukölln. Die Hohenstaufensäle waren vollständig überfüllt; anwesend waren 4500 Frauen und Männer. Referentin war die Genossin Bohm-Schuch. Das Referat wurde mehrfach durch stürmische Zustimmung unterbrochen. Nach Schluß der Versammlung wurden eine Anzahl Aufnahmen gemacht. Auch der große Hof war vollständig von demonstrierenden Männern und Frauen besetzt, die im Saale nicht mehr Platz fanden.

In Bartschs Festsälen hielt die Genossin Anna Dietz einen vorzüglichen Vortrag. Unter stürmischen Zwischenrufen geißelte die Referentin die Stellungnahme der Regierung zu der Teuerung. Wegen Ueberfüllung des großen Saales hielt die Genossin Juchacz im kleinen Saal einen hochinteressanten Vortrag. Auch sie kritisierte in treffenden Worten die Maßnahmen der Regierung. Es waren in beiden Sälen 1500 Frauen und in geringer Zahl auch Männer anwesend.

Auf dem Rückwege von der Versammlung zog eine größere Zahl von Frauen auch an dem Rathaus vorbei. Dort wurden sie von der Polizei empfangen und einige der Frauen erfuhren eine wenig ritterliche Behandlung.

Reinickendorf-West. Die Versammlung fand in Hartmanns Brauerei statt. 600 Personen waren anwesend, davon die Hälfte Frauen. Referentin war die Genossin Reichelt, die stürmischen Beifall erntete. Eine Anzahl Aufnahmen für den Wahlverein wurden gemacht.

Weißensee. Vor ungefähr 1000 Personen, worunter sich mindestens 800 Frauen befanden, referierte Genossin Friedländer im großen Saale des Schloßrestaurants. Die Kennzeichnung der deutschen Politik und ihrer verhängnisvollen Folgen begegnete vollem Verständnis. Die Aufforderung an die Frauen, sich immer mehr mit dieser Politik zu beschäftigen und daraus die rechte Lehre zu ziehen, wird sicher ihre Wirkung unter den Weißenseer Frauen nicht verfehlen.

Aus der Frauenbewegung.

Die Heimarbeit in der Dresdener Zigarettenindustrie.

Dresden ist eine Zigarettenstadt. Der Reisende bekommt sofort einen Eindruck davon, wenn er mit dem Zuge einfährt. Für das Jahr 1911 wurden nicht weniger als 46 Zigarettenfabriken in Dresden gezählt. Neben der Fabrikarbeit der Zigarettenherstellung besteht in großem Umfange die Heimarbeit. Meist sind es ehemalige Fabrikarbeiterinnen. Sobald sie verheiratet sind und Kinder haben, sind die Frauen froh, noch ihrer früheren Arbeit nachgehen zu können. Die Heimarbeit wird hier als Nebenverdienst betrachtet, die Arbeiterfrau verbindet ihre Erwerbsarbeit mit ihren häuslichen Arbeiten.

Im Verlage von Duncker u. Humblot ist kürzlich ein kleines Heft erschienen: Die Heimarbeit in der Dresdener Zigarettenindustrie von Dr. Sternthal. Der Verfasser hat am Ort Studien gemacht, hat eine Reihe von Heimarbeiterinnen besucht und man kann wohl sagen, daß er, abgesehen von Einzelheiten, mit Verständnis die Lage der Heimarbeiterinnen beobachtet hat.

Nach den Angaben Dr. Sternthals werden in der Dresdener Zigarettenindustrie durchschnittlich 800 Heimarbeiterinnen gegen 5000—6000 Fabrikarbeiterinnen beschäftigt. Das Mitarbeiten von Familienmitgliedern, wie es so oft in anderen Industrien gebräuchlich ist, findet man nicht. Trotzdem liegen die Verhältnisse sehr traurig. Der Durchschnittslohn einer Heimarbeiterin beträgt 6,25—6,75 M. pro Woche. Als Arbeitszeit benutzt sie die Nachmittagsstunden, wenn die Kinder Schularbeiten machen, wenn sie mit dem Mittagzubereiten fertig ist. Die eigentliche Arbeit beginnt aber erst abends. Wenn die Kinder zu Bett sind, kann die Frau ruhig hintereinander arbeiten.

Die Lebenshaltung ist recht schlecht. Sternthal kann nicht umhin, die Ernährungsweise als eine unzulängliche zu bezeichnen und hält es für geboten, Maßnahmen zu treffen, die das Elend der Heimarbeiterinnen mildern sollen. Die Unternehmer haben kein Interesse den Heimarbeiterinnen aus ihrer Notlage zu helfen, denn der Wert der Heimarbeit besteht eben — abgesehen von billigen Löhnen — für den Arbeitgeber in der Möglichkeit, bei veränderter Wirtschaftslage Menschenmaterial zur Verfügung zu haben, das ihm unbedingt unterworfen ist und um in Zeiten des Streiks in diesen unorganisierten Frauen Ersatz für die Streikenden zu finden. Das sind die Fragen, um die es sich bei der Heimarbeit handelt. Der Unternehmer braucht unorganisierte Massen, die billig arbeiten, die er nach freiem Ermessen ausbeuten kann. Und wenn der Verband der Deutschen Zigarettenindustrie in seinem letzten Geschäftsbericht die Hoffnung ausspricht, der Entwurf eines Hausarbeitsgesetzes werde „nach Lage der Dinge" nicht zustande kommen, so haben auch sie recht behalten. Das, was das Hausarbeitsgesetz den Heimarbeiterinnen gibt, rührt nicht an dem Kernpunkt der Heimarbeiterfrage, an den Lohntarifen. Nur diese sind das einzige Mittel, um bei besseren Löhnen in gesunden Wohnungen eine bessere Lebenshaltung schaffen zu können.

Soziales.

Mißstände im Schlafstellenwesen.

In der letzten Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft **Chemnitz** stand der Entwurf einer Polizeiverordnung über die Teilvermietung einschließlich des Schlafstellenwesens zur Beratung. Dabei kam es zu recht lebhaften Auseinandersetzungen. Einigen Herren des Bezirksausschusses gingen verschiedene Bestimmungen zu weit, sie befürchteten Schwierigkeiten bei ihrer Durchführung; u. a. wiesen sie auch darauf hin, daß nach den strengen Bestimmungen des Entwurfes es sehr oft vorkommen werde, daß Bauarbeiter in verschiedenen Ortschaften Schlafstellen nicht erhalten könnten, und daß dadurch die Unternehmer keine oder nur schwer Arbeiter während der Bauzeit erhalten könnten. Schwierigkeiten befürchteten diese Herren auch bei der Durchführung der Kontrolle, die der Gemeindevorstand doch nicht alle persönlich machen könne und wobei es sich **nicht empfehle, Schutzleute zu verwenden, weil diese in der Regel zu scharf vorgingen und nicht verständen, mit den Leuten verbindlich zu verkehren.** Der Amtshauptmann wies darauf hin, daß die Polizeiverordnung eine Verbesserung bringen soll, keine Verschlechterung. Die Aenderungen der Verordnung seien ganz minimale und notwendige mit Rücksicht auf die Wohnungsordnung, die vor einigen Jahren ebenfalls unter großem Widerspruch des Bezirksausschusses eingeführt worden sei. Jetzt sei man froh, daß die Wohnungsordnung bestehe. Heute würden größere Ansprüche an die Wohnung gestellt. Wesentliche Erschwernisse für die Bewohner bringe die Polizeiverordnung über die Teilvermietung und das Schlafstellenwesen nicht. Schwere Mißstände bestehen im Schlafstellenwesen, und die Notwendigkeit für deren Beseitigung werde gewiß von keiner Seite bestritten werden. Außerdem könnten nach der Bestimmung über den Dispens in besonderen Fällen während der Dauer von fünf Jahren Erleichterungen zugelassen werden. Ein Mitglied des Ausschusses erkannte an, daß notorische Mißstände im Schlafstellenwesen bestehen und daß diese beseitigt werden müßten, auch wenn es dem und jenem nicht gefallen würde. Der größte Teil der Mißstände werde zweifellos abgestellt werden, wenn die Forderung: **Jedem Schlafgänger ein Bett!** durchgedrückt werde. Das aber müsse geschehen. Die Ueberfüllung der Schlafstellen sei der ärgste Mißstand. Weiter wurde von einem Mitglied auf den Bau von Ledigenheime hingewiesen, wenn die Notwendigkeit dies erfordere. Nachdem eine Vertagung der Beratung, die von den Gegnern gewünscht wurde, verhindert worden war, und der Amtshauptmann sich zu einigen Abänderungen von **Muß**vorschriften in **Soll**vorschriften verstanden hatte, wurde der Entwurf angenommen.

Da für die nächsten fünf Jahre von den Uebergangsbestimmungen reichlich Gebrauch gemacht werden wird, ist während dieser Zeit auf eine wesentliche Verbesserung und auf Beseitigung der Mißstände im Schlafstellenwesen keine große Hoffnung zu setzen.

Letzte Nachrichten.

Die Balkanfrage auf der Konferenz in Balmoral.

Paris, 24. September. (P. C.) Der Londoner Korrespondent des „Temps" will erfahren haben, daß, wenn auch die Unterredungen Ssasonows mit dem Staatssekretär Grey sich in der Hauptsache auf die persische Frage beziehen, bereits in den ersten Unterhaltungen die Balkanfrage diskutiert worden ist. Der russische Minister, dem die ersten Versuche zu einer Einwirkung der Mächte bei den augenblicklichen Balkanschwierigkeiten zuzuschreiben sind, soll bei seinem englischen Kollegen seine Vorschläge erneuert haben. Wie der Korrespondent wissen will, hat Ssasonow eine diskrete Intervention in Rom und Konstantinopel angeregt. Man ist indessen in London weiter außerordentlich skeptisch über die Frage einer Intervention und erklärt, daß aus allen Unterredungen über diese Frage in London nichts Praktisches resultieren werde.

Schrecken des Krieges.

Rom, 24. September. (W. T. B.) Die „Agenzia Stefani" meldet aus Tripolis: Es wird angenommen, daß der Feind an dem Kampf bei Zanzur am 20. d. M. seine sämtlichen oder fast sämtliche Streitkräfte teilnehmen ließ, denn die Italiener befanden sich 12 000 bis 15 000 Bewaffneten gegenüber, die von allen Seiten heranrückten. Die Ausdehnung des Schlachtfeldes verhinderte die Zählung der feindlichen Verluste, die auf **mindestens 2000 Mann** geschätzt werden, unter denen sich ein starker Prozentsatz Toter befindet. Die Kavallerie fand auf ihren Erkundungszügen zahlreiche unbestattete Leichen der Feinde, darunter **154 an einer einzigen Stelle.** Das türkische Kommando weilte während des Kampfes in El Hascian; als es gegen Abend sah, daß die türkischen Truppen in regelloser Flucht begriffen waren und von den Italienern verfolgt wurden, zog es sich nach Suani ben Aden zurück. Die Araberhäuptlinge nahmen sämtlich an dem Kampf teil und trieben die Kämpfer mit Zuruf und Peitschen an. Es scheint, daß der Feind sich zum Rückzug nach Garian entschlossen hat, daß aber zahlreiche Haufen von Küstenbewohnern sich weigern, ihre Gebiete zu verlassen und in eine Gegend mit rauherem Klima zu ziehen.

Der Aufstand auf San Domingo.

Washington, 24. September. (W. T. B.) 750 Marinesoldaten haben den Befehl erhalten, nach San Domingo abzugehen.

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Der Gewaltakt im preußischen Abgeordnetenhause vor Gericht.

Zu Beginn des zweiten Sitzungstages stellte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Schmidt, durch neue Fragen an den Angeklagten Borchardt fest, daß die Beschwerde, welche dieser wegen seiner Ausweisung an das Plenum des Abgeordnetenhauses richtete, von der Mehrheit abgelehnt worden ist. — Hierauf erhält das Wort

Rechtsanwalt Wolfgang Heine:

Ich will von den gestern erörterten staatsrechtlichen Fragen nichts wiederholen. Aber auf das eine muß ich eingehen, was der Vorsitzende soeben berührt hat. Das ist die Frage: Wird das, was nach unserer Ueberzeugung unrechtmäßig war, dadurch rechtmäßig, daß die Mehrheit des Plenums das Verhalten des Präsidenten gebilligt hat? Davon kann selbstverständlich keine Rede sein. Soweit § 64 der Geschäftsordnung mit der Verfassung in Widerspruch steht, ist er ungültig. Wenn das Plenum des Abgeordnetenhauses eine unter Berufung auf diese Geschäftsordnung vorgenommene Handlung des Präsidenten billigt, so wird die ungesetzliche Handlung dadurch nicht zu einer gesetzlichen. Der Beschluß des Abgeordnetenhauses über die Beschwerde Borchardts ist juristisch ganz gleichgültig. Derartige Beschlüsse einer parlamentarischen Körperschaft sind ja auch keine rechtlichen, sondern politische Aktionen.

Der Oberstaatsanwalt hat sich gestern wiederholt berufen auf Kommissionsverhandlungen über die erste preußische Verfassung und auf Verhandlungen des Erfurter und des Frankfurter Parlaments. Das sind Aeußerungen, die nur die persönliche Meinung der betreffenden Redner wiedergeben, aber sie bringen nicht den gesetzgeberischen Gedanken zum Ausdruck und können deshalb nicht zur Auslegung von Gesetzen herangezogen werden. Das ist auch der Standpunkt des Reichsgerichts. — Um die Anklage wegen Hausfriedensbruchs zu begründen, hat der Oberstaatsanwalt gestern den Präsidenten des Abgeordnetenhauses als pater familias (Vater der Familie) bezeichnet, der das Recht haben müsse, Ruhestörer auszuweisen. Dieser Vergleich trifft nicht zu. Der pater familias darf den Sohn nicht seiner Staatsrechte berauben. — Es ist auch die Frage nach dem Antragsrecht angeschnitten worden. Es ist nicht richtig, wenn der Oberstaatsanwalt meint, das Recht des Präsidenten, Strafantrag zu stellen, folge aus seiner Polizeigewalt im Hause. Erst jetzt liegt dem Landtage ein Gesetzentwurf vor, wonach dem Präsidenten als Vertreter des Fiskus das Hausrecht in den Räumen des Landtages übertragen werden soll. Bis jetzt sind dem Präsidenten die aus dem Hausrecht folgenden Befugnisse nicht eingeräumt worden. Er war also im vorliegenden Falle nicht berechtigt, Strafantrag zu stellen.

Ich komme jetzt zu der Frage, wie weit § 113 des Strafgesetzbuches (Widerstand gegen die Staatsgewalt) hier Anwendung findet. Ich stehe auf dem Standpunkt: Die Anordnung der Entfernung des Abgeordneten Borchardt aus dem Sitzungssaal und auch die Ausführung dieser Anordnung durch die Polizei sind Verbrechen gegen die §§ 105 und 106 des Strafgesetzbuches. Der Widerstand dagegen ist eine berechtigte Notwehr nicht nur gegen einen unberechtigten Angriff, sondern gegen eine gesetzwidrige Handlung. Aber abgesehen davon, lag bei Borchardt kein Hausfriedensbruch vor. Wenn Borchardt keine strafbare Handlung verübte, dann fällt die Deduktion, der Präsident und die Polizei habe hier das Recht gehabt, strafbare Handlungen zu verhindern. Selbst wenn Borchardt nicht im Recht gewesen wäre und Hausfriedensbruch begangen hätte, dann war doch das Auftreten des Präsidenten und der Polizei nicht berechtigt. Borchardt durfte nicht gewaltsam aus dem Sale entfernt werden. Das Vorgehen gegen Borchardt war eine Ueberschreitung der Amtsausübung der Beamten. Es ist ein unbestrittener Rechtsgrundsatz, daß die Voraussetzung eines strafbaren Widerstandes die rechtmäßige Amtshandlung ist. Hier aber war die Polizei gar nicht zuständig. Es ist gesagt worden, weil Borchardt eine strafbare Handlung, Hausfriedensbruch, verübt habe, so sei die Polizei berechtigt gewesen, das zu verhindern. Das ist eine Redensart, die dem Spießbürger einleuchten mag, aber sie ist unrichtig. Ein solches Recht der Polizei ist durch kein Gesetz begründet. Die Grenzen der polizeilichen Befugnisse sind gezogen durch das Allgemeine Landrecht Teil II Titel 17 § 10 und durch das Gesetz vom 12. Februar 1850 zum Schutze der persönlichen Freiheit. Nach der angeführten Bestimmung des Landrechts hat die Polizei die Aufgabe, die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten und und Gefahren, welche dem Publikum oder Teilen desselben drohen, abzuwenden. Diese Voraussetzung trifft im Falle Borchardt nicht zu. Der Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses ist kein öffentlicher Raum und das Publikum war durch die Angelegenheit gar nicht berührt. Für Zucht und Ordnung innerhalb der Häuser zu sorgen ist nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts nicht das Amt der Polizei. Auch eine Persönlichkeit war durch die Handlung Borchardts nicht gefährdet. Man könnte vielleicht einwenden, Borchardt habe durch sein Verhalten die Ruhe des Hauses gestört und dadurch einen Angriff auf die Rechte anderer Personen ausgeführt, den die Polizei hätte verhindern dürfen. Dieser Einwand haut aber vollständig daneben, denn nicht eine der Ausweisung etwa vorhergegangene störende Handlung Borchardts war Gegenstand des polizeilichen Einschreitens, sondern lediglich sein Verweilen auf seinem Platz im Sitzungssaale. —

Soweit die Polizei ein Recht hat, in die persönliche Freiheit einzugreifen, ist dies durch besondere Gesetze geregelt. Die Allgemeinen Bestimmungen des Landrechts § 10 II 17 geben ihr nicht das Recht, die persönliche Freiheit anzugreifen. Die gewaltsame Entfernung aus einem Raum ist nach der Praxis des Oberverwaltungsgerichts und des Reichsgerichts ein Angriff auf die persönliche Freiheit. — Die heut noch geltenden Bestimmungen des Gesetzes vom 12. Februar 1850 geben der Polizei das Recht, Personen in Verwahrung zu nehmen, wenn es dringend erforderlich ist zum eigenen Schutz der betreffenden Person oder zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Ruhe. Auch das trifft hier nicht zu. Weitergehende Befugnisse, Personen in ihrer Freiheit zu hindern, hat die Polizei nicht. — Ein kundiger Thebaner könnte sagen, die Sitzungen des Abgeordnetenhauses sind ja öffentlich, also durfte die Polizei im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung einschreiten. Das trifft aber nicht zu. Wenn auch die Sitzungen insofern öffentlich sind, als Zuhörer zugelassen werden, welche sich Eintrittskarten gelöst haben, so ist dadurch noch nicht der Begriff der Oeffentlichkeit erfüllt, der die Polizei zum Einschreiten berechtigen würde. Weder die Zuhörer noch die Abgeordneten sind in diesem Sinne das Publikum. Auch § 132 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung spielt in solchen Prozessen eine Rolle. Dieser Paragraph gibt für gewisse Fälle das Recht zu unmittelbarem Zwang. Voraussetzung ist aber, daß eine Verordnung der im Gesetz genannten Behörden ergangen ist. Zu diesen gehört die Ortspolizeibehörde, aber nicht der einzelne Polizeibeamte. Eine Anordnung der Polizeibehörde ist nicht zu sehen in der Verfügung, durch die der Polizeipräsident dem Polizeileutnant Kolb den Auftrag gegeben hat, sich dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses für die Durchführung des § 64 der Geschäftsordnung zur Verfügung zu halten. Das ist eine rein innerdienstliche Anordnung, die eine sachliche Zuständigkeit für eine derartige Aktion nicht schaffen kann. — Nun könnte vielleicht jemand sagen, in diesem Fall sei der Polizei das Recht des Einschreitens durch ein Spezialgesetz übertragen und die Beamten hätten in Ausübung eines Spezialgesetzes gehandelt. Das ist falsch. Die Befugnisse der Polizei sind gesetzlich geregelt und können nur durch Gesetz erweitert werden. Aber die Geschäftsordnung ist kein Gesetz. Sie kann der Polizei keine Befugnisse geben, die sie nicht schon hat.

In der Presse ist der Satz aufgestellt worden, der Präsident müsse die Autorität haben, einen Abgeordneten, der sich seinen Anordnungen nicht fügt, zu entfernen, und die Polizeibeamten seien in diesem Falle die Organe des Präsidenten. Das ist vollkommen unjuristisch. Die Berufung auf das allgemeine Interesse ist vom Reichsgericht als eine belanglose Redensart gekennzeichnet worden. Die Polizei ist ja gar nicht eingeschritten, um weitere Störungen der Ruhe und Ordnung durch den Abgeordneten Borchardt zu verhindern. Denn Borchardt hat ja nach erfolgter Ausweisung nichts mehr gesagt und sich auch nach seinem Wiedereintritt ruhig verhalten. Der Präsident Freiherr v. Erffa ist auch tatsächlich nicht eingeschritten, um weitere Störungen der Ordnung zu verhindern, sondern um seine Autorität zu wahren. Das erste Mal wollte er ja gar nicht einschreiten, er hat auf die vielen Rufe: „Borchardt ist wieder da!" gar nicht reagiert, bis Herr v. Pappenheim ihm die Pistole auf die Brust setzte und sagte: „Du mußt Deine Autorität wahren". Wenn das nicht aus dem Protokoll als erwiesen gilt, dann beantrage ich, den Vizepräsidenten Dr. Porsch als Zeugen zu vernehmen. Er wird bekunden, daß Präsident v. Erffa ihm ausdrücklich erklärt hat, er hätte die Entfernung Borchardts nicht veranlaßt, weil er weitere Störungen befürchtete, sondern weil er sich verpflichtet fühlte, die vorgekommenen Verletzungen der Ordnung zu sühnen und seine Autorität zu wahren.

Ich habe nachgewiesen, daß der Polizei die Befugnis fehlte, Borchardt gewaltsam zu entfernen. Die sachliche Zuständigkeit zum Einschreiten der Polizei war demnach nicht gegeben. Wenn das der Fall ist, dann macht der gute Glaube der Beamten ihre unrechtmäßige Handlung nicht zu einer rechtmäßigen. Das ist der Standpunkt der allgemeinen Judikatur. Der gute Glaube kann den Beamten wohl der Verantwortung entziehen, aber nicht den Widerstand gegen eine objektiv ungesetzliche Handlung strafbar machen.

Der Oberstaatsanwalt hat gesagt: Die Polizeibeamten haben ja nur den ihnen erteilten Befehl ausgeführt, und wenn sie diesen Befehl ausführten, hatte ihnen jeder zu gehorchen, mag auch sonst der Befehl unrechtmäßig sein. Diese Ansicht ist doch irrig. Der Beamte, der den Befehl gibt, muß doch innerhalb seiner Zuständigkeit gehandelt haben. Auch der Schutzmann ist nicht verpflichtet, überall zu gehorchen. Diese Frage ist kürzlich in der Festschrift für Laband von Metzer ausführlich behandelt worden. Die Schutzleute mußten wie jeder andere wissen, daß sie nicht in das Abgeordnetenhaus dringen durften, um dort einen Abgeordneten zu arretieren. Selbst bei dem Militär gibt es, wie ein vor dem Militärgericht seinerzeit verhandelter Fall zeigte, Grenzen der Gehorsamspflicht. Ein Vorgesetzter darf nicht alles Beliebige befehlen; die Gehorsamspflicht ist begrenzt durch die höheren gesetzlichen Befugnisse der höheren Instanzen. Die Befehlstheorie, die das Reichsgericht im 2. Bande der Entscheidungen aufgestellt hat, führt zu ganz absurden Konsequenzen. Wie absurd diese Befehlstheorie ist, das zeigt der Fall des Hauptmanns von Köpenick. Dem Bürgermeister von Köpenick war dieser Standpunkt des Reichsgerichts vielleicht bekannt. Der Hauptmann von Köpenick war kein Beamter und konnte nichts befehlen, aber bei der Abteilung, die er auf dem Tegeler Schießplatz traf, befand sich ein Gefreiter, zweifellos ein Vorgesetzter der anderen Soldaten. Der Hauptmann von Köpenick bewog nun den Gefreiten, mit ihm nach Köpenick zu marschieren. Die Soldaten waren Untergebene dieses Gefreiten und wenn der Gefreite den Untergebenen selber sagte, nehmt den Bürgermeister fest und das Geld aus der Kasse mit, dann befanden sich nach der Befehlstheorie diese Soldaten in rechtmäßiger Ausübung ihres Amtes und der Widerstand des Bürgermeisters war strafbar. Die ganze Welt hat damals gelacht über den Hauptmann von Köpenick und diesen Fall als ein Zeichen unserer staatlichen Zustände angesehen. Man hat den Bürgermeister feige genannt, aber nach der vom Oberstaatsanwalt vertretenen Befehlstheorie durfte sich der Bürgermeister nicht wehren. Diese Befehlstheorie ist also ganz absurd.

Glücklicherweise gibt es noch andere Erkenntnisse des Reichsgerichts, wonach die Befehlstheorie nicht in allen Fällen gilt. Selbst die Befehlstheorie geht davon aus, daß es sich um Befehle handelt, denen nachzukommen der Untergebene verpflichtet ist. Wer hat im vorliegenden Falle den Befehl gegeben? Lediglich der Präsident des Abgeordnetenhauses. Seine Anordnung bezog sich nur auf Borchardt, aber nicht auf Leinert. Der Präsident hat die Verantwortung für das Vorgehen der Beamten gegen Leinert ausdrücklich abgelehnt. Also der Präsident hat befohlen. Er ist nicht der Vorgesetzte der Beamten und diese sind ihm nicht zum Gehorsam verpflichtet. Das hat auch der Minister des Innern anerkannt. Aus seinem Schriftwechsel mit dem Präsidenten geht das hervor. Die Sitzungs- und Hauspolizei des Präsidenten sind etwas ganz anderes als die öffentlich rechtliche Polizeigewalt.

Die Anklage hilft sich mit der Behauptung, der Polizeileutnant habe auf eigene Verantwortung gehandelt. Der Leutnant sagt das auch. Also war er durch einen Befehl nicht gedeckt, die ihm unterstellten Beamten brauchten ihm deshalb nicht gehorchen. — Wenn man die Deduktion des Reichsgerichts über die Befehlstheorie betrachtet, so findet man etwas, was glänzend für die Angeklagten spricht. Das Reichsgericht sagt, die Polizeibeamten hätten die Autorität des Staates zu wahren und könnten nicht in jedem Falle prüfen, ob sie nicht die Grenzen ihrer Befugnisse überschritten. Will man vielleicht sagen, ein schneidiger Schutzmann, der, in dem Glauben, die Autorität des Staates zu schützen, einen Angriff gegen S. M. den König richtet, sei straffrei? Der Gesetzgeber hat jeden Angriff auf den König mit schweren Strafen belegt, um seine Autorität zu schützen. Aber es gibt noch andere Autoritäten. Die Gesetzgeber, die Abgeordneten, sind doch Autoritäten und viel wertvollere Autoritäten als die Autorität eines Schutzmanns. Wie der Angriff auf den König, so ist auch der Angriff auf einen Abgeordneten mit schweren Strafen bedroht. Zum Schutz der Abgeordneten gibt es eine ganze Reihe extremer Bestimmungen. Mit zehnmal größerem Recht wie bezüglich der Schutzleute muß man sagen: der Staat braucht Abgeordnete, die in ihrer Bewegungsfreiheit nicht gehindert werden dürfen durch andere Autoritäten. Das hohe Amt der Abgeordneten und ihre Autorität stehen höher als die Autorität der Beamten.

Wenn man sagt, Borchardt habe die Autorität des Hauses verletzt, so ist zu betonen, daß er das gerade deshalb getan hat, um eine Entscheidung über die Unverletzlichkeit der Abgeordneten herbeizuführen.

Was die subjektive Seite betrifft, so ist zu sagen, daß Borchardt nicht die Absicht hatte, es zu einem Zusammenstoß kommen zu lassen. Er hat nicht an die Möglichkeit seiner Ausweisung gedacht. Nachdem sie aber erfolgt war, da gab es für ihn kein Zurück. Da mußte er die Frage zur Entscheidung bringen. Er ist der festen Ueberzeugung, daß die Geschäftsordnung und seine Ausweisung unrechtmäßig war. Auch Leinert ist derselben Meinung. Dieser kann sich auch darauf berufen, daß jene Anordnung des Präsidenten nicht an ihn ergangen ist.

Bei der Frage, ob Hausfriedensbruch vorliegt, kommt es darauf an, ob jemand die Ueberzeugung hat, er verweile rechtswidrig in einem Raume. Der Oberstaatsanwalt sagte, hier müsse zweifellos der dolus eventualis angewandt werden, denn Borchardt habe gewußt, daß sich allerhand Kapazitäten für die Rechtsgültigkeit der Geschäftsordnung ausgesprochen haben, er hätte also mit der Möglichkeit rechnen müssen, sich strafbar zu machen. Diese Ansicht des Oberstaatsanwalts ist irrig. Es ist doch nicht so, daß Borchardt dastand wie Buridans Esel und nicht wußte, was er tun solle. Borchardt war doch nicht in der Lage, sich zu sagen: ich weiß nicht, ob dies oder das richtig ist, deshalb will ich das Reichsgericht fragen, sondern er war überzeugt, daß seine Ansicht über die Unrechtmäßigkeit der Geschäftsordnung und ihrer Ausführung das richtige ist, und das wollte er vom Reichsgericht bestätigt haben.

Ich komme zu dem Resultat: die Angeklagten müssen freigesprochen werden, weil die Beamten nicht einmal den Schein der Rechtmäßigkeit für sich geltend machen können und der Widerstand gegen sie deshalb nicht strafbar ist. Ueber das Strafmaß mag ich nichts sagen. Wir haben hier zwei Männer vor uns, die nicht für sich, sondern für andere eine Sache durchfechten. Man kann das in diesem Falle nicht anders, als daß man eine Gerichtsentscheidung herbeiführt. Hätten wir einen Staatsgerichtshof, der zu entscheiden hat, ob derartige Beschlüsse, wie die Geschäftsordnung, rechtmäßig sind oder nicht, dann wäre dieser Weg nicht nötig. Auch zivilrechtlich kann diese Streitfrage nicht entschieden werden. Es bleibt also nichts anderes übrig, als daß man eine sogenannte strafbare Handlung begeht und das Vergnügen hat, auf der Anklagebank Platz zu nehmen, um eine Rechtsfrage zur Entscheidung zu bringen. Nicht einen Schritt sind die Angeklagten weiter gegangen als notwendig war, um die Entscheidung herbeizuführen. Wenn schon verurteilt werden müßte, so entspräche es der Würde dieser Rechtsfrage, wenn auf das gesetzliche Mindestmaß der Strafe erkannt würde. Angesichts einer staatsrechtlichen Frage von solcher Bedeutung wird ja die Sache ins Lächerliche gezogen durch die Frage, ob man auf vier oder fünf Wochen Gefängnis, auf 100 oder 200 M. Geldstrafe erkennen will.

In einer kurzen Erwiderung tritt Oberstaatsanwalt Dr. Preuß unter Hinweis auf Reichsgerichtsentscheidungen und verschiedene Landgerichtsurteile einigen rechtlichen Ausführungen des Rechtsanwalts Heine entgegen und betont, daß es für ihn ganz unzweifelhaft sei, daß nach § 10 II, 17 Allgem. Landrechts die Polizeibeamten in diesem Falle berufen und verpflichtet waren, einzuschreiten.

R.-A. Heine verbleibt diesen Einwendungen gegenüber bei seinem Rechtsstandpunkte und bei seinem Antrage auf Freisprechung.

R.-A. Haase erwidert dem Oberstaatsanwalt: Gegen die Ansicht, daß das Vorgehen gegen die Angeklagten in jeder Beziehung berechtigt war, sind erhebliche Zweifel doch auch von einer Stelle geäußert worden, die doch wohl auch von dem Staatsanwalt als autoritativ betrachtet werden dürfte. In dem Briefwechsel zwischen dem Minister des Innern und dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses hat der Minister des Innern ausdrücklich gesagt, daß sich die Mitwirkung der Polizei nur auf die Ausweisung eines Abgeordneten zu beschränken hat, daß es aber nicht angängig erscheint, daß die Polizei, von ganz besonderen Ausnahmefällen abgesehen, den Ausgewiesenen am Wiedereintritt in den Saal hindert. — Ein ganz besonderer Ausnahmefall lag hier nicht vor. Also haben die Beamten selbst nach der Auffassung des Ministers unrechtmäßig gehandelt, als sie den Abgeordneten Borchardt hinderten, den Saal wieder zu betreten. — Der Hinweis des Oberstaatsanwalts auf den pater familias trifft nicht zu. Ein Vater kann seinen Sohn wohl ausweisen, aber er kann dabei nicht die Hilfe der Polizei in Anspruch nehmen.

Daß die Geschäftsordnungskommission des Abgeordnetenhauses selber die schwersten Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit des § 64 hatte, geht aus dem Absatz 8 hervor, welcher bestimmt, daß vor der Anwendung von Zwangsmaßregeln gegen einen Abgeordneten das Haus und die Tribünen geräumt werden müssen. Die Freunde des Herrn v. Erffa haben es auch als eine Ungehörigkeit bezeichnet, daß die Räumung des Saales unterlassen ist und der Abgeordnete Borchardt während der Sitzung entfernt wurde. Daß Borchardts Beschwerde vom Abgeordnetenhause zurückgewiesen wurde, ist von keiner Bedeutung. Das ist kein Urteilsspruch darüber, wer in dieser Frage im Recht ist, sondern ist nur ein Vertrauensvotum, welches die Mehrheit des Hauses ihrem Präsidenten erteilt hat.

Die Angeklagten verzichteten auf das letzte Wort.

Der Gerichtshof zog sich zur Beratung zurück, erschien aber nach einer Viertelstunde wieder. Der Vorsitzende fragt die Verteidiger, ob der Antrag auf Vernehmung des Vizepräsidenten Porsch ein Eventualantrag sei. — Rechtsanwalt Heine: Es ist ein Eventualantrag für den Fall, daß der Gerichtshof nicht zu einer

Freisprechung kommen sollte. — Vors.: Bezieht sich der Antrag auf die erste oder die zweite Ausweisung des Herrn Borchardt? Rechtsanwalt Haase: Auf beide Vorfälle! Wir wollen den Nachweis führen, daß in keinem Augenblick der Präsident neue Ruhestörungen des Abg. Borchardt befürchtet hat, sondern daß ihm erst von anderen Abgeordneten die Wahrung seiner Autorität nahe gelegt worden ist. — Beisitzer L.-G.-R. Grodke: Das kann ihm doch in jenem Zeitpunkt noch niemand gesagt haben. — Der als Zeuge anwesende, aber nicht vernommene Abg. Hoffmann ruft: „Doch!"

Der Vorsitzende sagt lächelnd: Aber, Herr Abg. Hoffmann, wir sind doch hier nicht im Parlament. (Heiterkeit.)

Nachdem sich der Gerichtshof noch einmal auf wenige Minuten zurückgezogen, verkündet der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Schmidt: Die Verhandlung der Sache wird unterbrochen und am Sonnabend, den 28. d. M., nachmittags 1 Uhr, fortgesetzt. Den Beweisanträgen entsprechend wird der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, Geh. Justizrat Dr. Porsch, als Zeuge geladen und ferner wird der Briefwechsel zwischen dem Minister des Innern und dem früheren Präsidenten des Abgeordnetenhauses, v. Kröcher, herbeigeschafft werden.

Die Parteipresse über den Parteitag.

„Hamburger Echo".

... Befriedigt hat auch der Ausgang der Debatte über die Reichstagsneuwahlen. Da spielte ja die Frage des Stichwahlabkommens, die auch schon vorher, seit dem Februar d. J., in Parteiblättern und Parteiversammlungen lebhaft erörtert worden war, die Hauptrolle. Die Vorwürfe, die man dem Parteivorstande wegen dieses Abkommens gemacht hat, wobei ja hauptsächlich die Mahnung an 16 Wahlkreisleitungen, den Stichwahlkampf zugunsten der Fortschrittlichen Volkspartei zu „dämpfen", in Betracht kam, erachtete die große Mehrheit des Parteitages als unbegründet; sie trat den taktischen Erwägungen bei, die den Parteivorstand zu dem Abkommen geführt hatten. Dabei bleibt der auch vom Parteivorstand selbst geteilte Wunsch bestehen, daß ein solches Experiment der „Dämpfung" des Wahlkampfes nicht noch einmal gemacht zu werden braucht, wenn man sich auch nicht für alle Zukunft im voraus festlegen darf. Wie bisher wird auch in Zukunft über die zu befolgende Stichwahltaktik die Situation des Moments zu entscheiden haben, wobei für die Sozialdemokratie die Parole immer wird lauten müssen: Kampf gegen die Reaktion! ...

... Der Schluß des Parteitages brachte die Entscheidung über die Ausschließung des früheren Parteimitgliedes Hildebrand-Solingen. Wir können den Ausdruck des Bedauerns darüber nicht unterdrücken, daß sich eine Parteitagsmehrheit fand, die dem mit einer Stimme Mehrheit beschlossenen Antrage der Beschwerdekommission zustimmte, den Ausschluß Hildebrands, entsprechend dem Urteil des Solinger Schiedsgerichts, zu bestätigen. In diesem Falle hat unseres Erachtens der Parteitag nicht das Richtige getroffen. Ohne Zweifel, Hildebrand hat sich mit theoretischen Auseinandersetzungen, für die er den Charakter der wissenschaftlichen Erörterung in Anspruch nehmen darf, in Gegensatz gebracht zu Anschauungen, die als Grundanschauungen der Partei als prinzipiell feststehende gelten. Aber man darf ihm glauben, daß er dabei weit entfernt gewesen ist von der Absicht, die Partei schädigen zu wollen. Tatsächlich hat er, gestützt auf das an sich unbestrittene Recht jedes Parteigenossen auf die Freiheit der Meinungsäußerung in allen die Partei angehenden Fragen, nichts anderes getan, als was vor ihm und neben ihm — wenngleich in anderer Richtung andere Parteigenossen unternommen haben. ...

Im übrigen aber kann man sagen, daß auch der diesjährige Parteitag gute Arbeit gemacht hat.

„Leipziger Volkszeitung".

... In der heutigen Situation, wo die Klassengegensätze mit jedem Tage schroffer und brutaler zutage treten, würde sich jeder Arbeiterführer lächerlich machen und zur Einflußlosigkeit verurteilen, der den Massen ein Bild von der Annäherung der Klassen, von der Milderung der Klassengegensätze vorgaukeln wollte. In der Tat sehen wir auch, wie derartige Phantastereien immer mehr aus der Arbeiterpresse, der Partei- wie der Gewerkschaftspresse, verschwunden sind. Geschichtlich gesehen liegt der Revisionismus als eine überwundene Episode hinter uns, was natürlich nicht hindert, daß er in den Köpfen mancher seiner Wortführer noch länger fortleben und auch zu mancherlei Auseinandersetzungen führen mag. ...

So erklärt sich die Erscheinung, daß auch auf den Parteitagen und speziell auf dem Chemnitzer Parteitage die inneren Gegensätze innerhalb der Partei weniger hervortraten, daß der Parteitag als einheitlicher Körper arbeitete und das gewohnte Bild der beiden getrennten Lager nicht mehr oder nur noch ganz vereinzelt zeigte. In dieser Hinsicht ist es kein Zufall, sondern eine für die historische Entwickelung der Partei in höchstem Maße kennzeichnende Tatsache, daß der Chemnitzer Parteitag sich fast einmütig gegen die sogenannten Sonderkonferenzen erklärte. ...

Wenn jetzt der Parteitag sich — und wie gesagt nahezu einmütig — gegen die weitere Existenz solcher Sonderkonferenzen ausgesprochen hat, so hat er damit unbewußt nur das Ergebnis der wirtschaftlichen Entwickelung bestätigt, die zu einer Zermürbung des rechten Flügels geführt und damit auch die Sonderexistenz des linken überflüssig gemacht und so die Einheitlichkeit der Partei offensichtlich vor aller Augen gestellt hat. ...

... Auch daß der Parteivorstand vorzog, über das Stichwahlabkommen keine Entscheidung des Kongresses herbeizuführen, ist in höchstem Maße charakteristisch für die politische Situation. Die Redner, die zum Wort gekommen waren, sprachen sich fast einhellig und unter großer Zustimmung scharf gegen das Abkommen in seiner vorliegenden Form aus. Indem der Parteivorstand darauf verzichtete, eine Abstimmung darüber herbeizuführen und sich so eine Direktive für die Zukunft geben zu lassen, erklärte er indirekt, daß sich solche Abkommen nicht wiederholen werden. Und damit dürfte er in der Tat recht haben. ...

Die Erledigung des Falles Hildebrand, die dem Parteitage unverhältnismäßig viel Zeit wegnahm, ist so vorgenommen worden, wie das Interesse der Partei es dringend verlangte. ...

... Speziell die Schilderungen, die Genosse Ebert von der Göppinger Angelegenheit gab, und der Eindruck, den man aus der ihr folgenden Württemberg-Debatte empfing, war derartig, daß man sich sagen mußte, die totale Zerrüttung der Parteiverhältnisse in Württemberg mag ihren Ausgangspunkt von politischen Differenzen genommen haben, jetzt sind jedenfalls die politischen Meinungsverschiedenheiten überwuchert von dem traurigen Unkraut persönlicher Cliquenwirtschaft.

Stellten die bisher besprochenen Verhandlungsgegenstände mehr eine Abrechnung mit der Vergangenheit dar, so bildete die Debatte über den Imperialismus einen Schritt in die Zukunft. Hier lag der erste bewußte Versuch der Partei vor, das gewaltige Problem, das die imperialistische Entwickelung vor die Partei stellt, seiner Lösung näher zu bringen, und wir begrüßen es als ein gutes Zeichen, daß keine Debatte so sehr die allgemeine Aufmerksamkeit des Kongresses fesselte, keine sich auf einer derartigen Höhe bewegte, wie gerade die Debatte über den Imperialismus. Selbstverständlich bedeutet sie erst den Beginn des Selbstverständigungsprozesses innerhalb der Partei, nicht sein Ende. ...

Ein Anfang ist gemacht. Was anfangs als eine Marotte, als ein Krakeelbedürfnis der Genossen Lensch, Pannekoek usw. erschien, hat sich als ein Problem herausgestellt, das die ernsteste Aufmerksamkeit aller Parteigenossen verdient, das kam auch in der Annahme des Antrages Molkenbuhr zum Ausdruck, das Thema: Imperialismus dem nächsten internationalen Kongreß zu überweisen. Jetzt kommt es darauf an, diese nun endlich, geweckte Aufmerksamkeit wachzuhalten und sie zu praktischen Ergebnissen zu führen. Hierfür den Grund gelegt zu haben, wird das dauernde und überragende Verdienst des Chemnitzer Parteitages sein und bleiben.

„Mannheimer Volksstimme".

Der Parteitag von Chemnitz hat einen unseres großen Januarsieges würdigen Verlauf genommen. Die Verhandlungen waren erfüllt von dem Geiste der Kameradschaft und Sachlichkeit, und der Wille zur Einheit beherrschte alle Beschlüsse. ...

Angenommen wurde der Vorschlag, einen Parteiausschuß einzusetzen, der bei allen wichtigen Fragen und mindestens einmal im Vierteljahr zusammentreten muß. Die Reform setzt den Schlußstein in das Gebäude unserer Organisation. Wir können die Kleinstaaterei bekämpfen und beklagen, aber nicht ignorieren, müssen vielmehr auch unsere Kampfesformationen danach gestalten. Wir haben es oft schmerzlich vermißt, daß eine Einrichtung fehlte, unsere Landesorganisationen zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufassen. Dieses Instrument ist jetzt geschaffen, und wenn auch in Zukunft noch hier und da Mißverständnisse auftauchen mögen, die Periode der schweren Kämpfe zwischen Nord und Süd darf als abgeschlossen gelten. Die Annäherung wird wesentlich dadurch erleichtert, daß die Gegensätze der Taktik sich immer mehr abschwächen.

Das Stichwahlabkommen mit den Liberalen fand keinen ernstlichen Widerspruch, und selbst die Vertreter der „gedämpften" Wahlkreise wandten sich nur gegen einzelne Bedingungen, nicht aber gegen das Wahlbündnis als solches. Als die Meinung der Partei ist jetzt festgestellt: Es kommt nicht bloß auf die Zahl der Stimmen an, sondern auf die Zahl der Stimmen und der Mandate. Daß unsere Kraft in den Massen liegt, ist nicht der Glaube einiger Auserwählter, sondern die selbstverständliche Ueberzeugung von uns allen. Aber wie die in einem Flusse ruhende Kraft erst durch Maschinen übertragen werden muß, um nützliche Arbeit zu leisten, so braucht der in der Arbeiterschaft lebende Zukunftswille die Parlamentsmaschine, um soziale und politische Reformen durchzusetzen. Dazu ist aber die Einheit der Aktion unbedingt erforderlich.

Aus diesem richtigen Gefühl heraus erklären sich die Anträge aus Niederbarnim, Lübeck und anderen norddeutschen Parteiorten, die ein Verbot der sogenannten Sonderkonferenzen verlangten. ...

... Heute handelt es sich nicht darum, wer mit den Sonderkonferenzen angefangen hat, sondern wer mit ihnen ein Ende machen wird. Der Parteitag hat aus guten Gründen sich zunächst darauf beschränkt, den dringenden Wunsch auszudrücken, daß die Geheimbündeleien aufhören. Der moralische Eindruck dieses Beschlusses, gegen den sich nur wenige Hände erhoben, wird sicherlich bei gutem Willen aller Beteiligten heilsame Folgen haben.

Verschiedenheiten in der wissenschaftlichen oder taktischen Auffassung werden natürlich trotzdem bleiben; aber sie können nicht die Geschlossenheit der Partei stören. Dies zeigte sich in der interessanten Debatte, die sich an den Vortrag des Genossen Haase über den Imperialismus knüpfte. Henke und Pannekoek aus Bremen und Lensch aus Leipzig sind mit ihren Anschauungen allein geblieben. Trotz moderner Aufmachung und marxistisch klingender Worte ist ihre Lehre rückschrittlich und die Zurückweisung war notwendig. ...

Alles in allem: man kann der Tagung von Chemnitz das Zeugnis ausstellen, daß auf ihr für die organisatorische und geistige Einheit unserer Bewegung Hervorragendes geleistet wurde.

„Dresdner Volkszeitung".

Wenn wir auf die arbeitsreiche Woche von Chemnitz zurückblicken, so dürfen wir sagen, daß der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie auf vielen Gebieten ausgezeichnete Arbeit getan hat. ...

... Der Parteitag in Chemnitz brachte wie nur je einer seiner Vorgänger neue Festigung der Partei, vermehrten innerlichen Zusammenschluß ihrer Kräfte und damit zugleich eine vielversprechende Vorbereitung für die Kämpfe der kommenden Zeit.

... Auch in der heiß umstrittenen Frage des Stichwahlabkommens bei den letzten Reichstagswahlen ist, obschon besondere Beschlüsse nicht gefaßt wurden, hinreichende Klärung erzielt worden. Diejenigen, die in Opposition gegen das Abkommen getreten waren, verzichteten darauf, ihre Mißbilligungsanträge zur Abstimmung zu bringen. ...

In der Frage des Imperialismus ist vom Parteitag völlig einheitlicher Protest gegen die Kriegshetzereien und die Kriegsrüstungen erhoben worden. Dazu hat der Parteitag die Stellung, die von der Reichstagsfraktion in den Anträgen über die anzustrebende Verständigung mit den anderen Staaten und über die Abrüstung eingenommen hat, vollauf gebilligt. Die abweichende Auffassung, wie sie von einigen Parteiblättern vertreten wurde, daß eine derartige Forderung nicht von uns erhoben werden dürfe, ist fast einstimmig durch Annahme der Resolution Haase als unberechtigt zurückgewiesen worden. Es ist aber selbstverständlich, daß die Erörterung der Probleme der Weltpolitik auch in Zukunft weiter stattfinden kann und stattfinden muß. Dürfen doch die Ansichten derer Beachtung fordern, die eine schärfere Betonung der Gleichberechtigung Deutschlands in der Weltwirtschaft fordern. ...

„Bremer Bürgerzeitung".

... Aufs neue — so deuten wir auf Grund der empfangenen Eindrücke den bestätigenden Beschluß im Falle Hildebrand — hat die Partei mit großer Mehrheit zu erkennen gegeben, daß sie nicht gewillt ist, jene Bahn zu verlassen, die sie selbst in der bekannten Dresdener Resolution genau bezeichnet hat. Hildebrand hat nicht einen Moment während seiner Parteizugehörigkeit im Sinne jener Resolution, aber während fast zehn Jahren stets gegen jenen Sinn gehandelt. Daß er das so lange tun durfte, ist ein geradezu überwältigender Beweis für die Toleranz der Partei. ...

So brachte der Schluß des Parteitages, was bei anderen Teilen seiner Verhandlungen nicht klar zu erkennen war. Hätte der Parteitag sonst zu dem Stichwahlabkommen sich nicht anders verhalten müssen? ... Alle Schönrednerei kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Stichwahlabkommen ein arger Verstoß gegen unsere „bisherige Taktik" war. Und wenn die Mehrheit des Chemnitzer Parteitages das nicht klar erkannte, so nur deshalb nicht, weil es nicht so offen zutage lag, wie die groben Verstöße Hildebrands gegen unser Programm und die Dresdener Resolution.

Auch die „Erledigung" der Göppinger Angelegenheit war höchst kurzsichtig und mehr von Stimmungen und Vorurteilen, als von der völligen Erkenntnis ihrer grundsätzlichen Bedeutung diktiert. Es wird daher noch ein Wort darüber zu reden sein. Schuld an der unrichtigen Behandlung der Angelegenheit waren Referat und Schlußwort Eberts. Er vermengte wohlüberlegt die Göppinger Sache mit der künstlich gerade auch durch ihn erzeugten Abneigung gegen Rodek, spielte die „Bremer Bürger-Zeitung" aus, wie man früher von revisionistischer Seite die „Leipziger Volkszeitung" auszuspielen beliebte, kurz er, der anderen Leuten Skrupellosigkeit vorzuwerfen wagte, handelte selbst höchst skrupellos.

Apropos! Die Sonderkonferenzen fanden durch Bebel die beste Verteidigung, die man sich wünschen konnte, dann aber nahm man eine Resolution an, die völlig in der Luft schwebt. Was wie die Sonderkonferenzen organisch geworden ist, kann nicht mit frommen Wünschen aus der Welt geschafft werden, auch dann nicht, wenn jene, die der „Not gehorchten, nicht dem eigenen Triebe", nun die Wünschenden geworden sind.

Die Beratung über den Imperialismus bildete entschieden den Höhepunkt der Chemnitzer Verhandlungen. Zwar blieb die bekannte „kleine Gruppe" noch klein, aber wir sind überzeugt, daß sie größer werden wird. Man konnte deutlich bemerken, daß da vielen Delegierten etwas ganz Neues vors Auge gerückt wurde, das sie einstweilen noch nicht klar zu erkennen vermochten. Aber weder Haases Referat noch die angenommene mangelhafte Resolution werden verhindern, die strittigen Probleme weiter zu diskutieren, die weitere Diskussion jedoch wird erweisen, daß die Ueberzeugung von der Unmöglichkeit des weiteren „Aufrüstens" weniger gut begründet ist, wie die von der Unmöglichkeit des allgemeinen „Abrüstens". Wir haben allen Anlaß, mit der Chemnitzer Debatte zufrieden zu sein.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß kaum ein Parteitag so fleißig gearbeitet hat, wie der Chemnitzer, kein einziger war freilich auch so überlastet mit Arbeit wie dieser, wie keiner so zahlreich besucht war. Eine gewisse Unentschiedenheit, die sich mehrfach bemerkbar machte, dürfte dadurch mit begründet sein. ... Es hat sich mancherlei Unzufriedenheit über unser Blatt gezeigt. Ihren Gründen nachzuforschen, ist jetzt nicht am Platze. Nur das sei gesagt, wir bleiben die alten, trotzalledem! — ...

„Chemnitzer Volksstimme".

... Der Verlauf des Parteitages wird die große Mehrzahl der Genossen in ganz Deutschland mit hoher Befriedigung erfüllen. Die ausgiebigen Debatten sind durchweg sachlich gewesen, die Beschlüsse, die in den weitaus meisten Fällen einstimmig oder doch mit sehr großer Mehrheit gefaßt wurden, zur Befestigung der Parteieinheit und zur Förderung des proletarischen Emanzipationskampfes geeignet. ...

... Beim Vorstandsbericht ist der Fall Göppingen in einer Weise erledigt worden, die den festen Willen der Parteimehrheit bekundet, urteilslose Krakeelsucht in die gebührenden Schranken zurückzuweisen. ... Bei dem Siegesbericht über die Reichstagswahlen haben die Delegierten sich einmütig der Auffassung angeschlossen, daß das Stichwahlabkommen notwendig war, und daß eine nachträgliche Kritik an den Einzelheiten des Vertrages oder gar eine Festlegung unserer Taktik für die Zukunft nicht zu empfehlen sei. Beim parlamentarischen Bericht ist die Frage der Sonderkonferenzen zur Entscheidung gelangt. Gegen ganz wenige Stimmen hat der Parteitag ihr Aufhören dekretiert. Dazu war es in der Tat höchste Zeit, sonst wäre aus dem einheitlichen Zusammenarbeiten in der Partei schließlich nur ein Gegeneinanderarbeiten zweier Richtungen geworden, an Stelle des brüderlichen Gefühls nur der Wille getreten, eine andere Gruppe von Parteigenossen zu überwältigen. ...

... Die Kampfansage an das borussische Raubrittertum klang aus dem Bericht über die Reichstagswahlen wie aus den ernsten Betrachtungen Scheidemanns über die Gefahren der Teuerung. Von diesen Gegenständen führt eine gerade Linie zum Preußentag, der wohl noch in diesem Jahre zusammentreten und die Fortsetzung des Wahlrechtskampfes organisieren wird.

Im engen Zusammenhang mit den imperialistischen Problemen steht auch der Ausschluß Gerhard Hildebrands aus der Sozialdemokratie. Wir können den Beschluß des Parteitages nicht billigen — es ist dies die einzige Frage, die er nicht nach unserem Sinne entschieden hat —, aber wir können ihn vollauf verstehen. Die gegenwärtige Lage weist das Proletariat mit so gebieterischer Notwendigkeit auf den rückhaltlosesten und feurigsten Kampf gegen Weltpolitik im bürgerlichen Sinne und kapitalistische Verhetzung hin, daß man leicht zu der Auffassung kommen kann, jemand, der in diesen Dingen aus der Reihe tanze, könne überhaupt nicht auf dem gemeinsamen Boden stehen, der für eine Kampfpartei notwendig ist, soll sie nicht in der Luft schweben.

Die Hauptwaffe gegen den Imperialismus ist das organisierte Proletariat selbst, das Krieg dem Kriege ansagt. Jede Verstärkung der Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse ist eine neue Friedenssicherung. Wir haben die Zuversicht, daß die neubeschlossene Organisation der Partei uns sicherer und einheitlicher in allen Aktionen machen wird. Der neugeschaffene Parteiausschuß wird die dauernde engste Fühlung zwischen der Zentralleitung und den führenden Kräften der einzelnen Bezirke aufrecht erhalten und dadurch zugleich den Vorstand beraten wie ihn gegen Angriffe decken können, die Unkenntnis oder Mißwirtschaft hervorrufen. ...

Die hygienischen Zustände in den Vergoldereibetrieben.

Dem Laien gewährt es meist ein gewisses Vergnügen, wenn ihm Gelegenheit geboten ist, einen Blick in eine der Werkstätten zu werfen, in welchen die Dinge hergestellt werden, die er vielleicht täglich benutzt, von deren Werdegang er aber nur eine sehr nebelhafte Vorstellung hat. Wer es aber unternimmt, der Werkstatt des Vergolders einen Besuch abzustatten, dem kann nur geraten werden, die Empfindung des Ekels möglichst zurückzudrängen und seine Lungen auf eine gehörige Strapaze entsprechend vorzubereiten. Es sind nicht gerade Arabiens Wohlgerüche, die uns empfangen, wenn wir bei einem Gang durch die Betriebsstätten der Goldleistenfabrikation den Raum betreten, in welchem die rohen Leisten grundiert werden. Der „Grund" besteht aus einer Mischung von Leim und Kreide, öfters mit einem Zusatz von Kienruß oder Graphit. Die Masse wird warm aufgetragen, Türen und Fenster müssen deshalb im Winter stets geschlossen gehalten werden. Geht der Leim, was nicht selten der Fall ist, in Fäulnis über, dann kann man sich von den Düften, die den Raum erfüllen, nur dann einen Begriff machen, wenn man sie schon selbst genossen hat.

Durchaus nicht besser ist die Luft in der Belegerei, in welcher statt mit Grund mit „Steinpappe" gearbeitet wird. Das ist eine Masse, die aus Leim, Kolophonium und Firnis hergestellt wird. Diese Stoffe werden gekocht und mit Kreide vermischt. Mit Hilfe von entsprechenden Walzen werden Verzierungen auf die Leisten gepreßt, wobei die Walzen mit Kienöl bestrichen werden, wodurch der Geruch der vorerwähnten Stoffe eine besondere, aber keineswegs angenehme Nuance erhält. Der größte Teil der Leisten wird dann auf trockenem Wege mit Sandpapier geschliffen, wobei riesige Mengen eines übelriechenden Staubes entstehen. Die so vorbereiteten Leisten erfahren hierauf die Prozedur des Farbigmachens, wobei fast durchgängig chrom- oder bleihaltige, also recht giftige Farben verwendet werden. Beim Schellacken, Lackieren und Polieren wird viel Spiritus gebraucht, der entweder mit Pyridin oder Methyl denaturiert ist. Beides sind starke Gifte, die schon durch das Einatmen ernste Körperschädigungen hervorrufen können. Das Arbeiten mit dem Spiritus ruft öfters die Polierkrätze hervor, welche eine typische Berufskrankheit der Vergolder ist. Beim Bimsen und Anlegen spielt das Terpentinöl eine große Rolle. In einem seiner Gedichte erzählt Heinrich Heine, daß Roms galante Damen Terpentin getrunken haben, um einen wohlriechenden Urin zu erzielen. Um diese Wirkung zu erzielen, braucht man aber, wie die Vergolder aus Erfahrung wissen, den Terpentin nicht zu trinken das Einatmen der Dämpfe hat den gleichen Erfolg. Nur schade, daß daneben ernste Körperschäden einhergehen, die dieses Gift erzeugt. Die Giftwirkung ist um so intensiver, wenn statt Terpentins der viel billigere Terpentinersatz verwendet wird. Beim Metallisieren und Bronzieren werden die entsprechend vorbereiteten Leisten mit dünnen Metallplatten belegt, von denen 100 und mehr auf einen Millimeter gehen. Das Metall wird in sogenannten Schlägen geliefert, die je 80 bis 100 Blätter enthalten. Diese Blätter werden einzeln auf das Brettchen geblasen, mit dessen Hilfe sie aufgelegt werden. Das andauernde Blasen ist keine geringe Strapaze für die Lunge. Noch stärker wird diese aber von dem feinen Metallstaub angegriffen, der den Arbeitsraum erfüllt und nicht nur die Kleider, sondern auch die unbedeckten Körperteile des Arbeiters mit einer Metallschicht überzieht. Daß dies der Gesundheit höchst nachteilig ist, dürfte ohne weiteres einleuchten.

Dieser Werdegang einer Goldleiste, und bei der Rahmenvergolderei handelt es sich im wesentlichen um die gleichen Manipulationen, zeigt, daß die Vergolderei ein sehr gesundheitsgefährliches Gewerbe ist. Man hätte erwarten sollen, daß die Fabrikanten bestrebt sind, die Gesundheitsgefahren der Betriebe nach Möglichkeit herabzumindern. Eine Aufnahme, welche die Zentralkommission der im Deutschen Holzarbeiterverband organisierten Vergolder veranstaltet hat und deren Ergebnisse nunmehr vorliegen,*) zeigt jedoch, daß die hygienischen Zustände in den Vergoldereien alles zu wünschen übrig lassen. Die Statistik erstreckt

*) Die hygienischen Zustände in den Vergoldereibetrieben. Berlin 1912. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes G. m. b. H.

sich auf 32 Orte und 208 Betriebe mit 4185 in den Vergoldereiräumen beschäftigten Arbeitern. Hiervon entfallen auf Berlin allein 105 Betriebe mit 1636 Arbeitern. In Köln sind 9 Betriebe mit 477 Arbeitern, in München 17 Betriebe mit 281 Arbeitern, in Hamburg 9 Betriebe mit 245 Arbeitern erfaßt. In den übrigen Städten ist die Zahl der Arbeiter geringer.

Die Erhebung erstreckt sich zunächst auf die Arbeitszeit, welche durchschnittlich 53,7 Stunden wöchentlich beträgt. Der Gesamtdurchschnitt wird jedoch durch Berlin günstig beeinflußt, wo die wöchentliche Arbeitszeit 47½—55¼, im Durchschnitt 51,0 Stunden beträgt. In den meisten anderen Städten ist die Arbeitszeit länger. In München z. B. 52,6 Stunden, in Hamburg 55,1 Stunden, in Köln gar 56,9 Stunden. Die Vergolder haben also alle Ursache, eine durchgreifende Verkürzung der Arbeitszeit anzustreben, zumal in den meisten Städten die der gleichen Organisation angehörigen Tischler eine kürzere Arbeitszeit haben. Bei der Eigenart des Berufes ist es von Wichtigkeit, daß die besonders gesundheitsgefährlichen Arbeiten wie Schleifen, Bronzieren und Metallisieren in abgesonderten Räumen vorgenommen werden, um nicht alle Arbeiter den Schädigungen auszusetzen. Diese Isolierung ist aber nur sehr mangelhaft durchgeführt. Von 206 Betrieben, über welche Angaben vorliegen, verfügen 58 nur über je 2, 54 sogar nur über je einen Raum. Insbesondere fehlen besondere Arbeitsräume für die Schleifer in 140 Betrieben mit 1820 Beschäftigten, für die Bronzierer in 156 Betrieben mit 2254 Beschäftigten, für Metallisierer in 163 Betrieben mit 2718 Beschäftigten. In einer erheblichen Zahl von Fällen werden sogar Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter direkt mit diesen sehr gesundheitsgefährlichen Arbeiten beschäftigt.

Bei der eingangs geschilderten Arbeitsweise der Vergolder wären Einrichtungen für eine gründliche Lufterneuerung durchaus notwendig. Exhaustoren sind aber eine sehr seltene Erscheinung. Man findet sie in Berlin nur in zwei Betrieben, vereinzelt sind sie auch in einigen anderen Städten anzutreffen, doch ist ihre Wirkung in den meisten Fällen unzureichend. Nicht viel besser steht es mit der Ventilation. Anlagen für künstliche Luftzuführung existieren in 21 Betrieben mit 806 Beschäftigten, doch sind wirklich gute Ventilatoren nur in 10 Betrieben mit 356 Beschäftigten vorhanden. Die direkt mit den gefährlichen Arbeiten Beschäftigten werden auch dort, wo ausreichende Ventilation vorhanden ist, geschweige denn in den Betrieben, wo solche fehlt, mit Respiratoren arbeiten müssen. Diese sowie eine zweckmäßige Berufskleidung müßte von Rechts wegen der Unternehmer stellen. Die Verpflichtung wird jedoch nur in sehr geringem Maße praktisch anerkannt. Nur 21 Betriebe mit 1136 Beschäftigten sind es, die überhaupt Respiratoren zur Verfügung stellen, doch ist die Zahl der Apparate meist völlig ungenügend. Die abwechslungsweise Benutzung des gleichen Respirators durch verschiedene Arbeiter ist nicht nur unappetitlich, sondern unter Umständen auch gefährlich. Es muß deshalb für jeden Arbeiter ein Respirator verlangt werden. Das gleiche gilt für die Arbeitskleidung, die beim Vergolder eine viel größere Bedeutung hat, wie für andere Berufe. Insgesamt werden Berufskleider in mehr oder weniger ausreichendem Maße nur von drei Firmen, darunter eine in Berlin, geliefert. Eine weitere Firma liefert Schürzen, die jedoch für den Vergolder von geringem Wert sind.

Man wird es nicht als unbillig bezeichnen können, wenn die Vergolder zum Schutz für ihre Straßenkleider staubsichere Garderoben verlangen. Diesem Verlangen ist aber nur in 87 Betrieben mit 1593 Beschäftigten stattgegeben. In 101 Betrieben mit 1741 Beschäftigten sind überhaupt keine Garderoben vorhanden, in den übrigen Betrieben sind die entsprechenden Einrichtungen mehr oder weniger unvollkommen. Ebenso mangelhaft wie die Einrichtungen für die staubfreie Aufbewahrung der Kleider ist die Fürsorge für die Körperreinigung der Arbeiter, die bei den Vergoldern eine besondere Sorgfalt erfordert. Badeeinrichtungen sind nur in zwei Betrieben vorhanden. In den übrigen Betrieben besteht meist sehr unzureichende Waschgelegenheit, von drei Betrieben mit 76 Beschäftigten wird sogar berichtet, daß sie überhaupt keine Waschgelegenheit haben. Einige Betriebe liefern den Arbeitern Handtücher oder Seife oder beides, einige auch Waschbürsten, in 84 Betrieben mit 2792 Beschäftigten wird aber weder Handtuch noch Seife geliefert. Die Aufnahme erstreckt sich auch auf die Reinigung der Arbeitsräume, worüber eine Reihe von Daten mitgeteilt werden, die charakterisiert werden durch den Satz: „Die Reinigung der Arbeitsräume ist ein sehr wunder Punkt in den Vergoldereibetrieben." Noch schlimmer ist es mit den Abortverhältnissen, die wir hier besser mit Stillschweigen übergehen.

Im ganzen entrollt die Broschüre ein sehr abschreckendes Bild von den hygienischen Zuständen in den Vergoldereibetrieben. Die Zentralkommission der Vergolder hat deshalb ein Programm aufgestellt, welches eine Reihe von Punkten enthält, deren Durchführung zunächst angestrebt werden soll. Dieses Programm umfaßt:

1. Verwendung möglichst giftfreier Materialien. Verbot der Verwendung von Pyridin- und Methylspiritus und Terpentinersatz.
2. Besondere Räume für das Grund- und Holzschleifen sowie für das Bronzieren und Metallisieren (Ausreiben). Diese Räume müssen absolut staubsicher gegen die übrigen Arbeitsräume abgeschlossen sein.
3. Die Arbeitsräume müssen täglich nach Arbeitsschluß gereinigt werden, ebenso die Abortanlagen. Mindestens einmal wöchentlich muß naß gescheuert werden. In nicht zu langen Zwischenräumen muß eine gründliche Reinigung der Arbeitsräume, die sich auch auf die Wände, Fenster und Decken zu erstrecken hat, erfolgen.
4. Von den Arbeitsräumen abgesonderte Speiseräume. Beschaffung von Wärmegelegenheit für mitgebrachtes Essen. Bereitstellung guten Trinkwassers in den Betrieben.
5. Ausreichende, absolut staubsichere Garderobe, getrennt für Männliche und Weibliche.
6. Ausreichende und für Männliche und Weibliche getrennte Abortanlagen.
7. Zweckmäßige Exhaustoren (Staubsauger) und Ventilationseinrichtungen für alle Arbeitsräume.
8. Freie Lieferung von zweckmäßigen waschbaren Arbeitsanzügen.
9. Freie Lieferung eines brauchbaren Respirators für jeden mit Schleifen, Bronzieren und Metallisieren (Ausreiben) Beschäftigten.
10. Bereitstellung von warmem Wasser zum Waschen, freie Lieferung von Seife, Waschbürsten, sonstiger erforderlicher Waschmittel (Spiritus, Ammoniak usw.) und mindestens zweimal wöchentlich eines reinen Handtuches für jeden Beschäftigten.
11. Schaffung von Badeeinrichtungen durch den Unternehmer, zum mindesten für die mit Schleifen, Bronzieren und Metallisieren Beschäftigten.
12. Eine zur Körperreinigung bestimmte Zeit von mindestens 15 Minuten innerhalb der Arbeitszeit.
13. Als bestes Mittel zur Verminderung der Berufskrankheiten fordern wir den Achtstundentag für alle Vergoldereibetriebe.
14. Verbot der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge mit der Arbeit des Bronzierens.
15. Ausdehnung der Gewerbeaufsicht auf alle Vergoldereibetriebe (auch solche unter 10 Beschäftigten) unter Hinzuziehung von Arbeiterkontrolleuren.

Unter diesen Forderungen ist keine, von der gesagt werden kann, daß sie undurchführbar wäre. Nichtsdestoweniger wird es noch viele Mühe kosten, ihnen Geltung zu verschaffen. Der Angriff muß, wenn er Erfolg haben soll, von zwei Seiten erfolgen. In erster Linie müssen die Arbeiter selbst in den Betrieben dafür eintreten, daß sanitäre Zustände geschaffen werden. Das können sie mit Hilfe ihrer Organisation. Wenn die Vergolder sich bessere Verhältnisse schaffen wollen, dann müssen sie in erster Linie für den Ausbau ihrer Berufsorganisation, den Deutschen Holzarbeiterverband, Sorge tragen. Sie dürfen aber auch nicht vergessen, daß ihnen bei ihren Bestrebungen wesentliche Hilfe auf dem Wege der Gesetzgebung geleistet werden kann, und daß sie hier um so eher Erfolge erzielen, je stärker die Verfechterin der Arbeiterinteressen, die Sozialdemokratie, in den Parlamenten vertreten ist. Und so bedeuten die Ergebnisse der Erhebungen über die hygienischen Zustände in den Vergoldereibetrieben eine dringende Mahnung an die Berufsangehörigen, nach Kräften mitzuarbeiten an der Vervollkommnung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation.

Aus der Partei.

Gemeindewahlerfolge.

In dem hessischen Städtchen Neu-Isenburg bei Frankfurt a. M. siegte Montag die sozialdemokratische Liste, so daß wir dort die Mehrheit in der Gemeindevertretung haben. Von 18 Vertretern gehören 14 der Sozialdemokratie an. — In Bulach bei Karlsruhe erhielt bei der Wahl der Gemeinderäte die sozialdemokratische Partei mit 156 Stimmen 3 Sitze, das Zentrum mit 72 bis 79 Stimmen einen Sitz, die bürgerlichen (Liberalen) mit 97 bis 104 Stimmen zwei Sitze. Um eine einzige Stimme mehr würde die Sozialdemokratie einen vierten Sitz erhalten haben. — In Aue bei Durlach, wo die Sozialdemokraten vier Sitze im Gemeinderat erhielten, verminderte sich die Stimmenzahl gegenüber der letzten Ausschußwahl von 205 auf 178. Aufklärungs- und Organisationsarbeit tut da sehr not.

Soziales.

Wie ostpreußische Landarbeiter, die nach ihrer Heimat zurückkehren, behandelt werden.

Unter Bezugnahme auf unsere Darlegung in Nr. 212 des „Vorwärts" schreibt uns der Rittergutsbesitzer v. Alt-Stutterheim in Koppershagen, Kreis Wehlau:

„Bez. auf den Artikel „Wie Ostpr. Landarbeiter usw." in Nr. 212 (v. 11. 9. 12) Ihres Blattes ersuche ich Sie auf Grund von § 11 des Preßgesetzes um Aufnahme nachfolgender Berichtigung an gleicher Stelle in der nächsten Nummer:

1. Es ist unwahr, daß der Passus „Vorschüsse usw." mit unleserlicher Handschrift geschrieben sind, wonach die Arbeiter nicht gewußt hätten, was sie unterschrieben; wahr ist vielmehr, daß alles durchaus deutlich geschrieben und ausgedrückt war und daß alle genau wußten, was sie unterschrieben, wie aus der Korrespondenz klar hervorgeht.

2. Es ist unwahr, daß die Familien erst am 1. November hier fortziehen dürfen, wahr ist vielmehr, daß alle den Ziehschein zum 1. Oktober ausgestellt erhalten haben; auch wäre es bei dem allgemein herrschenden Arbeitermangel durchaus nicht schwer gewesen, auch zum 1. November eine Stelle zu bekommen.

3. Laut Kontrakt war ich berechtigt, von Anfang an, nach und nach Abzüge zu machen; ich tat dieses erst nach 1½jähriger Dienstzeit, da die Leute anfänglich mittellos waren.

4. Es ist nicht wahr, daß das sämtliche Barlohn nur 8,50 M. pro Familie beträgt; wahr ist vielmehr, daß der Tages- und Monatsbarlohn, exklusive Deputat, 30—50 M. pro Monat beträgt, je nach Anzahl der arbeitenden Mitglieder.

5. Es ist unwahr, daß die Leute ihren Lohn und Deputatgetreide nicht pünktlich erhalten haben; wahr ist vielmehr, daß sie stets das Getreide einige Tage vor dem 1. eines jeden Monats erhalten haben, da die Mahlmühlen am 1. zu besetzt sind.

6. Es ist unwahr, daß meine Arbeiter verhungern, wahr ist vielmehr, daß ordentliche Landarbeiter hier zu Wohlstand kommen. Als Beweis führe ich einige Namen an, die zu Auskunft gern bereit sind: Struwe, Gutzeit, Hochgräfer, Neumann u. a. m. Der westfälische Rückwanderer Kützner hat seine Reiseunkosten bereits in diesem Monat bezahlt, woraus hervorgeht, daß der Landarbeiter nicht schlecht gestellt sein kann.

7. Es ist unwahr, daß die Leute hier während der Ernte schlechtes Trinkwasser erhalten haben; betreffender Arbeiter war nicht krank, sondern renitent und erhielt deshalb vom Amt die Strafe von 3 M. Ich mußte einen Sensenarbeiter entbehren, was mit 1,50 M. sehr gering berechnet ist.

8. Es ist unwahr, daß ich je erklärt hätte, ich werde meine Arbeiter durch Hunger zwiebeln; wahr ist vielmehr, daß die Getreideausgabe am 1. August, die Monatslöhnung, wie rechtmäßig, am Sonnabend den 3. August stattfand, und zwar fand die Ausgabe deshalb nicht früher, wie es sonst bei mir Brauch ist, statt, weil eine Anzahl Leute meinen Beamten am 30. Juli tätlich angriffen. Dieses war auch der Grund, weshalb ich ihm meine Pistole gab, um sich bei erneutem Angriff wehren zu können. Ich sah mich zu meinem großen Bedauern zu dieser Maßnahme genötigt, weil im Februar d. J. mein voriger Beamter von dem westfälischen Rückwanderer Günther tätlich angegriffen worden war. — Grund: Günther hatte im November vorigen Jahres eines meiner größeren Schweine erschlagen, um dasselbe, welches als krepiert gelten sollte, im eigenen Haushalt zu verwerten. Das Schöffenburg zu Allenburg verurteilte Günther auf Grund der Anzeige des Beamten und der Aussage des vereidigten Fleischbeschauers zu Gefängnis. Aus Rache dafür griff Günther am Tage der Verurteilung den wehrlosen Beamten mit dem Messer an. Auf Grund dieser Erfahrungen sah ich mich am 31. Juli, als mein Beamter wieder tätlich angegriffen wurde, veranlaßt, zu dessen Hilfe herbeizueilen und erklärte sämtlichen Leuten, die sich über den Beamten beschwerten, daß ich ihm die Pistole zu seiner persönlichen Sicherheit gegeben hätte und er im Falle der Notwehr von der Schußwaffe Gebrauch machen könnte.

9. Es ist nicht wahr, daß alle meine Leute sozialdemokratisch gewählt hätten.

10. Es ist nicht wahr, daß alle meine Arbeiterfamilien am 1. Oktober hier fortziehen; allerdings ziehen infolge der Hetzereien 10 Familien, was noch nie dagewesen ist, aber es bleiben trotzdem noch 12 Familien auf dem Gut. Von den zehn fortziehenden Familien habe ich dreien gekündigt, sieben ziehen auf eigenen Wunsch. von Alt-Stutterheim."

Die Einsendung entspricht den Anforderungen des Preßgesetzes keineswegs. Zu ihrer Aufnahme wären wir nach dem Gesetz nicht verpflichtet gewesen. Trotzdem bringen wir die Zuschrift gern zum Abdruck, weil sie ein unbewußtes Dokument ostelbischer Auffassung ist und die Darstellung in unserem Artikel lediglich bestätigt. Im einzelnen sei bemerkt:

Wir hatten nicht behauptet, die Schrift des Kontrakts sei unleserlich, sondern daß der von uns niedriger gehängte Passus mit **wenig leserlicher Handschrift** hergestellt und wohl **von keinem der Landarbeiter in seiner Tragweite erkannt** war. Und das trifft zu. Wenn der Einsender darauf hinweist, daß er den Familien schon zum 1. Oktober den Ziehschein ausgestellt hat, so beweist dies nur, daß er nachträglich die Unbilligkeit dieses von ihm vorgeschlagenen Vertrags ebenda eingesehen haben mag. Seine Behauptung, daß die Familien auch zum 1. November eine andere Dienststelle gefunden hätten, trifft nicht zu. Der Arbeitermangel rührt ja zum Teil daher, daß die Landarbeit zum großen Teil Saisonarbeit ist, bei der es für den Winter an Beschäftigung mangelt.

Die Ansicht des Herrn von Alt-Stutterheim, er sei berechtigt gewesen von Anfang an nach und nach Abzüge zu machen, trifft nicht zu. Der Wortlaut des Vertrages berechtigte ihn freilich dazu. Nach dem Lohnbeschlagnahmegesetz war aber eine solche Abmachung hinfällig. Ueberdies waren die Familien auf den Vertrag in der Annahme eingegangen, sie würden mindestens 3 Jahre in dem Dienst verbleiben, so daß dann auch nach dem Vertrag Herr von Alt-Stutterheim die Kosten für Reise und Fracht zu übernehmen hatte. Die Bemerkung des Rittergutsbesitzers von Alt-Stutterheim über den Wohlstand der Landarbeiter in Ostpreußen ist für die Auffassung des Herrn Rittergutsbesitzers bezeichnend, deshalb aber noch nicht richtig. Nicht minder bezeichnend ist die Rechtfertigung, die der Herr Einsender für die Bewaffnung seines Beamten anführt. Die Behandlung der Landarbeiter auf dem Gute des Herrn Rittergutsbesitzers hat dazu geführt, daß schon bei der letzten Wahl, wie wir schrieben, „fast alle" — nicht „alle", wie der Einsender las — Landarbeiter sozialdemokratisch wählten. Geht es mit der Behandlung so weiter, so darf angenommen werden, daß sie bald alle sozialdemokratisch wählen werden.

Witterungsübersicht vom 24. September 1912.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.
Swinemde.	771	NO	5	wolkig	9	Haparanda	775	SW	4	wolkenl	5
Hamburg	773	NO	4	halb bd.	7	Petersburg	778	ONO	3	bedeckt	3
Berlin	770	N	3	wolkig	8	Scilly	770	OSO	1	Dunst	12
Frankf.a.M.	758	NO	2	halb bd.	9	Aberdeen	775	S	1	bedeckt	11
München	768	O	1	bedeckt	4	Paris	769	NNO	3	bedeckt	8
Wien	766	NNW	1	bedeckt	9						

Wetterprognose für Mittwoch, den 25. September 1912.

Kühl und vielfach wolkig bei ziemlich frischen nordöstlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt Norden, Nr. 1239.
Verwaltungsstelle Berlin Charitéstraße 3.
Hauptbureau: Hof III. Amt Norden, Nr. 1967.

Donnerstag, den 26. September, abends 8 Uhr:

Allgemeine Versammlung

der

Heizungsmonteure, Rohrleger u. Helfer Groß-Berlins

im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 4.

Tagesordnung:
1. Unsere nächsten Aufgaben. Referent: Kollege Handke. 2. Diskussion.
Kollegen! Erscheint alle, Mann für Mann. Es ist Ehrenpflicht, daß jeder von Euch am Platze ist! Es handelt sich um die Interessen des einzelnen wie um die Interessen der Allgemeinheit. Keiner darf fehlen!

Donnerstag, den 26. September 1912, abends 8 Uhr:

Branchen-Versammlung

der Elektromonteure und Helfer

in den Musiker-Festsälen, Kaiser-Wilhelmstr. 18a, unt. Saal.

Tagesordnung: 124/19

1. Vortrag des Genossen Dr. R. Breitscheid über: „Alte und neue Kämpfe um das Koalitionsrecht." 2. Stellungnahme zur Berufskonferenz. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung werden die Kollegen gebeten, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Namentlich die Kollegen der Firmen Siemens, A. E. G., Mix & Genest, Lorenz und Zwietusch & Co. sind besonders eingeladen. Die Ortsverwaltung.

Blutarme u. Kranke trinken während der Rekonvaleszenz feurig süßen Santa Lucia Stärkungs-Rotwein Fl. 1.50 u. 2.— Nachahmung bitte zurückzuweisen. Käufl. in Apotheken, Drogerien u. Delikat.-Gesch.

Ohne jede Anzahlung
verkaufe ich Pianos erstklassiges Fabrikat (9 × prämiiert Staatsmedaille) in allen Holz- und Stilarten, von wunderbarer Tonfülle (Flügelton)
sowie Flügel und Harmoniums
gegen kleine monatliche Teilzahlung. Für jedes Instrument gewähre ich langjährige schriftliche Garantie.
Gegr. 1830. Gegr. 1830.
Conrad Krause Nchfg., Berlin, Ansbacher Str. 1, Ecke Kurfürstenstr. Tel. Ch. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

Raucht Kressin Cigaretten 2 u. 3 Pf.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
Neukölln.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Zuschneider

Hermann Rudolphi

Berliner Str. 42 (7. Bez.) verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, nachm. 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband d. Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen.
Ortsverwaltung Berlin.

Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Brauer

Adolf Christ

verstorben ist.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 26. September, nachm. 6½ Uhr, von der Leichenhalle des des Weißensee Gemeinde-Friedhofes in Weißensee, Rölckestr. 48/51, aus statt. 43/14

Gestorben ist ferner der Kollege, Brauer

Gustav Papke

(Schultheiß II).

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 26. September, nachm. 4½ Uhr, auf dem neuen Zwölfapostel-Kirchhof in Schöneberg, Tempelhofer Weg, statt.

Ehre ihrem Andenken!

Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Elektromonteur

Gustav Salzmann

Friedenau, Kaiserallee 126, am 21. d. Mts. an Lungenleiden gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 25. September, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Friedenau, Fehlerstraße, aus statt.

Ferner verstarb unser Mitglied, die Arbeiterin

Emma Stelzer

Charlottenburg, Schloßstraße 15.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 25. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Luisenkirchhofes in Charlottenburg, Fürstenbrunner Weg, aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

Rege Beteiligung erwartet
124/20 **Die Ortsverwaltung.**

Zentral-Kranken- und Sterbekasse d. deutschen Wagenbauer
Berlin S. (Gesundbrunnen.)

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Mitglied

August Hoffmann

am Sonntag, den 22. September, verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 3¼ Uhr, auf dem Sophien-Kirchhof, Freienwalderstraße, statt.

Um rege Beteiligung ersucht
258/3 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Freunden, Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber guter Mann, der frühere Spediteur

Karl Weiße

am 23. September, abends ¼7 Uhr, nach langen schweren Leiden im 68. Lebensjahre verstorben ist.

Dies zeigt, um stilles Beileid bittend, tiefbetrübt an

Marie Weiße,
Birkenwerder, Kurzestr. 2.

Die Beerdigung findet am Freitagnachmittag 4 Uhr von der Halle des Freireligiösen Friedhofes, Pappelallee, aus statt.

Am Montag, den 23. d. M., entschlief nach langem, mit Geduld ertragenem Krankenlager im Alter von 41 Jahren mein inniggeliebter Mann und herzensguter Vater, Bruder, Onkel und Schwager

Adolf Christ.

Dies zeigen tiefbetrübt an mit der Bitte um stille Teilnahme im Namen d. trauernd Hinterbliebenen
Pankow, 23. September 1912.
Magdalene Christ und Sohn.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 26. d. Mts., nachmittags 5½ Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes, Weißensee, Rölckestraße, aus statt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau sagen wir allen Verwandten und Bekannten unseren herzlichsten Dank. 405b

Im Namen der Hinterbliebenen
Otto Virkus.

Möbel-Magazin
C. Zergiebel,
Berlin, Skatizer Str. 130. *
Spez.: Einrichtungen klein. u. mittl. Wohnungen. Teilzahlung gestattet.

Danksagung.

Für die wohlempfundenen Trostesworte des Herrn Körber und des Herrn Dorner sowie für die vielen Beweise innigster Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung unserer geliebten unvergeßlichen Kinder **Erich und Frida Marckt-scheffel** sagen wir hiermit allen Beteiligten unseren herzlichsten Dank.

Die trauernden Eltern und Bruder.

---

†
Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemer Straße).
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurt. Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).
Sehr gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hochelegant Genre z. äußerst niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung:
Maßanfertigung in 10 bis 12 Stunden.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10—2. 5—7. Sonntags 10—12. 2—4

Schwarze Kleidung
Fertig am Lager:
Gehrock-Anzüge 70. 60. 50. 40. 36 M
Smoking-Anzüge 80. 70. 60. 50. 40 M
Frack-Anzüge 90. 80. 65. 55. 40 M
Beinkleider 18. 15. 12. 10. 8 M.
Fertige schwarze Kleidung für Knaben und Jünglinge in größter Auswahl
Feine Maß-Anfertigung in ca. 10 Stunden
Baer Sohn
Kleider-Werke.
Chausseestraße 29—30. 11. Brückenstraße 11. Gr. Frankfurter Str. 29. Schöneberg, Hauptstr. 10.

Bund d. Arbeiter-Theatervereine Deutschlands.

Donnerstag, den 26. September 1912, abends 9 Uhr:

Oeffentliche Versammlung

aller
Theatervereine Berlins und Umgegend
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal I.

Tagesordnung:
1. Sind Theatervereine existenzberechtigt? Referent: H. Gerth, Redakteur des Bundesorgans. — 2. Diskussion. 296/20*

Die für die Theatervereine durchaus wichtige Tagesordnung bedingt ein vollzähliges Erscheinen sämtlicher Anhänger des Theatervereinswesens.
Der Einberufer.

Zentralverband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschl.
Filiale Groß-Berlin.

Freitag, den 27. September 1912, abends 6½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, großer Saal:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Bericht über die Lohntarifverhandlungen. 2. Stellungnahme zum diesjährigen Fensterstreik. 3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Da äußerst wichtige Punkte zur Verhandlung stehen, ist es dringend nötig, daß alle Kollegen erscheinen.
133/4 **Der Vorstand.**

DEUTSCHE BANK

BERLIN W., Behrenstraße 9—13

Zentralleitung der Depositenkassen: W., Mauerstr. 28

Aktienkapital . . . . . **200 000 000 Mark**
Reserven . . . . . **110 000 000 Mark**

Im letzten Jahrzehnt (1902-1911) verteilte Dividenden: 11, 11, 12, 12, 12, 12, 12, 12½, 12½, 12½ %.

Zweigniederlassungen: Bremen, Brüssel, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Konstantinopel, Leipzig, London, München, Nürnberg.

Depositenkassen: Augsburg, Chemnitz, Wiesbaden.

Depositenkassen in Berlin:

W.:
Mauerstraße 26—27 . . . . . Kasse A*
Potsdamer Straße 134a . . . . . „ C
Königgrätzer Straße 6 . . . . . „ CD
Potsdamer Straße 96 (a. d. Bülowstr.) „ P

NW.:
Alt-Moabit 129 (Ecke Werftstraße) . „ K
Turmstraße 51 . . . . . „ FG*

SW.:
Krausenstraße 38/39 . . . . . „ H*
Belle-Alliance-Platz 2 . . . . . „ O
Ritterstraße 48 . . . . . „ EF
Belle-Alliance-Straße 21 . . . . . „ HJ*
Friedrichstraße 209 (Ecke Kochstr.) „ PQ

S.:
Oranienstraße 140 . . . . . „ D

N.:
Chausseestraße 17 . . . . . Kasse L
Schönhauser Allee 8 . . . . . „ V*
Reinickendorfer Straße 2 . . . . . „ X
Brunnenstraße 24 . . . . . „ Z
Badstraße 40/41 . . . . . „ JK*

NO.:
Landsberger Straße 69 . . . . . „ N*
Greifswalder Straße 2 . . . . . „ MN*

O.:
An der Jannowitzbrücke 4 . . . . „ F
Frankfurter Allee 89 . . . . . „ DE*

SO.:
Dresdener Straße 3 (Kottbuser Tor) „ T
Köpenicker Straße 30 . . . . . „ QR*

C.:
Königstraße 41—42 . . . . . „ G
Am Spittelmarkt 8—10 . . . . . „ E
Hackescher Markt 3 . . . . . „ B

Depositenkassen in den Vororten:

Charlottenburg:
Berliner Straße 66 . . . . . Kasse J*
Kurfürstenstraße 115 . . . . . „ M*
Savignyplatz 6 . . . . . „ Q*
Kantstraße 162 . . . . . „ R*
Kurfürstendamm 188—189 . . . . . „ KL*
Tauentzienstraße 21—24 . . . . . „ NO*
Bismarckstraße 84 . . . . . „ OP*

Berlin-Friedenau:
Rheinstraße 58 . . . . . „ Y*

Berlin-Halensee:
Joachim-Friedrich-Straße 16 . . . „ TU*

Berlin-Lichtenberg:
Frankfurter Chaussee 152a . . . . „ RS*

Neukölln:
Berliner Straße 102 . . . . . „ S

Potsdam:
Am Alten Markt 17 . . . . . Kasse *

Berlin-Schöneberg:
Kaiser-Wilhelm-Plata 2 . . . . . „ U*
Martin-Luther-Straße 5 . . . . . „ AB*
Bayerischer Plata 1 . . . . . „ ST*

Spandau:
Markt 4 . . . . . „ SP*

Berlin-Steglitz:
Schloßstraße 88 . . . . . „ GH*

Berlin-Weißensee:
Berliner Allee 246 . . . . . „ LM*

Berlin-Wilmersdorf:
Uhlandstraße 57 . . . . . „ W*
Schaperstraße 1 . . . . . „ BC*
Uhlandstraße 89—90 . . . . . „ UV*
Kaiserplatz 11—12 . . . . . „ VW*

Die mit einem * bezeichneten Kassen besitzen **Stahlkammereinrichtung.**

Die Depositenkassen eröffnen Geschäftstreibenden, Industriellen und Privaten laufende Konten für den **Depositen- und Scheck-Verkehr** und besorgen

den An- und Verkauf von Wertpapieren, fremden Geldsorten, Schecks und Wechseln auf das Ausland,
die Ausschreibung von Kreditbriefen,
die Ausgabe von Welt-Zirkular-Kreditbriefen, zahlbar an all. Hauptplätzen der Welt, etwa 2000 Stellen,
die Diskontierung sowie Einziehung von Wechseln,
die Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren,
die Versicherung von Wertpapieren gegen Kursverlust im Falle der Auslosung,
die Einziehung der abzutrennenden Coupons.

Beschaffung und Unterbringung von Hypothekengeldern.

Nachlaß- und Vermögens-Verwaltung, Uebernahme von Testamentsvollstreckungen.

Sonderabteilung für Diskontierung von Buchforderungen.

Stahlkammern.

Die Stahlkammerfächer der Depositenkassen stehen unter eigenem Verschluß der Mieter und eignen sich zur

Aufbewahrung von Wertpapieren, Hypotheken-Dokumenten, Urkunden, Wertgegenständen und Schmucksachen.

Die Vermietung dieser Schrankfächer erfolgt je nach Wunsch auf beliebige Zeit.

Bedingungen für den Depositenverkehr und die Benutzung der Stahlkammern werden an den Schaltern der Kassen ausgehändigt.

Die Deutsche Bank ist mit ihren sämtlichen Zweigniederlassungen und Depositenkassen **amtliche Annahmestelle** von Zahlungen für Inhaber von Scheck-Konten bei dem Kaiserl. Königl. Oesterreichischen Postsparkassen-Amte in Wien.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Gewerkschaftliches.

Wie die Unternehmer Gelbe züchten!

Die Zigarrenfabrikanten des westfälisch-lippischen Zigarrenindustriebezirks sind bekanntlich mit ihrer Aussperrung von 10 000 Tabakarbeitern, zu welchen dann noch weitere Tausende in Hamburg und Bremen kamen, böse hineingefallen. Nicht nur, daß die Absicht der Fabrikanten, die Organisation zu vernichten, nicht erreicht wurde, sondern es traten sogar bei Bekanntwerden des Aussperrungsbeschlusses 2000 Unorganisierte der Organisation bei. Statt eine vernünftige Lehre daraus zu ziehen und mit der Organisation eine Verständigung durch Abschlüsse von Tarifen für die Zukunft zu suchen, glaubt nun der westfälische Zigarrenfabrikantenverband sich für kommende Zeiten in der Weise vorsehen zu müssen, daß er sich Gelbe züchtet. Bezeichnend ist eine Stelle in einem streng vertraulichen Rundschreiben, das der W. C. V. (Westfälischer Cigarrenfabrikanten-Verband) im Juli d. J. an seine Mitglieder erließ:

„Verschiedentlich ist uns mitgeteilt worden, daß Werkführer (Filialmeister) den Organisationen Vorschub leisten, da diese Arbeitslosenunterstützung gewähren und dadurch bei Feierschichten der Arbeiterstamm für den Werkführer zusammengehalten wird. Sollte dies im größeren Umfange der Fall sein, so wird der W. C. V. sich mit der Frage zu beschäftigen haben, ob er nicht für unfreiwillig feiernde Arbeiter, die keiner Streikgewerkschaft angehören, eine Unterstützungseinrichtung einführen soll. Wir bitten unsere Mitglieder, zu diesem Punkte uns gefälligst ihre Ansicht mitzuteilen. — Die Bewegung der vaterländischen Arbeitervereine scheint bei den Arbeitern nur dann Fuß fassen zu können, wenn eine Arbeitslosenunterstützung vorhanden ist.“

Der Tabakarbeiterverband, wie unsere Gewerkschaftsbewegung überhaupt, kann durchaus zufrieden sein mit der Wertschätzung, wie sie hier von Unternehmern ausgedrückt wird. Dankend quittiert wird auch über das Eingeständnis, daß die von den Fabrikanten nach der Aussperrung veranlaßte und mit ihrem Gelde betriebene Agitation des nach Minden verpflanzten Sekretärs Franke nichts eingebracht hat.

Auf der am 6. August d. J. in Herford abgehaltenen Generalversammlung des W. C. V. wurde nach dem vertraulichen Protokoll die Gelbensache wie folgt erledigt:

„Nach Entgegennahme eines Berichts und daran anknüpfender Erörterung befürwortet die Generalversammlung einstimmig auf Antrag des Mitgliedes Herrn Max Bohlmann, in Firma Theodor Rocholl, die Einrichtung einer Arbeitslosenunterstützung für die von den Mitgliedern des W. C. V. beschäftigten Arbeiter, die einem vaterländischen Arbeiterverein angehören und keiner Streikgewerkschaft und zwar als Zusatzentschädigung zu der Arbeitslosenunterstützung dieser Vereine. Der Vorstand wird beauftragt, der nächsten Generalversammlung im Herbst ds. Js. Bestimmungen vorzulegen, wonach die Frage der Höhe des Zuschusses aus Verbandsmitteln, sowie einer teilweisen Rückvergütung durch die beteiligten Mitglieder an die Kasse des W. C. V. und weitere Maßnahmen der Kontrolle usw. geregelt werden.

Hiermit ist beabsichtigt, die Ausbreitung der vaterländischen Arbeitervereine zu begünstigen. Jetzt bestehen solche in Meißen bei Minden mit 65, in Besenkamp mit 32, in Enger mit 20 Mitgliedern (nur ein paar Tabakarbeiter sind darunter). Weitere Vereinsbildungen durch den Sekretär Franke, Minden, Hahlerstraße 55, stehen bevor. Dringend wird empfohlen, dessen Tätigkeit kräftig zu unterstützen. Vom 1. Oktober wird den Mitgliedern die Zeitschrift dieser Vereine: „Die deutsche Treue“ von Verbands wegen zugehen.“

Ist danach vaterländisch gesinnt nur, wer sich zum Streikbrecher organisieren läßt? Nützen wird die Züchtung einiger Gelber den westfälischen Tabakindustriellen absolut nichts, im Gegenteil bedeutet das Vorgehen die beste Empfehlung für den Deutschen Tabakarbeiterverband und seine Leistungsfähigkeit.

Berlin und Umgegend.

Aus dem Berliner Lithographiegewerbe.

Die wirtschaftliche Lage der Berliner Lithographen ist von jeher keine besonders günstige gewesen. Selbst in Zeiten der Hochkonjunktur, wo die Kollegen im Reiche auf längere Zeit Beschäftigung hatten, haben die Berliner Lithographen mit Arbeitslosigkeit im größeren Umfange zu rechnen gehabt. In keiner größeren Druckstadt des Reiches ist der Saisoncharakter des Gewerbes so scharf ausgeprägt in die Erscheinung getreten wie in Berlin. Zweimal im Jahre war eine größere Anzahl Berufsangehöriger — vom Anfang Dezember bis Ende Januar — in der Regel 15—16 Proz. — zur längeren Arbeitslosigkeit verurteilt. Daran hatten sich die Arbeiter mit der Zeit gewöhnt und damit abgefunden.

Im Oktober 1907 setzte in Berlin eine Krise ein, die heute mit kurzen Unterbrechungen noch mit ungeschwächter Kraft wütet, und alle Anzeichen sprechen dafür, daß auch die nächsten Monate eine Wendung zum Besseren nicht bringen. Allgemein wird davon gesprochen, daß sich Deutschland einer wirtschaftlichen Hochkonjunktur erfreuen soll. Im Lithographiegewerbe, speziell in Berlin, ist davon nichts zu merken. Von Anfang 1908 bis Ende 1911 waren über 300 organisierte Berliner Lithographen gezwungen, wegen langandauernder Arbeitslosigkeit und vollständiger Aussichtslosigkeit, in absehbarer Zeit Beschäftigung zu erhalten, vom Berufe abzugehen. Seit Anfang dieses Jahres haben bereits wieder über 70 Lithographen dem Beruf den Rücken kehren müssen. Es drängt sich ohne weiteres die Frage auf, warum das Gewerbe gerade in Berlin so am Boden liegt, während doch im Reiche die Beschäftigung eine bessere ist. Die Erklärung ist zum Teil darin zu suchen, daß die Produktion der Berliner Firmen hauptsächlich auf den Export nach dem Auslande zugeschnitten war und sich deshalb hier die Folgen der Hochschutzzollpolitik am deutlichsten zeigen. Ferner haben die Firmen den Inlandsmarkt stark vernachlässigt und, nachdem das Ausland den Import deutscher Erzeugnisse nahezu unmöglich macht, tritt in Berlin die Arbeitslosigkeit besonders stark in die Erscheinung. Auch die photomechanischen Reproduktionsverfahren in Verbindung mit Lithographie sind in Berlin bisher fast gar nicht zur Anwendung gekommen. Gegenwärtig machen einige Firmen schüchterne Versuche, wogegen in anderen Städten, wie Leipzig, Stuttgart usw., die neueren Verfahren schon seit Jahren in Uebung sind. Des weiteren scheinen die hiesigen Schutzverbandsfirmen durch den 18wöchigen Kampf mehr gelitten zu haben als anderwärts. Alle diese Ursachen tragen dazu bei, daß in Berlin das Lithographiegewerbe so am Boden liegt.

Am 21. September d. J. betrug die Zahl der Arbeitslosen in Berlin 119. Gemessen an der am gleichen Tage festgestellten Mitgliederzahl von 889 sind dies reichlich 13 Proz. Arbeitslose, obgleich in diesem Jahr bereits über 70 vom Beruf abgegangen sind. Und noch immer werden neue Arbeitskräfte an jedem Lohntage entlassen. Sonst hat die Beschäftigung Anfang September immer etwas angezogen; in diesem Jahre ist das Gegenteil der Fall.

Daß unter solchen Umständen die Mitgliederzahl der Organisation zurückgeht, ist erklärlich. Am Beginn des Jahres wurden 938, am 21. September 889 Mitglieder festgestellt. Von den Mitgliedern waren seit 1. Januar bis 30. Juni d. J. 508 von Arbeitslosigkeit mit insgesamt 5667 Arbeitslosenwochen betroffen. Dies bedeutet gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres eine Steigerung um 2071 Arbeitslosenwochen. 40 der Arbeitslosen waren alle 26 Wochen des 1. und 2. Quartals ohne Beschäftigung. Davon hatten über 20 am 21. September noch keine Arbeit erhalten können, darunter eine Anzahl, die bereits seit Oktober 1911 beschäftigungslos sind.

Nach einer am 12. August 1912 aufgenommenen Statistik wurden bei 70 Firmen am 1. Oktober 1911 797 Lithographen, am 12. August aber nur noch 642 derselben beschäftigt. Das sind 155 weniger. Am gleichen Tage wurden 34 ermittelt, denen die Stellung wegen Arbeitsmangel gekündigt war. 32 Firmen wiesen einen zum Teil beträchtlichen Rückgang der beschäftigten Gehilfen auf. Diese Zahlen sprechen für sich selbst und bedürfen keiner weiteren Erklärung. Eins steht fest: Das Lithographiegewerbe ist ganz bedeutend zurückgegangen und wird sich auch in Zukunft nicht wieder erholen. Dafür hat unsere, bereits schon erwähnte Zollpolitik gesorgt und die Entwicklung der modernen Reproduktionstechnik das ihrige dazu bei. Den Leidensweg, den bereits die Xylographen gegangen sind und noch gehen müssen, betreten jetzt auch die Lithographen. Die Lithographen können sich bedanken bei den bürgerlichen Parteien, die den Zolltarif 1902 mit geschaffen und das Ausland zu energischen Abwehrmaßnahmen veranlaßt haben. Sie können sich bedanken bei den Unternehmern, die in voller Kenntnis dieser Situation es nicht unterlassen konnten, dem Gewerbe durch die Aussperrung weiteren Schaden zuzufügen.

Die Organisationsverhältnisse bei der Firma Johannes Gerold.

Aus den Kreisen der Partei- und Gewerkschaftsmitglieder ist mehrfach die Anfrage an uns gerichtet, wie das Organisationsverhältnis der bei der Firma Joh. Gerold, Kolonialwaren, beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ist. Die Firma Joh. Gerold liefert u. a. auch an die Konsumvereine größerer Werke und Zeitungsbetriebe und haben die dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ein reges Interesse daran, daß die Firma, von der sie ihre Waren kaufen, und zwar in großen Mengen, auch ihren Arbeitern das Koalitionsrecht gestattet.

Wir bemerken hierzu: Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Firma Joh. Gerold sind durch Tarifvertrag mit der Organisation der Arbeiter geregelt. Zum übergroßen Teil sind die Arbeiter, in letzter Zeit auch die Arbeiterinnen, Mitglieder des Transportarbeiterverbandes. Obgleich nun aber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zum Nutzen aller im Betriebe beschäftigten Arbeiter durch die Organisation geregelt sind, hält es ein Teil der Hausdiener nicht für nötig, sich der gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen. Es sind dies gerade diejenigen Hausdiener, welche die Waren der Firma nach den Konsumvereinen der größeren Betriebe bringen. Wir richten an die betreffenden Partei- und Gewerkschaftsgenossen das dringende Ersuchen, diese Hausdiener nach ihrer Organisationszugehörigkeit zu befragen und die Vorzeigung der Legitimationskarte zu verlangen.

Dieselbe ist für dieses Jahr bläulich und dürfen nicht mehr Stempel als für die letzten beiden Monate fehlen. Gleichzeitig wollen wir erwähnen, daß einige Unorganisierte im Betriebe, unter ihnen zwei frühere Beamte, bestrebt sind, einen Betriebsverein (gelben Verein) zu gründen. Wie derartige Vereine gegründet und in wessen Interesse dieselben gegründet werden, wissen wir zu genau.

Ob die Firma von der Gründung dieses gelben Vereins Kenntnis hat und ob sie diesen Verein, der nur gemeinschädlich für die übrigen Arbeiter im Betriebe wirken kann, auch finanziell unterstützt, davon werden wir der Arbeiterschaft später Kenntnis geben.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Branche der Geschäftskutscher, Lagerarbeiter usw.

Der Streik in der Bonbon- und Schokoladenfabrik von Seifert u. Hanke, Lietzmannstr. 20/21, dauert fort. Die Organisationsleitung des Verbandes der Bäcker und Konditoren unternahm gestern einen Unterhandlungsversuch, wurde jedoch von der Firma abgewiesen.

Mineralwasserarbeiter! Die Sperre über die Firma Gust. Künkel, Schöneberg, Helmstr. 4, ist noch nicht aufgehoben. Vielfache Anfragen gaben Veranlassung, dies erneut mitzuteilen. Der Inhaber des Betriebes hat sich ganz besonders hervorgetan, seine früheren Kutscher, nachdem sie jahrelang unter den allgemeinen Lohnsätzen niedriger bezahlt wurden, auch nach dem Verlassen aus der Fabrik brotlos zu machen. Man sollte es kaum für möglich halten, wie dieser Mann bemüht war, seine Arbeiter zu verfolgen. Im umgekehrten Falle hätte sicherlich die Staatsanwaltschaft eingegriffen.

Alle Bemühungen, die Abzieher und Kutscher von der Konkurrenz wieder entlassen zu sehen, waren für Herrn G. Künkel ohne Erfolg. Auch die zu Unrecht von dem Fabrikantenverein gegen die eigenen Mitglieder verhängten Strafen haben nicht vermocht, die Arbeiter wieder aus ihren Stellungen zu bringen.

Die im Deutschen Transportarbeiterverband organisierten Abzieher, Flaschenspüler, Kutscher und Kellerarbeiter, die seit Jahren ihre eigene Branche ebenfalls haben, befinden sich im Besitz einer Kontrollkarte, die allmonatlich abgestempelt wird. Nur derjenige Arbeiter gilt als organisiert, der seine Legitimationskarte bei sich führt. Die Interessenten, im besonderen jedoch die Arbeiterschaft sowie die in Berlin zirka 50 000 zählende Mitgliedschaft des Verbandes wird ersucht, sich stets zu vergewissern, ob die in der Getränkeindustrie Beschäftigten sich ihrer Pflicht als Arbeiter bewußt sind. Hoch die Solidarität!

Deutscher Transportarbeiterverband. Bezirk Groß-Berlin.

Deutsches Reich.

Die Heizungsmonteure, Helfer und Werkstattarbeiter der Firma H. Liebau in Magdeburg sind wegen Nichtbewilligung ihrer For-

Kleines Feuilleton.

Verhungernde Künstler. Leonhard Adelt schreibt in der Münchener Wochenschrift „März“:

Er war ein schwäbischer Gesell und schnitzte Holz, als ihn ein Kunstfreund aus einer großen Hansestadt entdeckte und seine Sehnsucht stillte: Bildhauer zu werden. Da ging sein Glück und Unglück an. Er folgte seinem Gönner in die Hansestadt, der er gab, was er zu geben hatte und sein Bestes war. In seinem Proletarierleibe lebte eine Seele, die adlig war und kindlich gläubig nach der Adelsbrüderschaft verlangte. Wie er sie liebte, diese fremden Herren, die George heißen und so königlich stolzieren: ihre müde Geste und den Faltenwurf des Mantels und den Rhythmus ihres Schreitens; wie er gierig auch sein kleinstes Reich begehrte, das ausgeglichen in sich selbst beruhen würde und Erfüllung sei. Und wußte doch bereits, daß dieses Reich der satte Magen ist, der Adel gibt und distanziert. Wenn die Hamburgerin durch das Foyer des Schauspielhauses rauschte, wo der Hebbel steht, und des Stadttheaters, wo der Hanns von Bülow steht, beugte sie sich nicht zum Sockel nieder, der des Künstlers Namen trägt, wußte nicht um ihn, der in einer Mietskaserne zwischen den Theatern hungerte und fror.

Habt ihr ihn fressen sehen, wenn ihr ihn zu Tisch geladen hattet? Ihr lächeltet vielleicht — und hättet weinen dürfen. Wartet ihr auf seiner kalten, leeren Bude, wenn er das Modellierholz mit verklammten Fingern führte? Das war mir ein Mäcen und rechter Kenner, der einen Sack voll Kohlen in die Höhe seines eingefrorenen Künstlertums schaffen ließ. Als es nimmer ging, verkroch er sich aufs Land in einen abgelegenen Winkel, wie ein wundes Tier, wurde zurückgeholt, beauftragt und belobt und schlecht bezahlt; machte alles, was sich bieten wollte: glatte Senatorenköpfe und gegipste Komponisten, Selbstkostenpreis und Ausverkauf — und verstrickte sich nur immer enger in sein Elend. Immer neue Sorgen wurden, ohne Zutun, hießen Kinder, hießen Pflichten, und während ihm die laute Anerkennung wohlwollend auf die Schulter klopfte, brach sein ausgesogener Leib langsam in sich zusammen. Da hatte er begriffen, was es heißt: ein deutscher Künstler sein in einer reichen Handelsstadt, und tat das Fenster auf, das in die Freiheit ging, und sprang zurück in seine Tiefe und ein wenig tiefer noch ins Grab. Lieber Hermann Haas: nun spielen wir den Totenwächter und den Leichenredner und rühmen deine Arbeit, beklagen dein Geschick — und messen das Kulturniveau des Vaterlandes an der Leistung seiner schöpferischen Kräfte . . .

Die Kinderstube im Eisenbahnzug. Auf den amerikanischen Eisenbahnen ist neuerdings ein eigenartiger neuer Wagentypus eingeführt worden, die „Nursery-cars“, die Kinderstubenwagen, die dazu bestimmt sind, auch den kleinen Weltbürgern während der Eisenbahnreisen alle Bequemlichkeiten zu gewähren. Der Wagen besteht aus einem Speisezimmer, einem Toilettezimmer, einem Baderaum und einem großen Zimmer, in dem ein halbes Dutzend Kinderbetten und Wiegen untergebracht sind. Hier können die Kleinen während der Fahrt ungestört spielen und sich austoben. Der Boden ist mit einem reichen Teppich belegt, die Wände des Zimmers sind mit Watte gepolstert, damit die Kinder beim Fallen oder bei Stößen sich nicht verletzen können. Die Eisenbahngesellschaft hat eine besondere erfahrene Kinderpflegerin engagiert, die während der Fahrt die Kleinen überwacht und versorgt. Für die angemessene Ernährung der Kinder ist Sorge getragen; die größeren essen im Speisezimmer, für die kleineren wird Kindermilch mitgeführt.

Preußen-Deutschland mit seiner berühmten vierten Klasse in der Welt voran!

Eine neue Sonnenmaschine ist in dem für diesen Zweck wegen der geringen Bewölkung des Himmels recht günstigen Klima Aegyptens geschaffen worden. Der Schöpfer ist der Amerikaner Professor Shuman aus Philadelphia, der in seinem Heimatland bereits umfassende Versuche ähnlicher Art angestellt hat. Die Anlage in Aegypten ist zum Betrieb von Pumpen für die Bewässerung von Ackerland bestimmt und soll sich bisher gut bewährt haben. Professor Shuman versichert bereits, daß seine Sonnenmaschine billiger arbeiten wird als eine Heizung mit Kohle, falls diese nicht höchstens zehn Mark pro Tonne kostet. Der Hauptteil an seiner Maschine besteht in dem Dampferzeuger, der durch eine Anordnung von Glasplatten und Spiegeln einen möglichst großen Teil der Sonnenwärme auffängt und schließlich durch Anwendung eines schwarzen Untergrundes zurückhält, und nicht mehr als 6 Proz. der Wärmestrahlen zurückstrahlt. Durch die Spiegel wird die Sonnenwärme auf Glasplatten konzentriert, unter denen sich das Wasser in schwarz ausgekleideten Behältern befindet. Das Wasser wird bis zum Sieden erhitzt und der Dampf der eigentlichen Maschine zugeführt.

Musik.

Ermanno Wolf-Ferrari steht uns von den Erfolgen seiner heiteren Opern her in angenehmster Erinnerung. Sein anscheinend Neuestes, das einaktige Intermezzo „Susannens Geheimnis“, wurde am Montag in der Kurfürstenoper als Erstaufführung gebracht. Der Text von Enrico Golisciani führt ein überaus harmloses Motiv — ein ob Tabaksgeruch eifersüchtiger Gatte ertappt seine Frau als die Rauchschuldige — mit geradezu der Anmut durch, die dem Komponisten die richtige Grundlage gibt. Und nun rollen die graziösen Tonfiguren vom Beginn der Ouverture an durch das Ganze hindurch, schlingen sich in Harfenklängen um die Zigarettenwolken, spielen schalkhaft dramatischen Donner und illustrieren die szenischen Vorgänge mit allerliebster Schmiegsamkeit. Das alles geschieht mit verblüffend einfachen, allerdings um der parodistischen Absicht willen auch forciert einfachen Mitteln; und doch stehen sie auf der Höhe gegenwärtiger Kompositionskunst, zumal in der Beherrschung der Klangfarben.

Besonders deutlich wurde dies durch die darauf folgende Neuaufführung der fast 50 Jahre alten „komisch-mythologischen Oper“ von F. v. Suppé „Die schöne Galathee“. Der „Schöpfer der deutschen Operette“ macht mit der soliden Durchführung seiner Musik immer wieder Freude; aber nun zeigt der Vergleich doch, wie primitiv da die Farben nebeneinandergestellt, wie wenig die unfeineren Wirkungen vermieden sind.

Obwohl für die „Susanne“ Frau M. Gutheil-Schoder aus Wien geholt und auch sonst sehr Gutes aufgeboten war, scheint doch die neue Köstlichkeit im Publikum nicht so viel Animo geweckt zu haben wie der ältere Spaß, bei dessen Vorführung doch noch mehr übers Langweilige hinaus ins Sprühende gegangen werden konnte. sz.

Notizen.

— **Sezession und Kunstdeputation.** Der furchtbar grimme Froschmäusekrieg zwischen Sezession und Reicke ist immer noch nicht zu Ende. Am Sonntag wird die Ausstellung geschlossen — am Sonntagvormittag will die städtische Kunstdeputation (wenns der Sezession genehm ist) eine Kommission entsenden, um die bewilligten 6000 M. zum Ankauf oder zur Erteilung von Preisen verwenden. — Zum Ankauf wird es zu spät sein, denn die Bilder, die der Kommission etwa gefallen könnten, sind längst verkauft. — Am besten wär's, die Summe in einem anderen fruchtbareren Jahre zu verwenden.

— **Theaterchronik.** Die Eröffnungsvorstellung im Theater am Nollendorfplatz findet am Donnerstag, den 26. d. Mts., um 7½ Uhr, statt. Es gelangt „Orpheus in der Unterwelt“, von Gustav Charlé inszeniert und von Leo Fall dirigiert, zur Aufführung. — Im Deutschen Schauspielhause gelangt infolge Abänderung des Spielplans am Mittwoch, Freitag, Sonnabend und Sonntag „Egmont“ zur Aufführung. Donnerstag und nächsten Montag finden die ersten Wiederholungen von Strindbergs „Ostern“ statt.

— **Berlin und Stuttgart.** Die Berliner Zensur hat der Freien Volksbühne die Aufführung von Rosenows ergreifendem Drama: „Die im Schatten leben“ verboten. In Stuttgart ist dasselbe Drama anstandslos im Schauspielhause aufgeführt worden. Die Preußen sollten gegen das revolutionäre Württemberg eine Bundesexekution beantragen. Wo bleibt die große Klappe aus Januschau?

— **Eine Konferenz über sittliche Willensbildung in der Schule** wird unter Leitung des Bundes für weltliche Schule und Moralunterricht am 29. und 30. September sowie 1. Oktober in Berlin stattfinden. Die Einführung von Moralunterricht und eine entsprechende Ausgestaltung des Religionsunterrichts sind Hauptverhandlungsgegenstände. Die Veranstaltung wird eingeleitet durch eine Matinee, bei der Pfarrer G. Traub-Dortmund über „Gedanken über den Religionsunterricht“; Prof. Dr. Fr. Jodl-Wien über „Das Problem des Moralunterrichts“ sprechen werden. Programme kostenlos durch Generalsekretär R. Hesse, Berlin-Halensee, Küstriner Straße 2.

Ein Philosoph ohne Kopf. Wie in der Pariser Akademie der Wissenschaften mitgeteilt wurde, ist der Schädel des Philosophen Descartes, der im historischen Museum aufbewahrt wurde, verschwunden. Wahrscheinlich ist er bei den großen Ueberschwemmungen des Jahres 1910 weggespült worden.

derungen in den Streik getreten. Vor Arbeitsannahme bei dieser Firma wird gewarnt.

Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltung Magdeburg.

Ausland.

Der achte internationale Hutmacherkongreß.

Rom, den 21. September 1912. (Eig. Ber.)

Durch einen großen Festzug, an dem die Vertreter von hundert Organisationen teilnahmen, ist am 15. September in Monza der 8. internationale Kongreß der Hutmacher eröffnet worden. Im Lokal der Arbeiterkammer von Monza folgten dann die Begrüßungsreden.

Die eigentlichen Arbeiten des Kongresses fanden im Mailänder Volkshause statt, da die dortigen Lokalitäten geeigneter waren. Auf Vorschlag der französischen und belgischen Delegierten wurde eine Protestresolution gegen den Krieg angenommen, worauf der Kongreß nach Entsendung von Begrüßungstelegrammen an den deutschen Parteitag und an die französische Konföderation der Arbeit zur Erledigung seiner Tagesordnung schritt.

Der Bericht des internationalen Sekretariats gibt die Lage des Verbandes im Jahre 1911 wieder. Die Gesamtzahl der Organisierten beträgt 30 546, fast 8000 mehr als im Jahre 1908. Die Organisiertenzahl der verschiedenen Länder ist die folgende: Deutschland 10 213, Frankreich 5529, Italien 5136, England 4055, Oesterreich 3370, Belgien 1000, Rußland 477, Ungarn 276, Schweiz 261, Dänemark 250, Schweden 154, Norwegen 87 und Finnland 38. Die internationale Verbandskasse verfügt über einen Fonds von 8641 M. Dem Rechenschaftsbericht folgte eine lebhafte Diskussion, die durch ein Vertrauensvotum für den Sekretär Metzschke ihren Abschluß fand. Das internationale Sekretariat wurde aufgefordert, Schritte zu tun, um den Beitritt des englischen Zentralverbandes der Filzhutarbeiterinnen zu erzielen; es wurde weiter eingeladen, den Beitritt der Hutmacher Serbiens zu regeln und die Verhandlungen mit den Organisationen Nordamerikas und Australiens fortzusetzen, wobei dem Sekretariat Vollmacht erteilt wird, für den Beitritt der nordamerikanischen und australischen Organisationen in Erwartung des nächsten Kongresses provisorische Bedingungen aufzustellen.

In der Nachmittagssitzung folgten die Berichte der auswärtigen Delegierten, wobei der portugiesische Bericht, der durch den Sekretär Metzschke gegeben wurde, einen wahrhaft trostlosen Eindruck hervorrief. Die Zahl der organisierten portugiesischen Hutmacher beläuft sich auf 402. Der mittlere Tagelohn in Portugal beträgt für Hutmacher bei 10 bis 12stündiger Arbeitszeit 3 Franken. Auf Antrag Reinas wurde beschlossen, mit den Mitteln des internationalen Sekretariats für die Hebung der Organisation in Portugal zu wirken.

Der zweite Verhandlungstag war der Fortsetzung der auswärtigen Berichte und ihrer Diskussion gewidmet, wobei es bei dem Bericht des Schweizer Delegierten zu einer recht heftigen Auseinandersetzung mit den italienischen Vertretern über das Streikbrechertum kam. Man beschloß, diese Frage dem internationalen Sekretariat zu überweisen.

Die Arbeiten des dritten Verhandlungstages beschränkten sich auf die Vormittagssitzung, in der über die Stärkung und den Ausbau des internationalen Verbandes verhandelt wurde. Der Nachmittag war dem Besuch der größten Hutfabriken der Stadt Monza gewidmet. Die Zuvorkommenheit, mit der die Unternehmer ihre Fabriken dem Kongreß öffneten, dürfte mehreren der auswärtigen Hutmacher Gegenstand der Verwunderung gewesen sein.

Arbeitsreich und ermüdend war der letzte Tag, an dem über die Entwicklung der internationalen Beziehungen verhandelt wurde. Auf Antrag der Schweiz wurde beschlossen, immer die Namen und Adressen der internationalen Zentralverbände zu veröffentlichen, und die reisenden Kollegen aufzufordern, ihnen beizutreten. Auch ein Vorschlag der deutschen Kollegen, die Arbeitslosenversicherung zu regeln, gelangte zur Annahme. Die Einführung der Reisemarken wurde empfohlen. Ueber die internationalen Kongresse wurde der Schweizer Antrag angenommen, sie alle drei Jahre in der zweiten Hälfte des Juni zu halten. Auf Antrag der dänischen und französischen Delegierten beschließt man, daß alle dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Zentralverbände eine Streikkasse haben müssen. Der Paragraph 18 des Statuts des internationalen Sekretariats wird dahin abgeändert, daß der Extrabeitrag für die Streiks im Verhältnis zur Zahl der Streikenden festgesetzt werden soll.

Der Vorschlag des internationalen Sekretariats, die internationale Beitragsquote herabzusetzen, wird zurückgewiesen. Sowohl die österreichischen wie die italienischen Delegierten nehmen dagegen Stellung und heben hervor, daß der Kassenfonds des Sekretariats nur deshalb vorhanden ist, weil der Sekretär Metzschke für seine Tätigkeit jede Entschädigung zurückweist.

Ueber den Sitz des internationalen Sekretariats, der nach den Statuten nur während eines Zeitraums von sechs Jahren in demselben Lande sein kann, entspinnt sich eine eifrige Diskussion. Oesterreich und Italien schlagen vor, diese Einschränkung aus den Statuten zu streichen; die Franzosen Roux und Micheles bekämpfen diesen Vorschlag, weil er nicht auf der Tagesordnung steht. Mit 6 Stimmen gegen 2 bei 3 Stimmenhaltungen wird trotzdem die statutenmäßige Bestimmung aufgehoben. Darauf wird mit 6 Stimmen Deutschland zum Sitz des internationalen Sekretariats gewählt. Auf Oesterreich war eine Stimme entfallen. Der bisherige Sekretär Metzschke wird mit 8 Stimmen in seinem Amt bestätigt. Schließlich wird Frankreich als Sitz des nächsten internationalen Kongresses vorgeschlagen. Da aber die französischen Delegierten erklären, sie könnten sich nicht verpflichten, daß der französische Zentralverband den Vorschlag annimmt, beschließt man, England zum Sitz zu wählen.

Belgische Scharfmacher.

Antwerpen, 24. September. Nachdem sich die Stadtverwaltung nicht abgeneigt zeigt, dem Ersuchen des Verbandes der Seeleute um **Errichtung eines amtlichen Heuerbureaus** zu entsprechen, haben die belgischen Reeder bekanntgegeben, daß sie ihr privates Heuerbureau selbst dann weiter beibehalten, wenn die Stadt **ein amtliches Bureau** einrichten sollte. Dieser Beschluß kommt einem Ultimatum gleich und hat im Hafen **lebhafte Erregung** hervorgerufen.

Eisenbahnerstreik in Spanien.

Ein Ausstand der katalonischen Eisenbahner wird am heutigen Mittwoch beginnen. Längs der katalonischen Bahnstrecken sind Militärposten aufgestellt, um Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten der Streikenden zu verhüten. Alle Bahnhöfe sind mit Truppen besetzt.

Die amerikanischen Gewerkschaften und die Präsidentenwahl.

Bei der letzten Präsidentenwahlkampagne war der amerikanische Gewerkschaftsbund offiziell für die demokratischen Kandidaten eingetreten und hatte auch seinen ganzen Apparat von Organisationen aufgeboten, um den Demokraten zum Siege zu verhelfen. Nach den Leitartikeln in dem offiziellen Blatte des Bundes war auch dieses Mal die gleiche Stellungnahme zu erwarten, zumal die Demokraten, die im Repräsentantenhause die Majorität hatten, bei der Beratung mancher Arbeitergesetze den Schein zu wahren wußten, als wollten sie die Versprechungen den Arbeitern gegenüber einlösen. Eine besondere Sitzung des Gesamtausschusses des Gewerkschaftsbundes präzisierte die Stellung der Gewerkschaften zu den kommenden Wahlen. Das Ergebnis der Sitzung wird in einigen Gewerkschaftsblättern in vorsichtiger Weise wiedergegeben. Danach ist dort festgestellt worden, daß die Leiter des Bundes sich alle Mühe gegeben haben, die Nomination von Champ Clark, des Präsidenten des Unterhauses, als demokratischer Präsidentschaftskandidat durchzusetzen. Nachdem dies leider mißlungen sei, hätten der Vorsitzende Gompers und der Sekretär Morrison, die beide der demokratischen Partei angehören, die Unterstützung des offiziellen Kandidaten der demokratischen Partei, Wilson, vorgeschlagen, doch sei dieser Vorschlag „sehr kühl" aufgenommen worden, da Wilson sich durch seine vielen Veröffentlichungen als Gegner der organisierten Arbeiter stets bekannt hat. Unter den Ausschußmitgliedern befanden sich Anhänger aller vier Parteien (Republikaner, Demokraten, Sozialisten und Progressisten-Rooseveltianer), so daß man sich schließlich begnügte, zunächst keine Entscheidung zu treffen, diese vielmehr hinauszuschieben, um später offiziell für bestimmte Kandidaten einzutreten. Doch war man sich schon ziemlich einig darüber, daß es „Wilson schwer fallen werde, den Arbeitern seine Arbeiterfreundlichkeit klar zumachen nach all dem, was er gegen sie geschrieben und wie er gegen sie als Gouverneur gehandelt hat".

Inzwischen aber haben es die Wilson-Leute verstanden, ihn vom Gewerkschaftskartell (!) in Pittsburg als Festredner zum Arbeitersonntag (1. Sonntag im September) einladen und auch an anderen Orten unter den Auspizien der Gewerkschaften sprechen zu lassen, wo er jedesmal betonte, daß er das Eintreten für die Arbeiter als seine vornehmste Aufgabe betrachte. Nicht minder eifrig ist Roosevelt um die Arbeiterstimmen bemüht. Er hat fast das halbe Programm der sozialistischen Partei in seine Programmforderungen aufgenommen und wird dadurch zweifellos viele Verwirrung in Arbeiterkreisen anrichten. Auf der anderen Seite aber wächst auch täglich die Zahl der Gewerkschaften, die sich einzeln offiziell für die Unterstützung der sozialistischen Kandidaten aussprechen. Mit um so größerer Spannung darf man daher wohl auf die endgültige Stellungnahme des Gesamtbundes der Gewerkschaften zu den Wahlen warten. Daß diese diesmal große Schwierigkeiten bereitet, darf jedenfalls schon als merkliches Zeichen des Ruckes nach links und des Rückganges der Gewerkschaftspolitiker alten Schlages betrachtet werden.

Ein Riesenstreik in der amerikanischen Musikinstrumentenbranche.

Aus New York wird gemeldet:

30 000 Arbeiter der Pianofortefabriken sind in den Ausstand getreten und fordern eine Lohnerhöhung von 15 Proz. Diese Lohnbewegung ist symptomatisch für die allgemeine, große Arbeiterbewegung, die sich im ganzen Lande bemerkbar macht. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Ausstand auf andere Gebiete der Industrie und des Handels übergreift und dann unabsehbare Folgen nach sich ziehen kann.

Aus Industrie und Handel.

Internationaler Arbeitsmarkt.

Der rege Geschäftsgang, der mit dem Beginn der diesjährigen Herbstkampagne in den wichtigsten Wirtschaftsgebieten Europas und Nordamerikas eingesetzt hat, übt einen überaus günstigen Einfluß auf den vorher hier und da recht belasteten Arbeitsmarkt aus. Wie in Deutschland wurden zwar auch in England einige Gewerbezweige von dem regnerischen Wetter nachteilig beeinflußt. Das gilt vornehmlich für das Baugewerbe; indessen macht sich in der englischen Bautätigkeit, die im Sommer stark daniedergelegen hatte, seit einigen Wochen eine Besserung bemerkbar. Sie kommt vor allem der Hauptstadt zugute; die Zahl der im Baugewerbe Beschäftigten wuchs in London von Juli auf August um 19,1 Proz. Die Schiffsbauanstalten sind mit Aufträgen auf neue Fahrzeuge reichlich versehen; hingegen ist der Geschäftsgang der Reparaturwerkstätten schleppend. Starker Mangel an Arbeitskräften wurde bei der Vernietung und Abdichtung gespürt. Vergleiche mit dem Vorjahr und Vormonat sind hier fast unmöglich, da in beiden Fällen große Gruppen von Transportarbeitern die Arbeit eingestellt hatten. Eine intensive Tätigkeit hat wieder in der englischen Montanindustrie eingesetzt. Gute Beschäftigung fanden im August die Kohlengräber; die Ausfuhr englischer Kohle einschließlich Koks belief sich im Berichtsmonat auf 6,73 Millionen Tonnen gegen 5,57 Millionen Tonnen im August 1911. Der Beschäftigungsgrad im Erzbergbau und in der Eisenindustrie war überaus zufriedenstellend und weit günstiger als im vorjährigen Korrespondenzmonat, wo infolge des nationalen Eisenbahnerausstandes das wirtschaftliche Leben Großbritanniens wochenlang fast lahmgelegt war. In England und Wales waren im August d. J. 321 Hochöfen angeblasen gegen 283 Hochöfen im gleichen Monat des Vorjahres. Auch die Maschinenindustrie verzeichnete einen flotten Geschäftsgang; wie alljährlich um diese Zeit machte sich andererseits in den graphischen Gewerben eine empfindliche Abschwächung bemerkbar. Sehr befriedigend und jedenfalls günstiger als in Deutschland sprechen sich die Berichte über die Lage in der Textilindustrie aus. Wie lebhaft die Mehrzahl der britischen Gewerbezweige im Spätsommer arbeitete, erweist unter anderem die Tatsache, daß der Prozentsatz der Beschäftigungslosen, den die Trade Unions im August verzeichneten, nur 2,2 Proz. betrug und mit dieser Ziffer niedriger war als in irgendeinem Monat seit Juli 1900. In Frankreich vollzog sich im Juli eine starke Besserung am Arbeitsmarkt vor allem in der Metallindustrie, wo die Ziffer der Beschäftigungslosen auf einen überraschend niedrigen Satz fiel. Die Textilindustrie klagte noch immer über eine gewisse Stille, die Beschäftigungslosigkeit nahm sogar gegen den Vormonat wieder zu. In den Weinbergen beanspruchten die Arbeiten zum Schutz der Reben vor Krankheiten zahlreiche Arbeitskräfte. Weit geringer als um die gleiche Zeit des Vorjahres war die Streiklust. Es kam im Juli dieses Jahres zu 92 Arbeitseinstellungen, an denen 5879 Arbeiter teilnahmen gegen 128 Streiks mit 12 795 Beteiligten im Juli des Vorjahres. In Holland errechnete sich der Prozentsatz der Beschäftigungslosen im Juli auf 2,7 vom Hundert gegen 2,9 im Juni und 2,1 Proz. im Juli des Vorjahres. Günstige Verhältnisse weist dauernd der Arbeitsmarkt der skandinavischen Länder auf. So hatte z. B. Norwegen im Juni wie im Juli dieses Jahres nur 0,7 Proz. Beschäftigungslose unter den Arbeitskräften seines Landes; dabei ist besonders zu berücksichtigen, daß hier sämtliche Arbeiter und nicht etwa nur die Organisierten erfaßt werden. Aus den Vereinigten Staaten werden schon seit einigen Monaten Klagen laut über Arbeitermangel in der Montanindustrie; erleben doch vor allem die Stahlwerke der Union gegenwärtig eine neue Periode angespanntester Hochkonjunktur. In diesem Zusammenhang ist von besonderem Interesse, daß vor kurzem ein Gesetz die Bestätigung der zuständigen Behörden gefunden hat, das für öffentliche Arbeiten jeder Art den Achtstundentag als Maximalarbeitstag festsetzt. Von den politischen Kämpfen, die der Vorbereitung der Präsidentenwahl gelten, ist das wirtschaftliche Leben der Union diesmal kaum beunruhigt worden; die Kreise von Handel und Gewerbe sind offenbar überzeugt, daß kein Präsident, welcher Richtung er auch angehöre, radikal in die wirtschaftliche Ordnung eingreifen werde.

Aus der Frauenbewegung.

Die Frau in Haus und Beruf.

Aus dem Bericht des Komitees der Ausstellung „Die Frau in Haus und Beruf" geht hervor, daß mehr als 500 000 Besucher gezählt wurden. Die zur Verfügung stehende Grundfläche wurde durch die ausstellenden Firmen und Vereine voll ausgenutzt. Der Reinüberschuß stellt sich auf 166 770 M. Ueber seine Verwendung soll erst später endgültig entschieden werden. Man kann wohl die Erwartung aussprechen, daß der größte Teil dieser Gelder zu sozialen Zwecken, insbesondere Säuglings- und Kinderfürsorge, verwandt wird und nicht in den Kassen der Frauenvereine für bloß propagandistische Zwecke verschwindet.

Lese- und Diskutierklub „Wilhelm Liebknecht". Heute Mittwoch, abends 9 Uhr: Sitzung bei Karl Eichhorn, Danziger Str. 93. Vortrag. Gäste willkommen.

Aus aller Welt.

Ueberfall auf einen Bankkassierer.

Ein schweres Kriminalverbrechen wurde, wie uns ein Telegramm aus Kattowitz meldet, am Dienstagnachmittag in dem im Mittelpunkt der Stadt gelegenen Bankgeschäft von Köhler u. Janiszewsky verübt. Bald nach 5 Uhr erschien in dem Geschäftslokale ein Fremder mit der Bitte, einen Fünfkronenschein zu wechseln. In dem Augenblick, als der Kassierer Calka sich anschickte, dem Wunsche zu willfahren, wurde er von dem Fremden durch einen Revolverschuß in den Kopf lebensgefährlich verletzt. Durch den Schuß aufmerksam gemacht, eilte der Buchhalter Noblik seinem Kollegen zu Hilfe. Auch Noblik wurde durch einen Revolverschuß, der ihn am Kopfe schwer verletzte, kampfunfähig gemacht. Der Räuber raffte schnell einige hundert Mark zusammen und ist mit seiner Beute unerkannt entkommen.

Die Gefahren des Bergbaues.

Fast jeder Tag fordert im deutschen Bergbau neue Todesopfer. Am Montagabend wurden auf der Gewerkschaft Wilhelmshall-Oelberg zwei Bergleute durch einen zu früh losgegangenen Sprengschuß sofort getötet. Ein dritter Bergarbeiter wurde leicht verletzt. Beide getöteten Arbeiter waren verheiratet. — Im Kalischacht Heyn bei Kleinfurra wurden am gleichen Tage zwei Bergleute durch niedergehendes Salz verschüttet. Erst nach längeren Bemühungen gelang es, die beiden als Leichen zu bergen. Der eine Verunglückte hinterläßt Frau und vier minderjährige Kinder.

Schreckenstat eines Fürsorgezöglings.

Eine fürchterliche Untat ereignete sich bei dem Dorfe Berent in Pommern. Ein Landbriefträger fand in dem Walde ein 9 Jahre altes Mädchen mit durchschnittener Kehle auf, an dem ein Sittlichkeitsverbrechen verübt war. Als Täter kam ein entlaufener Fürsorgezögling in Betracht, der bereits früher an einem Kinde ein Sittlichkeitsverbrechen beging, jedoch durch hinzugekommene Personen gestört und dann flüchtig wurde. Auf Ergreifung des Täters ist eine Belohnung von 600 Mark ausgesetzt worden.

Autobanditen in New York.

Am hellen lichten Tage wurde gestern in New York ein verwegener Ueberfall auf einen Kaufmann, den Chef der bekannten Handelsfirma John Popper verübt. Popper befand sich gerade auf dem Wege nach dem Geschäft und hatte eine Geldtasche mit 7200 M. um den Leib, als sich ihm plötzlich aus dem Eingang eines Hauses ein junger Mann näherte und versuchte, die Geldtasche zu rauben. Popper faßte jedoch schnell zu; in demselben Augenblick trat ein anderer Mann hinzu und versetzte ihm einen Hieb auf den Kopf, so daß er betäubt zu Boden sank. Der erste Angreifer riß nun dem Ueberfallenen die Tasche vom Gürtel und beide Verbrecher sprangen dann in ein bereitstehendes Auto, das sofort in schnellster Fahrt davonfuhr. Ein Polizist nahm sofort die Verfolgung auf, wurde jedoch durch Revolverschüsse der Banditen in Schach gehalten. Bald darauf hatte sich das Automobil den Augen der Verfolger entzogen.

Fliegerabstürze.

In der Nähe von Bar-le-Duc stürzte am Montag der französische Militärflieger Leutnant Thomas aus etwa 10 Metern Höhe ab und erlitt bei dem Sturze lebensgefährliche Verletzungen, denen er gestern morgen erlag. Auch auf dem holländischen Flugfelde Braeschaet stürzte ein Militärzweidecker ab. Erfreulicherweise kamen die Insassen ohne allzu großen Schaden davon. Einer der Flieger, Leutnant Vanloo, erlitt einen Beinbruch, der zweite Insasse blieb unverletzt.

Ein poesievolles Abschiedsgedicht.

Im „Weinheimer Anzeiger" veröffentlicht ein „Ingenieur M." folgendes Gedicht:

Herrn Geheimen Regierungsrat Steiner zum Abschied gewidmet.

Redlich war die Feierstimmung
In des Schwarzen Adlers Räumen,
Niemals sah man an Verehrung
Dort ein gleiches Ueberschäumen.
Von Beweisen an Beliebtheit
Immer neue schlugen durch,
Es erfüllt ein Wunsch uns nur:
Halts auch so in Offenburg!

Hoffentlich kommt der also herzlich Verabschiedete nicht auf den unglücklichen Gedanken, von diesem — Akrostichon nur die Anfangsbuchstaben der Verse zu lesen, die ein sonderbarer Zufall so eigenartig gestellt hat.

Kleine Notizen.

Zwei Kindesmörderinnen. In Braunschweig wurden die beiden Schwestern Agnes und Alwine Ganz unter dem Verdachte verhaftet, ihre ein- und zwei Monate alten Kinder ermordet zu haben.

Erdbeben in Ungarn. In Kecskemet erfolgte in der letzten Nacht von starkem unterirdischen Getöse begleitet, ein mehrere Sekunden andauerndes leichtes Erdbeben von Süden nach Norden. Aus Kaposwar wird ein stärkeres Beben gemeldet.

Tödlicher Unfall eines Londoner Großindustriellen. Ein schwerer Unfall hat sich am Montagabend in London ereignet, dem der bekannte Industrielle und Besitzer mehrerer Fabriken, Clement Macrow, zum Opfer fiel. Der Großindustrielle hatte im Auto eine seiner Fabriken verlassen und wollte einen Schienenstrang überqueren, als ein Güterzug heranbrauste. Das Auto wurde von dem Zuge erfaßt und vollständig zertrümmert. Die Leichen Macrows und seines Chauffeurs wurden schrecklich verstümmelt unter dem Auto hervorgezogen.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 23. 9. cm	seit 22. 9. cm[1])	Wasserstand	am 23. 9. cm	seit 22. 9. cm[1])
Memel, Tilsit	206	—8	Saale, Grochlitz	96	+4
Pregel, Insterburg	—16	—6	Havel, Spandau[2])	30	—2
Weichsel, Thorn	146	+6	„ Rathenow[2])	22	—6
Oder, Ratibor	210	—18	Spree, Spremberg[2])	96	0
„ Krossen	221	+19	„ Beeskow	78	0
„ Frankfurt	193	+18	Weser, Münden	155	—15
Warthe, Schrimm	28	+4	„ Minden	248	—8
„ Landsberg	—7	—2	Rhein, Maximiliansau	464	—8
Netze, Vordamm	—4	—4	„ Kaub	270	—7
Elbe, Leitmeritz	90	—14	„ Köln	270	—16
„ Dresden	—25	—13	Neckar, Heilbronn	115	+5
„ Barby	278	—10	Main, Hanau	154	—8
„ Magdeburg	225	—5	Mosel, Trier	55	—6

[1]) + bedeutet Wachs. — Fall. — [2]) Unterpegel.

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Abzahlungsgeschäfte

Berliner Credit-Haus
Kommandantenstr. 67.

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham
Hamb. Messina- u. Römertrank-Kell. N 4, Bergstr. 8a. Fernsp. Kgst. 13708
Gutsch, Selter- u. Limonad.-Fabrik Thaerstr. 44. T. A. 7. 8176.
Schütze, E., Weberstr. 15a, T. 7, 11125.
Si-Si Bestes alkoholfreies Getränk. Berlin O. Kuhnstr. 4

Arbeiter-Bekleidung

F. Falk! Zossenerstr. 32 Bergmannst. 96
Hamburger Laden, Charl., Wallst. 69
J. Kastner Eberalerstr. 6 E. Warschau.St.
Roter Laden, Schöneb., Hauptstr. 168

Bäckereien, Konditor.

Blottner's Großbäckerei
Geschäfte in
Berlin,
Charlottenburg,
Schöneberg,
Wilmersdorf.

Adlershofer Bäckerei, E. Zugwurst.
Max Backer, Ramlerstr. 36.
Emil Beyer, Thornerstr. 6.
Bohndorf's Bäck., Königsbergerstr. 30
Brot-Fabrik „Vorwärts" Hermann Ullrich, Köpenick.
„Brotfabrik" Niederbarnimstr. 25
Buehl & Sohn, Brotfabrik Spandau.
Paul Delly, Markusstr. 15.
Herm. Carl, Neukölln, Hermannstr. 231
Herm. Eder, Schonenschestr. 1
Franz Faulwetter, Manteuffelstr. 67.
E. Freyer, Bismarckstr. 72, E. Markusstr

Engel's Landbrot
Heinersdorfer Mühle
Verkfsstell.: Kolonnest. 8, Kadenbergst. 2, Lüderitzst. 55, Schivelbeinerst. 44, Swinemünderstr. 43, Pankow, Florastr. 88.

Wilh. Engel Brotfabrik Weißensee, Parkstr. 4.
Verkauf in Milchgeschäften Berlins. Bekannt gegeben d. Plakate.

Fischer, Görlitzerstr. 55.
Falkensteinstr. 20, Köpenickerstr. 172.
W. Gerlach, Schöneberg, Sedanstr. 6/7.
Georg Genz, Memelerstr. 20
Alfred Graf, Beusselstr. 24.
H. Hesse Dunkerstr. 78 Prenzlauer Allee 192.
Hoppe's Nachf. Kramarek, Adalbertst. 66
August Hübner, Schwedterstr. 52.
August Hauck, Cöpenick.

Oskar Hanke's Brotbäckerei
75 Geschäfte
in allen Stadtteilen Berlins und in Rixdorf.
Gegründet 1892.

Kilies-Großbäckerei, Boisestr. 8.
Carl Laudahn, Weberstr. 30.
Landbrot-Bäck., Schulz, Fr., Buchholz.

Landbrot-Großbäckerei
O. Seel, Nchf. Krug, Waldstr. 4

Hermann Lebelt, Hussitenstr. 35
Alfred Lier, Wielefstr. 36.
Lichtenberger Brotfabrik Weserstr. 24.
Emil Lieske, Grüner Weg 122.
Mattke, Gipsstr. 9.
E. Mertins, Reichenbergerst. 165.
E. Martin, Gleimstr. 55.
Fritz Müller, Gräfestr. 4.
Gustav Mühlsteph, Rhinowerstr. 2.
Th. Neumann, Oldenburgerstr. 21.
Roman Nowak, Wienerstr. 8.
Friedrich Oste, Madaistr. 10.
Herm. Proell, Nonnendamm.
Friedrich Probst, Andreasstr. 51

Bäckerei „Nordstern"
Inh.: Gust. Müller
Filialen i. verschied. Stadtteilen

Albert Pfenzig, Grätzstr. 10.
Richard Reinke Steglitz, Albrechtstr. 5 a
Paul Rißmann, Turinerstr. 36.
Arthur Roemer, Kottb. Damm 101.
Max Sander, Dunkerstr. 22.
Otto Schmidt, Adalbertstr. 27.
Otto Szillat Schwedterst. 48 (SS. Backware)
Schütt, G. Filialen in Berlin O, NO.
Heinr. Schubert Boxh. Chauss. 5/6
Sikorski, Weißensee, Heinersdorferstr. 11
Staehr's Bäckerei, N. Triftstr. 66.
Paul Stenzel, Baumschulenweg.
Rich. Schenk Markusstraße 38.
A. Schreier, Urbanstr. 61.
L. Spillmann, Grüner Weg 115.
Gustav Tanplitz, Prinzen-Allee 61.
Carl Tennert, Schlesischestr. 19.

Thoma's bew. Bäckerei
Ackerstr. 111. Gerichtstr. 84.
Josef Ullrich, Manteuffelstr. 103.

C. Vogt, Weißensee
3 Filial. Hauptgesch. Sedanst. 106

Volksbrot E. G. m. b. H
Fehmarnstr. 10 Mirbachstr. 13
Häslerstr. 11 E Häslerst. 16E
Meerscheidtstr. 3. Königin Elisabethst. 73

Jos. Wagenknecht, Glogauerst. 17.
Albert Wiese, Koloniestr. 34.
Otto Winkler, Naunynstr. 73.
E. Wolff, Grüner Weg 75.

Heinrich Wittler
Pumpernickel-, Schwarzbrot- u. Simonsbrot-Fabrik. T. II, 1213. Manstr. 7.
Verkaufsstell. i. all Gegend. Groß-Berlins

Badeanstalten

Arkona-Bad, Anklamer-Str. 34.
Augusta-Bad, Köpenick.-Str. 60/61
Bad Landsbergerstr. 107 Gollnowstr. 41.
Bürgerbad Weberstr. 40b Amt Kgst. 894.
Canitz-Bad, Münzstraße 2. Kassenlieferant.
Central-Bad Neukölln Anzengruberstr. 25.
Münchener Bad Neukölln, Münchenerstr. 51.
Hansa-Bad, Chlttbg. Wilmersdorferst. 60/61

Erstes Lohtannin-Bad
Mgl. fr. Abkochung, kein Extrakt. Wallstr. 70/71. Lief. a. Kass. Neu-Cölln a. W. 6/8

Bad Frankfurt, Gr. Frkft. Str. 136.
Lieferant sämtl. Krankenkassen

Bad Friedrichshain, Landsb. Allee 153
Badeanstalt, Hasenheide 18.
Jungbrunnen-Bad
Baumschulenweg, Kiefholzstr. 177/78
Kur-Anstalt „Löser" Rosentalerstr. 70.

Kaiser-Friedrichs-Bad, Charl. a. Bhf.
National-Bad, Brunnenstr. 9.
Bad Ostend Boxhag.-Str. 17 Lief. all. Kassen
Ost-Bad, Pallisadenstr. 76.
Bad Pankow, Wollankstr. 26.
Passage-Bad Kottbuser Damm 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 65.
Kuranstalt M. Schulz Elsässerstr. 71
langjähr. I. Assistent d. ehemals weltberühmt. Jakobi-Heilanstalt
Pflanzenheilverfahren
Atteste von Geheilten.
Römer-Bad Boxhagen-Rumbg., — Sonntagstr. 4. —
Silesia-Bad Schlesische Str. 31.
Viktoria-Bad Kottbuser Damm 75
Friedrich Wilhelmsbad Chausseestr. 97.

Bandagen, Gummiw.

R. Bauke, Stralauer Str. 56.
Berkholz, Köpenickerstr. 70.
Lange, A. E., Brunnenstr. 167.
Liepe, Schöneberg, Grunewaldstr. 30.
Meyer, P., Nklln., Berlinerstr. 49—50
J. Ch. Pollmann, Lothringerstr. 60.
Wende, A., Turmstr. 34, Optiker.
Reiche, A. Seydelstraße 15. Lief. allerKassen
Fritz Reibe, Schöneberg, Hauptstr. 18
Fr. Schulte, Adlershof, Bismarckst. 3
Zaremba Weinbergsweg 1 Drog., hyg. Artikel.

Beerdig.-Anst., Sargm.

Bredlow, Ebersswalderst. 16 Wörthberst. 25
A. Buttl, Zorndorfer Str. 23.
Otto Büttner, Neukölln, Ringbahnst. 22.
H. Fischer Nklln., Hohenzollernpl. 11 Buckow a. Rixd. Krankenhaus.
Max Fuchs Oppelnerstr. 1 Frankfurter-Allee 170
Hiekel, Fr., Gr. Hamburgerst. 37
Moldt, Fritz, Nklln., Reuterplatz.
Gust. Nobert, Potsdamerstr. 115a
H. Petermeier, Strelitzerstr. 8.
Peter-Schley, Wilh., Zossenerstr. 11.
W. Urban, Neukölln Nansenst. 1 Tel. Neuk. 288

Beleucht.-Gegenst.

Bunzel, R. Neukölln Kais. Friedr.-St. 49
Carl Imme jun., Grüner Weg 15 an der Markusstraße
Büttner, A., Danzigerstr. 96.
Schrammar, H., Neukölln Richardst. 118.

Berufskleidung

M. Bertram, Norden, Maxstr. 17.
Keiner, Otto, Gerichtstraße 86.
Wecker, A., Mühlendamm 3.

Bettfedern u. Betten

G. Behrends, Neuk. Kaseebeckstr. 106
Bullinski, Fehrbellinerstr. 1, E. Schönh. A.
A. Hampel, Bl., Bergstr. 44-45. Reinigung
Carl Henze, Andreasstr. 55, Reinigung.
Max Schöne Landsberger Allee 149 reell und billig.
M. Zysnarski, Alt Moabit 82.

Bierbrauereien, Bierh.

W. Adelung & A. Hoffmann
Akt.-Brauer. Potsdam. Eig. Niederl. Berlin SW, Tempelhofer Ufer 15
Brandenburg a. H., Wilhelmsdorferst. 110
Spez. Potsd. Stangenbier

Bergbrauerei Weißensee T. 2, Lager- u. Malzbier

Brauerei Königstadt
feinste Qualitätsbiere.

Brauerei Pfefferberg
Versand- und Pilsener Bier.
Brauerei Tivoli Weiß- u. Malz-Bier-Brauerei, Fruchtstr. 87
Caramel-Weißbier
fast alkoholfrei, erfrischend, bekömmlich,
Berliner Weißb.-Brauerei E. Willner.

Deutsche Bierbrauerei A.-G.
Berlin-Pichelsdorf

Groterjans
Malzbier, Schönh.-Allee 130, T. III, 5063.

C. Habels Brauerei
hell — Habelbräu — dunkel.

F. W. Hilsebein A.-G.
Lagerbier und Malzbier
Hempel, E., Müllerstr. 128d.
Kahlenberg, A., Liebenwalderst. 45

Unser
Goldbier
ist nicht nur ein
Erfrischungsgetränk, sondern
auch ein
Gesundheitsbier ersten
Ranges.
Berliner Unions-Brauerei, Berlin S.

Luisenbrauerei Weißensee.
Münchener Brauhaus Berlin.
A. Landré Weissbier
Stralauerstr. 36/37 Tel. Ztr. 4004a. 7185

Löwen-Brauerei
Aktiengesellschaft
Abt. I. Hohenschönhausen
„ II. N. 20, Hochstr. 21-24

Roland Flaschenbierversand G. m. b. H.
Schade, Grüner Weg 111. Weiß- u. Malzbier.
Schulz, Herm., Schönleinstr. 23.
Vereins-Brauerei Teutonia, NW 87.

Victoria-Brauerei
Victoria-Sanzerbräu

Weissbier, C. Breithaupt,
Palisadenstr. 97. Tel.-A. VII, 2634.

Blumen und Kränze

Oskar Albertus, Müllerstr. 41.
Fr. Ahrendt, Boxhg., Neue Bahnhofstr. 31
Blumen-Becker, O. Frankfurter Allee 3.
Casper, Charl., Krummestr. 30.
E. Degar, Rixd., Kais. Friedr. St. 30, Bergst. 56
Richard Felsch, Prinzen-Allee 20
Paul Gross, Lindenst. 69 (Vorwärtshaus)

R. Gruner, Kopenhagenerstr. 9.
S. Grossmann, Landsbergerstr. 34.
Henkes Blumenhaus, Manteuffelstr. 94.
O. Hahn, Neukölln, Hermannst. 70
Otto Hinz, Graunstraße 8.
Janiszewski, Felix, Eisenbahnstr. 7.
Alb. Kell, Charlbg., Kaiser-Friedrichst. 29
C. Laurent Brunnenstr. 63 Petersburgerstr. 11
Gustav Mai, Schönhaus. Allee 177
M. Strutzke Neukölln, Hermannstr. 124.
F. Müller, Danzigerstr. 27.
Gärtnerei A. & F. Meitzner, Nkll. Ringbhf.
H. Penski, Schwedenstr. 19, Eck Badstr.
Ww. Rutschke Nklln. Hermannst. 62
Th. Schirbel, N. Stettinerstr. 8.
C. Sommer, Wrangelst. 44, Amt IV 13066

Topfpflanzen aller Art
Britz, Rudowerstr. 92/93 Tel. Neuk. 134

Aug. Trothe, Wrangelstr. 11.
Aug. Wandelt, Nklln., Bergstr. 96.
H. Zinke, Nowawes, Friedr.-E. Priesterst.

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung
J. F. Assmann
20 Filialen in Berlin O.

OskarBeck 18 Geschäfte
Dresdenerst. 97, Blücherstr. 11
Reichenbergerstr. 18 u. westl.
Vororte. Vorzugspreise.

Buntrock, W. Neukölln Boddinstr. 3.
Drei Kronen Carl Davidsohn
Fried. Göseke, 7 Filialen.

Gebrüder Groh
40 Filialen
in Berlin und Vororten

August Holtz 15 Detail-Geschäfte.
Kersten, Gebr., Wörther-Str. 33a.
Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte
Paul Lindner, Strelitzerstr. 65.
Butterhandlung Fritz Muth.

Gebrüder Manns
48 eigene Detailgeschäfte

Schröter, R. 35 Verkaufsstellen.
Schulz, Arth., Nklln., Hermannst. 65
Uhly & Wolfram

Vereinigte Pommersche Meiereien 48 Verkaufsstellen.

Georg Wunder, Fruchtstr. 70, Ecke Münchebergerstr.

Cacao, Chocolade

Adler's Konditorei, Wrangelstr. 27.
Althans, Kräsler-Soab., Lindowerstr. 16.
Cyliax, G., Filialen i. all. Stadtteilen.
Ferd. Hahn, Berlin, Petersburgerst. 72a
H. Paehlke, Schillingstr. 10, Kaufläden.

Die Fabrikate der
„Sarotti"
Chokoladen- u. Cacao-Industrie-Aktiengesellschaft
sind überall erhältlich.
Neu:
Simpli-Schokolade

Schütz, Warschauerst. 82, ggr. 1900
Seiffert, Erich, Filial. in Berlin und Vororten
C. Senff Andreasstr. 36 Bezugsqu. f. Händler.

Stollwerck
Gold
Silber
Kupfer
Schokolade · Kakao
In drei Preislagen.
Die verschiedenen Sorten sind untereinander gleichwertig und unterscheiden sich, wie die deutschen Edelweine, nur durch ihr Aroma.

C. Voigt, Gräfest. 27, Ecke Urbanst.

Fordern Sie
Kakao und Schokolade
Wesenberg

Cigarrenhandlungen

Fr. Behrend, Nf., Frankfurter-Allee 27.
Bräger, J., Neukölln, Bergstr. 57.

F. Hoefer, Kottbuser-Damm 79
Hillerst. 77, Admiralst. 2, Dresdenerst. 16.

Klein, Wilh. Müllerstr. 184, Oberbaum 1.
A. Kunstmann, Nowawes, Priesterst. 67
Lingel, Fritz, Eisenbahnstr. 5.
A. R. Meyer Nchf., Schlesischestr. 14.
Willy Münstermann, Gleditschstr. 48.
G. & S. Peterke, SO. Kottbuserstr. 14.
Fritz Schneider, Lindenstr. 29.
W. Schuster Nf., Neanderstr. 28.

Damenkonfektion

Cohn, Geschw., Bergmannstr. 9.
Callmann Neukölln, Bergstr. 131. Gelegenheitskäufe.
Dombrowsky Charl., Fried.-St. 11 Anfertig. nach Maß
L. Frankenstein Blusen, Röcke Kleider
5% Danzigerstr. 24 5%.
Giesenow & Co. Schöneberg Hauptst. 25.
Tobias Lewin, Schneidermeister
Badstr. 44, I. Spe. Maßanfertigung
Lager in Mänteln u. Kostümen aller Art

Damen-Konfektion Moabit Turmstr. 33
Gebr. Neumann E. Bredowst.

Westmann
1. Geschäft: Mohrenstr. 37a.
2. Geschäft: Gr. Frankf.-Str. 115.
Bei Vorzeigung 5% Rabatt.

Restat, J. Kottbuserdamm 76 Brunnenstr. 33
Wagner, P., Nklln., Bergstr. 42. Damenm., Pelzw.

Damenkleiderstoffe

Adolf Dannemann Oranienstr. 180

Drogen u. Farben

Adler-Drogerie, O., Müggelstr. 8.
Artelt, Kurt, Nklln., Reuterstr. 42/44
Apoth. Lindenberg, Strelitzer Str. 74 Nord-Bh.
Reinh. Assmus, Gerichtstr. 10.
Becker, C. Litthauerstr. 6.
Gustav Bersug, Weidenweg 80.
Hch. Bocatius, Schönhauser Allee 134 a, Pankow, Berliner Str. 46
Sämtl. hygienische Bedarfsartik.
Central-Drogerie, Drontheimerst. 31.
A. Diepow, Tauroggenerstr. 12.
Drogenhaus B. Kühn Prenzlauer Allee 187.
Ebert, Max Kopernikusstr. 17. Warschauerstr. 21.
Edison-Drogerien. O.-Schöneweide.
Franz Fischer Frankf. Chaussee 148,
Sämtl. Gummiartikel = Diskr. Bedienung.
Friedrich, Paul, O, Gärtnerstr. 25.
Germania-Drogerie, Möckernst. 63.
Alfr. Götting, Frankfurter Allee 17.
Günther, „Löwen-Drogerie", Stromst. 37
Hasberlein, Trept., Graetz-Bouchéstr.
Hansa-Drogerie, N. Raumerst. 35.
F. Hotop, Ufaaa-Drog., Ufastr. 4.
Klahn, H., Nklln. Kaiser-Friedrichst. 236
Knesebeck-Drog., Neukölln Hermannst. 119.
Krönings Adler-Drogerie, Ramlerstr. 7.
P. Lehrke, Kottbuser Damm 41-43, Parfüm
Max Liecke, O. 34, Ebertystr. 35.
Alfr. Marsch, Culmstr. 37.
Nellé, Felix, Memelerstr. 16a.
Oehmke, Reinickend., Provinzstr. 82.
Ramien, Otto, Landsbg. Platz 1.
Rathaus-Drogerie, Nklln. Donaustr. 24.
Arno Reif, Weberstr. 30.
Apoth. Meyer, vorm. Lemcke Rl. Kais. Friedr. Str. 243
Prinzenstr. 103 Alfred Hoffmann
Franz Schönbeck, Oberschöneweide.
Fr. Schlusnuss, Liebauerstr. 22.
Hugo Schultz, Müllerstr. 166a..
Hyg. Gummiw., Photogr.-Artikel.
P. Sünderhauf & Co. Gr. Frankf. Str. 89.
Herm. Vincent, Nklln., Bergstr. 131.
Werder-Drogerie, Britz Rudowerst. 5a.
Wedding-Drogerie, Genterstr. 37.
Weissbach & Fischer, Belleallianceat. 23
Zobel, Georg, N, Ackerstr 50.

Eisen- u. Stahlw., Waff.

Ain, O., Nklln., Kaiser-Friedrichst. 6
Otto Anders, Kottbuserdamm 6.
W. Allner, Mulackstr. 24.
Beutel, C., Boxh., Neue Bahnh. St. 26
Herm. Braun, Landsbg. Allee 149.
Brenneke, C., Berlin SO. Wrangelstr. 94
G. Brenneke, Schönh. Allee 154.
G. Brucklacher, Oranienstraße 43.
F. Beutel, Nklln. Kaiser-Friedrstr. 77
Willy Erpel, Turmstr. 29.
Flack, E., Spandau, Schönewalderstr. 34.
C. Hiller Wilmersdorferstr. 102/3 Haus- u. Küchengeräte
Rich. Ilm, Neukölln, Böhmischestr. 46
Carl Jung, Stromstr. 31.
Jungbluth, Hermannstr. 172.
Kantner Nf., O. Schöneweide, Edisonstr. 15
Ad. Kunze, Nklln., Kaiser Friedrichstr. 178
H. Rockstroh, Berlin Göbenst. 25/26.
Lincke, Neukölln, Friedelstr. 9.
F. Lübcke Nf. E. Sturm, Samariterst. 13
Paul Lucht Cöpenickerstr. 126 Haus- u. Küchenger.
E. Menhel Nchf., Kopenhagenerstr. 4.
Franz Pfeifer, O. Frankf. Allee 139.
Georg Reiner, Rummelsburg Schillerstr. 35
Rühlmann P., Müllerst. 40b, E. Seest.
C. Schröder NO 18 Gr. Frankfurterstr. 109.
Max Schubring Grüntalerstr. 83 Wattstr. 14.
Sellach, Th., Nklln., Hermannstr. 48
E. Timm, Schleif., Waldemarstr. 73
Herm. Warschade Müller-Straße 29.
Wesch, Charlbg., Kaiserdammstr. 23.
Arthur Weigel Frankfurt. Allee 155.
Alex Weimar Alexandrinenstr. 14 Reichenbergerst. 100 (Inh. Otto Janke).

Fahrräd., Nähmasch.

Baum, Emil, Schöneb., Herbertst. 1
Fahrrad-Leihhaus Lohmann
Neue Schönhauser-Str. 11.

Fahrrad-Haus „Frischauf"
Brunnenstr. 35.
Gründung und Eigentum der radfahrenden Arbeiterschaft.

Fahrradhaus Süd-Ost Reichenbergerst. 121
Fahrrd., Schallpltt. Weißenbergst. 47a
Otto Heinze Brückenstr. 6.
W. Hoffmann, Schönh. Allee 150.

Ernst Machnow
Weinmeisterstr. 14
Jahresumsatz 20000 Räder

W. Malloschky, Oberbaumst. 2, Rep
Carl Müller Reinickend.-Str. 106, Chausseestr. 81.
Röper, Carl, Petersbg.-St. 2 a. d. Frkf. Allee
Richard Schädel, Inselstr. 13.
A. Techow, Nklln., Schillerpromenade 38
Emil Walter, Neukölln., Niemetzstr. 6

Färbereien, Wäscher.

H. Bergmann
Birkenstr. 53
über 40 Filialen in Groß-Berlin

Allen voran Neukölln, Zeitzerst. 5 Telephon 1261.
Dampfw. Weiß. Stern, Rl. Bergst. 133
Dampfwäscherei Merkur
A. Bachmann, Frankfurter-Allee 47.
Dampfw. Sirius, Grunewaldstr. 88 Tel. Kurfst. 384.
Dampfwasch-anstalt **Conkordia** Wilhelmstr. 124
Dampfwäscherei Quelle Pallisaderstr. 19

Groß-Dampfwäscherei „Spreenixe"
Berlin SO., Forsterstr. 5-6
Tadellose Wäsche! Billigste Preise!

Dampfw. Tip-Top Greifswalderstr. 30
D. W. A. Hansa Gerichtsstraße 23 Tel. III 1309

O. Naefe
Färberei u. chem. Wäscherei f. Herren- u. Damengarder.
Läden in allen Stadtteilen
Berlin, Rixdorf, Schöneberg

G. Kullick, Färb., Wäscherei
Fil. Gustav Adolfst. 1, Weißenbergerst. 41
Swinemünderstr. 56, Weddingstr. 9
Müllerstr. 40a, Neukölln, Hermannstr. 37-38

Fischhandlungen

C. Dittmann Neukölln Berliner Str. 42.
Köhler Grünauerstr. 8 Wild u. Geflügel.
Werner Annenstr. 42 Langestr. 85.
Winkler & Bärthold, Bergst. 5 u. 57. Nkll. Münch. St. 35

Fleischer u. Wurstw.

Jul. Amandowitz Glasgowerstr. 5.
G. Amling, Neukölln, Elsenstr. 74
A. Barthmuß, Markgrafendamm 33.
W. Becker, Tegel, Brunowstr. 35 f. Fleisch- u. Wurstwaren
Rich. Becker, Memelerstr. 74-75
Bloch, Otto, Prenzlauer Allee 52
Blümlein, J., Nklln., Mareschstr. 14/16.
A. Bilzer, Rüdersdorferstr. 32.
August Birnstein Dunkerstr. 78.
August Bienert Kaiserin Augusta Allee 9.

Wilhelm Behr
Wurstfabrik,
Speck- und Schinkensalzerei.
Berlin-Schöneberg, Kolonnenst. 57-58
Beste und billigste Bezugsquelle f. Wiederverkäufer.

Bothner, Käte, Krautstr. 1.
Bragrock, A., Mantouffelstr. 39.
P. Buckwitz Rigaerstr. 106.
Spez.-Gesch. f. Fleisch- u. Wurstw.
Anton Buchheim, Allensteinerstr. 13.
A. Bentele, Thaerstr. 21.
K. Christ, Elbingerstraße 58.
Darge, O., Finowstr. 5.

Danziger Fleisch-Centrale
— Danziger Straße 14 —

Dannenberg, Neue Hochstr. 6.
Rich. Deckert, Wiesenstr. 33.
P. Dreyocker, Prinz Eugenstr. 21.
Joh. Durzynski, Kopernikusstr. 1

Arno Fischer Großgörschen-Str. 6
Fabrik feiner Wurst- u. Fleischwar.

W. Dörr, Schivelbauerstr. 27.
August Fenger, Grünauerstr. 8
Fleisch- u. Wurst-Centrale
Frankfurter-Allee 182
Erste u. billigste Bezugsquelle des Ostens.
W. Friedmann, Nklln., Warthestr. 7.
C. Gerlach Neukölln, Warthestr. 70.
H. Gerndt, Sprengelst. 17, Eing. Samoastr
Fr. Gerlach, Tauroggenerstr. 1a.
Gustav Girra, Waldemarstr. 21.
Rob. Gleue, Weißensee, Gust. Adolfstr. 13
Paul Gnädig, Britz, Rudowerstr. 14
Gottlieb, Reinickdf., Amendest. 109
Otto Grube, Neue Hochst. 37.
Gusinde, Rich. Oranienstraße 17.
Getschmann's Fleisch- u. Aufschn.-Centr., Wichertst. 150.
O. Gleich, Neukölln, Hohenzollernpl. 7
R. Grieger, Charl., Cauerstr. 19.
F. Gutschmiedt, Koloniestr. 32.
Heinrich Höhne, Skalitzerstr. 97.
Georg Heinold, Marienburgerstr. 5.
Ernst Höne, Schwedenstr. 12.
W. Hoppe Friedrichshagen, Friedrichst. 68
Ernst Ibscher, Wiesenstr. 11.
Jakobik, Schmargendorf, Breitestr. 34.
Albert Jähnert Mainzerstraße 6.
Janik, C. Köpenickerstr. 5.
Fr. Jentsch, Kottbs. Damm 35, Fleisch, Wurst.
B. Immig ff. Fleisch- u. Wurstw. Manteuffelstr. 102.
Heinr. Jochmann, Ziethenstr. 41.
L. Irmer, Fleischr. Adlershof, Bismarckst. 34a
Max Keller, Ziethenstr. 27.
Wilhelm Kitz, Kniprodestr. 118.
Jul. Kempe, Boyenstraße 5 II, 5396.
Fritz Klein, Kottbuserdamm 12.
Bruno Keller Moabit Huttenstr. 11.
Otto Koch, Alte Jacobstr. 17.
Fritz Koebke, Kl. Andreasstr. 11.
W. Korte, Neuk. Wildenbruchst. 54, T. 748
Bruno Kusche, Fruchtstr. 28.
Max Knaut, Alt-Boxhagen 50.
Ernst Kolbe, O. 112, Weichselstr. 15
Ernst Kurth, Muskauerstr. 33.
G. Krause, Weißensee, Langhansstr 135
A. Krumm, Königsbergerstr. 37. ff. Fleisch- u. Wurstwaren
M. Kops, Reinickend., Residenzstr. 154.
A. Lange, Reinickdf., Scharnweberstr. 113
Rob. Lindner, Neukölln, Niemetzstr. 8.
Wilhelm Lenz, Falkensteinstr. 9
S. Lawrens, Reinickendf. O. Hauptstr. 54.
Wilhelm Liebherr Weiden weg 75.
Fr. Lindemann, Emdenerstr. 45.
August Lincke, Alte Jacobstr. 26.
Emil Lindigkeit, Michaelkirchstr. 8.
Lochmann, Malplaquetstr. 22.
Loebke, Joh. Rostockerstraße 42. Fleisch. u. Wurstfabr.
Aug. Maar, Schulstraße 103.
Malwald, Nklln., Münchner-E. Berlinerst.
Märk. Fleischkons., Nklln., Warthest. 73
Ernst Mäckler, Nklln., Richardst. 31-32.
M. Mauersberger, Nklln., Kaiserstr. 16
Merker, P. Mariannen-Str. 26a.
G. Müller ff. Fleisch- u. Wurstw. Großbeerenstr. 78.
R. Müller, Pankow, Wollankst. 101
Georg Neumann, Friedenstr. 81.
Paul Nuss Stolpische Str. 35.
Josef Orth, Neukölln, Emserstr. 36
Karl Petrich Fruchtstraße 5 f. Fleisch u. Wurst
Ptach Große Frankfurterstr. 13.
Reinfeld, Spandau, Neumeisterst. r. 9
O. Rosemann Nachf., Gr. Frankfurterstr. 7.

P. Rechel Wurstfabr., Landsbg.-Allee 130, Spz. Roll.-schink., Nußschink., Schinkenspeck

Riedel, B. Hermannstr. 45.
Rodewald Prenzl. Allee 29 Tel. Kat. 3206.
R. Rothe, Boxhagener Chaussee 11
Ottomar Rudolph, Gärtnerstr. 17.
Herm. Rauchheld, Ziethenstr. 12
A. Rehmet, Moab., Perlebergerst. 2
W. Segling, Christburgerstr. 42.
Max Schlack, Langestr. 57.
Th. Scheunemann, Helmholtzst. 1.
Otto Schmalzl, Jahnstr. 1.
L. Schramm, Pulsstr. 23, T. Mpl. 11707.
Otto Schleussener, Nklln. Mainzerst. 5

Otto Schubert Koppenstr. 38. Spez. Wurst-Gesch.

Schiwek, K., Pallisadenst. 1, Ecke
Aug. Saczygiel, Nklln., Tegelberst. 118

Otto Schreiber Hohenfriedbergerstr. 1.
E. Schauer, Huttenstr. 70.
A. Siewert, Nd. Schöneweide, Berlinst. 127.
E. Scherzberg, Reinickendf., Hansast. 9.
Max Schubert Müllerstr. 156a.
Albert Schucht Stargardterstraße 68.
E. Steeger, Fleisch. Emmauskirchstr. 23
Steinicke, Warschauerstr. 25.
Thaleiser Invalidenstr. 153 Ecke Ackerstr.
Wagner Landsbergerstr. 118 ff. Fleisch- u. Wurstw.
Stargard. Fleisch-Zentrale, Stargarderst. 42
Fr. Thiel, ff. Fleisch- u. Wurstw. Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 3
Thüring. Fleisch- u. Wurst-Fabr.
F. Sommermann, Boxhagenerst. 3
E. Trapp, Wurstzentrale, Waldenserstr. 19
Max Tümmel, Christburgerstr. 24.
Karl Unte Naunynstraße 17 f. Fleisch- u. Wurstw.
Uthig, Paul, Koppenstr 28.
G. Vettin Grüner Weg 57 — 57
Warschauer Fleisch- u. Wurst-Centrale, Warschauerstr. 88
Josef Weber, Raumerstr. 24.
Weiß, Georg, Elsasstr. 40, T. A. IV 10685
O. Wellnitz, Nannynstr. 66.
A. Wenzel, Woldenbergerstr. 30
Emil Wilhelm, Graunstr. 38.
Wiedmann & Swunke Weißensee-Berlin. Allee 253.
P. Wontora, O., Friedrichsberg St. 21.
Nord-Deutsche Fleisch-Zentrale
F. Zimmermann, Seestr. 78, Gotzkowskystr. 40
Paul Zwarg, Landsberg. Allee 136.
Ernst Ziffer, Oderbergerstr. 27.
Wilh. Ziegler, Seumestr. 20.

Glas u. Porzellan

G. Krüger, Weißenburgerstr. 79.
Oberländer Andreasstr. 18.
A. Wilborn, Brunnenstr 16.
Winkelmann Oberschöneweide. Wilhelminenstr. 28.

Grammoph., Sprechm.

W. Becker, Chlbg., Wilmersdorferst. 127
Hoyer, A., Neukölln Bergstr. 163 I.

Haar-Artikel

Berliner Zopf-Zentrale
Inh. Rich. Müller
nur Kottbuser Strasse I
Spez. Champon, Frisier-Salon
Unterricht in allen Fächern
Auf d. Annonce gewähre 10% Rabatt.

E. Joel Spezial-Haar-Haus Chausseestr. 121.
Rob. Kortmann, Schönwalderstr. 28.
H. Nixdorf, Frankfurter All. 197, 5% Rab.

Haus- u. Küchengeräte

Gomgowski Prinzen-Allee 87 Seifen Bürsten.
Hamelick, Spandau, Schönew. St. 92 Emaille, Glas, Porzellan, Lamp.
Rockstroh, Karl Grüner Weg 42. Gaskoch., Waschm.
Sandow, Rud., Wilmersd-Str. 130. Lampen.
R. Stübe, Waschg., Nannynstr. 31.

Herren-Artikel

Andreasstr. 37, Krawatten-Schulze
H. Bock, Neukölln, Kaiser Friedrichst. 10.
Magazin England
Kottb. Damm 78, Oranienstr. 163.
Hüte, Wäsche, Crawatten.
Torkel, Artilleriestr. 4
Rich. Jahn, Treptow, Grätzerstr. 6
Emil Jäger Friedrichstr. 115 Oranienburger Tor.
E. Klahn, Frankfurter Allee 26.
Krause, Wilh., Nklln., Herm.-St. 168
Gg. Kursch, Britz, Rudowerstr. 36.
Ad. Mahnke Rosenthalerstr. 3 Hüte, Schirme
A. Nitschpan, Bergmannstr. 11.
Nordring, Brunnenstr. 84.
A. Samuel, O. Mirbachst. 49, Schirme.
Scholz, Osw. Rl. Bergstr. 141. Rl. Hermannstr. 171.
Max Schulze, Hochmeisterstr. 6.
Sprengel, A. Wienerstr. 14 B. Hüte u. Schirme

Herren- u. Knabengard.

Amerikan. Verkaufshallen Frankftr. Allee 186.
J. Baer Badstr. 26, Ecke Prinzen-Allee.
Besser, Julius, Nklln., Bergstr. 19
Hamburg-Steglitz Schloß-Str. 103.

Herren-Moden-Vertrieb
zum Selbstkostenpreis + 10%
Charlottenburg-Wilhelmsplatz

L. Mamroth Neukölln, Bergstr. 21. Mitgl. d. Wahlvereins

Zielonacki, Oranienstr. 21.
Leske & Slupecki, Schönh.-Allee 70a
Marcus, S. Nklln., Bergstr. 44-45 fertige u. Maßschneiderei.
Raitzig, Ad., Frankf. Allee 107.
Rosner, Max Schneidermeister, Nklln., Bergst. 30/31,
Lager fertig und nach Maß.

77 Kottbuserdamm 77
August Schega

Julius Salomon, Brunnenstr. 26.
Schachmann, Louis, Brunnenstr. 51.
J. Scholl Friedenau Rheinst. 9 Vorz. d. Bl. 5%
Berth. Schweriner, Wrangelstr. 92
F. Weiss, Schneidermeister
Neukölln, Kaiser Friedrichstr. 20

Hüte, Mützen u. Pelzw.

Bazar Norden
Brunnenstraße 52, Badstr. 65
Huthaus Norden
Chausseestr. 55, Ecke Wöhlertstr.

Beiße, Rud., Chausseestr. 66.
Casper, Ed., Nklln., Bergstr. 129.
M. Grund nur Brunnenst. 177
Hermann Haase, Invalidenst. 129.
Hansen, Nklln., Berliner Str. 11, Osten, Koppenstr. 18.
Jacob, Oskar, Schönh.-Allee 104.

Berl. Hut-Centrale „Rosentalertor" Weinbergsweg 27

Hut-Engr.-Lager, Boxh., Gärtnerst. 34.
Huthaus Monopol Müllerstraße 166.
A. Lemaitre, Wilmsdrf., Berlinerst. 132.
Rieck, Em. Badstr. 64, Gerichtstr. 81.

Vereinigte Hutcompagnie

Turmstr. 61	Große Frankfurter Str. 120
Dresdenerst. 135	Frankfurter Allee 184
Wilmersdorfer-Str. 124	Schönbg., Hauptstr. 22

Leser dieser Zeitung 5% in bar.

Orgast-Hüte, Markgrafendamm 1 Alt-Boxhagen 24
Mütz.-Moldenhauer, Bustiesst. 15, I.
Schoerr, Herm., Wilmersd.-St. 46.
Vester, E. Kottbuser-Damm 18/19.
Weiner, H., Greifswalderstr. 32.
Wirtschafter Nchf., Brunnenst. 187.

Zum Hutwinkel
S. Kohls, Chausseestr. 85.

Kaffee-Spezialgesch.

Oskar Krösche Schönhauser Allee 70d.

Rauers Mischungen
werd. v. sparsam. Hausfrauen bevorzugt!
Nur C 54 Neue Schönhauserstr. 3

Kaffee-Surrogate

Otto Goetze, Kottbuserdamm 16/17 Hof.

Kaufhäuser

Z. Alexander & Co., Badstr. 55.
Hermann Bernhard Hermann-Platz 3.
B. Hennig & Co. Landsberger-Allee 29.
C. Kurtzahn Ob. Schöneweide Putz- und Modew.
Alfr. Hirschner Grunewaldstr. 78, Ecke Akazienstr.
H. Weiß & Co., Friedrichshagen.

Kohlen, Koks, Briketts

Ferd. Gräning
Jungstr. 11. Teleph. VII 7924

J. Mannheim. Filialen im Osten.
W. Pieper Hochmeisterst. 12
Siemon, A. R., Kohlenhf. Wedding
Karl Werner, Neuk. Göthestr. 10

Kolonialwaren

Abend, R., Rummbg., Sonntagstr. 4.
Heinrich Arndt, Fennstr. 49.
Theodor Anthofner, Solmsstr. 23.
Babel & Hauke, Wilsnackerstr. 47.
G. Bärend, Schöneberg, Colonnenstr. 8.
Gustav Behrens Akazienstr. 8, Hauptstr. 130.
Bennewitz, Fr., Buchholz, Berlinerst. 40
Bruno Block, Nonnendamm.
Alex Borgmann, Jagowstr. 16.
Braun, H., Nklln., Friedlandjerstr. 23.
E. Bresslolt, Friedrichsbg. Scharnweberstr 5
Budach, Franz, O., Goßlerstr. 23.
Georg Burow, Stromstraße 39.
Joh. Ciecior, Neue Hochstr. 32/34
R. Ehrig, Liebenwalderstr. 47.
Arthur Enke, Amsterdamerst. 10
A. Fiedler, Köpenick, Müggelh. St. 41.
L. Friedrich, Mariendorf, Bergst. 15

Reik
Neukölln
Filialen in allen Stadtteilen.

Fritz Gesull, Beusselstr. 79.
H. Goerlich, Reinickendf., Provinzstr. 54.
Hermann Gensch, Adalbertstr. 12.
Goetsch, Ernst Dolzigerstr. 14.
Hohenkamp & Neumann Crossenerstr. 18.
Kopernikusstr. 19. Niederbarnimstr. 16.
P. Löck, Breslauer St. 4, Madaist. 15
Max Hanheiser, Gőbenstr. 16
Albert Haube, Dunkerstr. 83.
Heinicke, Wilh., Markgrafend. 27.
Heinrich, R. Hermannstr. 59/60, Bergstr. 144, Kais.-Fried.-St. 248
Fritz Hübner, Schliemannstr. 11.
Paul Imhoff, Ramlerstr. 19.

Kakao-Würfel
„Sarotti"
5 Pfg.
überall zu haben

Willy Knobe Pallisaden-Str. 97.
Kohle, W., Lichtenberg, Hagenstr. 58.
Kraatz, Georg, Schönholzerstr. 11.
Kramer, Rich., O, Kroprinzenstr. 37/38
Kühn, Oswald, Müllerstr. 131.
Lange, H., Neukölln, Walterstr. 16.
G. L. Liese, Cöpenick, Schloßstr. 8.
Lips, Chamissoplatz 8
Herm. Loewe, Tegel, Berlinerstr. 12.
Lossier, G., Warschauer Str. 4.
Luckner, Felix, Nklln., Weichselst. 7
Karl Mercier, Huttenst. 3
Michaelis, Paul 5 Geschäfte im Nord-Berlin.
Mewes, Adolf, Warschauerstr. 56.
Max Moysich, Wilhelmshav. St. 46.
Paul Mulack, Mariannenstr. 8.
H. Müller Gebe auf War. 5% R. Tegelerst. 1 II 7002.
Müller, G. Kottbuser Damm 31 Herm. St. 155, Kaiserbeckstr. 13
A. Plaacke, Oderberger Str. 56.
Priebe, E., Boxhag.-Chaussee 22.
R. Puhlmann, Woldenbergerst. 33
Carl Quast, Prinzen-Allee 15.
A. Ramhold, Prinzen-Allee 18.
Carl Robra, Langhansstr. 48 u. 148.
Willy Rohne Möckernstr. 84a, Kreuzbergstr. 36.
Runge, Otto, Nklln., Hermannst 55.
A. Sägebarth, Fehrbelliner Str. 24.
Schäfer, H., Neue Hochstr. 5.
Schneider, F., Nklln. Kaiser-Fried. St. 78
Scheffler, Carl, Badstr. 16.
Fritz Scheel, Schwedterstr. 47.
Schlenther, Emil, Huttenstr. 7.
Gg. Feist, Nkl., Weserstr. 4.
Wilh. Schröder, Schönholzerstr. 22
Wilh. Schulze, Rl., Bergstr. 95.
Joh. Schulze Lausitzerstr. 5-6 Waldemarst. 43a
Rudolf Spremberg, Wörtherstr. 1.
P. Simund, Nklln., Ziethenstr. 46.
Wilh. Thomas, Reinickend.-Str. 54.
Otto Tück, Gubenerstr. 11.
Ulbrich, F., Nklln., Wathestr. 13 u. 69
Fritz Welzel Alte Jacobstr. 133 Lindenstr. 77 Junkerstr. 14.
Ernst Wilde, Bastianstr. 1.
Wernicke, Ober-Schöneweide.

Fortsetzung siehe nächste Seite

Fortsetzung des Bezugsquellen-Verzeichnisses.

Korbwar., Kinderwag.

Metzners Filiale Beusselstr. 47.

Krankenbedarfsartik.

Fischer, Wilh., N, Swinemünd.-St. 114
Lange, A. E., Brunnenstr. 167.

Lederwaren

Augermeier, Nonnendamm 30 E. Wilmersdf.
Hermann Callies Grüner Weg 100
Carl Fessel Nachflg., Gr. Frankf.-St. 135.
Spez. Tasch., Mappen, Portemonnaies usw.
R. Genehr, Rummelsburg, Schillerstr. 31.
Wilh. Langner, Rixdorf, Bergstr. 57.
Koffer-Schulze Wilmersdorf. St. 125
Richard Kurtzke Kottbuser-Damm 8.
Otto Pahnitz Wienerstr. 14 Eig. Werkst. i. Hause
Taschen-Müller Schöneberg, Kolonnenstr. 64.
Rob. Voigt, Baumschulstr. 87. Eig. Fabr.

Lehranstalten

Zuschneide-Schule des Deutsch. Zuschneider-Verbandes, e. V., BERLIN, Mauerstr. 86/88, T. I 3401.
Wiener Zuschneide-Lehranstalt
J. Kumpan Friedrich-Str. 15.
Rudolf Maurer
Friedrichstr. 65a, Ecke Mohrenstr.
Zuschneide-Akademie A. Gorski, Alte Jakobstr. 45.
Strahlendorffs Handels-Akademie. Beuthst. 10 u. 11, I., II., III. Etage Größtes Institut Berlins Ausführl. Lehrpläne umsonst.

Manufakturwaren

Grünberg Nachf. M., Petersb.-St. 39 Modewarenh.

Linoleum u. Wachst.

Häntsch Weißensee, Berliner-Allee 228, Tapeten.

Mehlhandlungen

W. Bachmann, Charl., Nehringst. 15.
Bethke, Georg, Muskauerstraße 44.
Rixd., Elbest. 33, Kais.-Friedr.-St. 64
Weserstr. 189, Friedelstr. 52
Treptow, Grätz-Straße 64.
Bordasch G., Nklln., Kais.-Frd.-St. 39
C. Bosse, Reinickendorferstr. 29.
Jul. Conrad, Rheinsbergerstr. 44.
Bernhard Danne, Kastanienall. 50-51.
C. E. Fink, N, Pankstr. 92.
Halff, Herm., Nklln. Hermannst. 227
Frese, Ernst 5 Geschäfte im SO.
Gaege, Otto Charlottenburg.
Paul Gaege, Spandau.

Jos. Hauke Mehl- u. Kolonialw. Bergmannstr. 95.
Hoerma, H., Nkln., Hermannst. 172
Heinrich, R. Hermannstr. 59/60, Bergstr. 144, Kais.-Fried.-St. 246
Karl Huhn, Schererstr. 9.
Korn, Hugo Wrangel-Str. 117.
A. Kohbelt Invalidst. 128, T. A. Nord 8363 vis-a-vis Stettin. Hauptbahnh.
B. Krüger, Schöneb., Hauptstr. 153
Lenz & Jagmann, Winsstr. 53, Posenerstr. 15, Stralauer-Allee 18
Lüdtke, H., Fruchtstr. 67.
Gus. Meyer, Reinik.-St. 19, Willst.-St. 1.
C. Neugebauer Ober-Schöneweide
Nietsch & Rabsahl, Carmen-Silvastr. 155
Otto Nowack Nachfol. Spandau.
F. Pflugmacher, Colonnenstr. 48.
Jul. Penner Greifswalderstr. 11, vis a vis Lippehnerst.
P. Rentner Mansteinstr. 17, Steinmetzstr. 27
Schleinitz, A. Mariannenstr. 14. Marktk., Marheinekepl. Marktk., Dorotheenpl.
Schneider, Emil Reichenbergerstr. 38
Walter Seidel, Beusselstr. 56.
Thieke, Nachf., Prinzenstr. 10.
E. Wendler, Reinickendorferst. 64
B. Zyczynski, Nkölln, Fuldastr. 59.

Möbelmagazine

Gustav Böse Tischlermstr., Louisen-Ufer 22, am Oranienplatz.
Berliner Möbelhalle „Norden“ Ackerstr. 126 a. Invalidenst. 118.
Daehne, F., Ri., Neue Jonasstr. 36.
A. Dohmann, Stromstr. 44.
Wilh. Gabbert, Brunnen-Str. 182.
Geppert, Paul, Zossenerstr. 32.
Gericke, Fritz, Müllerstr. 145.
Gleiser, A., Alexand.-straße 42.
H. Gebert, Birkenstr. 44 Möbel-Fabrik.
K. Grossmann Barbarossa-Str. 5.
G. Hacke, Wilhelmshavenerstr. 30.
Wilh. Hamann Schönhauser-Allee 42.
Harnack Stallschreiberstr. 57, Bar- und Teilzahlung. Verkauf i. Fabrikgeb.
Hopp, Jul., Brunnenstr. 133.
König, A., Nkln., Berlinerstr. 102.
Herm. Kogel Neukölln, Hermannstr. 12.
Küchenmöbel Berliner Küchenmöbel-Fabrik Neue Königst. 31-32, T. VII 4746
Lüdecke, Kottbuser Damm 83/85
Lange, Max Schwedter St. 2.. a. d. Kast. Allee.
L. Lazarus, Petersburger Str. 62.
Misch Siegmund Dresd.-St. 16 auch Teilzahlg.
Möbel-Gelegenheit
Anklam, Charlottbg., Wallstr. 89.
Möbel Karras Waldemarstraße 11a. 54.
Hugo Moh, W. 57, Potsdamerstr. 32a.

Möbelhaus Kastanienallee 40. Fabrikgeb. gegr. 1884. Teilzahlungen gestattet.
Lüddecke, R., Nkln. Bergstr 4.
F. Neumann Charlottenburg. Kaiser Friedrichstr. 100-1
Rebsch, E., Spandau.
Emil Rufiar Tischler-Innungsmeister Prinzenstr. 34
C. Reiber Nachf., Veteranenst. 21.
Schmidt, Otto Möbelfabrik Gartenst. 32.
Siebeky, W. Gneisenaustr. 18 eig. Tischl.-Tape.-Wkst.
A. Schuster, Ob. Schöneweide, Edisonst. 59
Schwanke, Rixdf., Hermannstr. 229
Steinemann, Waldemarstraße 77, Ecke Manteuffelstr.
Herm. Wendland Reinickend.-Straße 114.

Möbel-Transport

P. Enders, Sachsenst. 7a, T. Krfst. 4136.
Robert Frenzel, Cöpenickerstr. 102.
Krüger, Reichenb. St. 16 Tel. Mpl. 6367
J. Lange Ritterstr. 96, IV., 4128 Billigste Preisberechng
Paul Schur, G.m.b.H. Dirksenstr. Bg. 83.

Molkereien

Molkerei „Nord-West“ Bremerstr. 59 Bredowstr. 39
Milchkuranstalt am Viktoriapark
Kreuzbergstr. 27-28, T. A. VI. 1070
Kinder- und Kurmilch.
Molk. Strehl Treskowst., Neukölln Hermannst. 110 E. Siegfr. St.
G. Gollsch, Prinzenst. 25 E. Hammelst.
Milch Schmidt
Neukölln
Hermannstr. 33, Hermannstr. 95-96.
J. Reich, Birkenstr. 32. Zwinglistr. 33
„Schweizerhof“, Meierei und Milchkuranstalt. Emdener Str. 46. :: Tel. II 2565.

Musikalien

Niemeyer, Brückenst. 1, Köpenickerst. 76
Scholz Frankfurter-Allee 73b Frankf.-Chaussee 115.

Musikinstrumente

Kirst, Rich., Brunnenstr. 48.
Plato & Co., Köpenickerst. 105/6.
Lorenz Rahmel, Oranienstr. 181
Lorbeer, Müllerstr. 14.
Musik-Haus Menzenbauer Größtes Spezialgeschäft der Branche. Spittelmarkt 14a.
Reetz, Spandau, Havelstr. 21.
Schnötke, Otto, Nklln. Richardstr. 115

Nähmaschinen

Bellmann, E., Gollnowstr. 30. Waschmasch.
Charlottenburg, Spandauerstr. 3 alle Systeme ohne Anzahlung.
Ferra Hermannstr. 177. Kottbuser Damm 33.
Pfaff bestes deutsches Fabrikat Steinhauer, Spandau.

Singer Nähmaschinen Läden in allen Stadtteilen.
Littauer, Vertr. Wilke, Nklln. Berlinerst. 84 Hermannst. 59/60.
F. W. Büttner, nur Manteuffel-Straße 109.
Afrana-Nähmaschinen G. A. Büttner, Andreasstr. 79, Petersburger-str. 87, Spandau, Schönwalderstr. 19.

Optiker

Bardorf, Moabit, Turmstr. 74.
Dase, Paul, N, Müllerstr. 174.
Groß, Paul, Warschauerstr. 66.
Hasler, Gollnowstr. 18. Kasseller.
Schubert, Carl, Nklln. Bergstr. 148
Wienstruck, Spandau, Potsdamerstr. 19.

Papier- u. Schreibw.

O. Prochnow, Nkln. Hermannstr. 89
Seidler, Louis, Nkln. Bergstr. 43.

Pfandleihen

Rixd. Pfandleihe Neukölln nur Bergst. 58
Spottbilliger Bettenverkauf, Hochmoderne Herrengard. Uhrenverk. Schmucksach. etc.
E. Kron, Köpenickerstr. 83a, I.
Langer, Wrangelstr. 92, Billiger Verkauf.
Schmidt, Fennstr. 3
E. Senftleben, Kottb.-Damm 28. I.

Photogr. Apparate

M. Albrecht SO. Kottbuserstr. 3 auch Gelegenheitskäufe
Hugo Schultz Müllerstrasse 166 a Eig. Artikel 6% Gelegenheitskäufe
Zaremba, Weinbergsweg 1. T. Nrd. 8033

Putz- u. Modewaren

M. Haase Nklln., Bergstr. 1 Putzgeschäft
Bertha Mierzwa Frankfurter Allee 65 Spezialhaus für Damenhüte.
Peters Spezialhs. f. Damenhüte Ll. Frankf.-Chauss. 152a Liefr. d. Konsumgenossenschft.

Puppen

P. R. Zierow, Schönhauser Allee 179

Resterhandlungen

Luise Frömel, Greifswalderstr. 199.
Carl Joch, NO, Palisadenstr. 97.
Pauline Preissing, Reinickendorferst. 13, I.

Schuhwaren, Schuhm.

Ernst Adam, Friedrichshagen.
Anhalt, E., Andreasstr. 13.
Baumgart, H., Manteuffelstr. 28.
Damaschke, Invalidenstr. 144.
J. Denzig Nchf., Chausseestr. 26
Eilers, Anhaltstr. 4, Lindenstr. 112.
Engel, W., Reinickendorferstr. 93
Osk. Engler, Swinemünderstr. 63.
Osw. Fabian, Köpenick, Kietzerstr. 1.
Fleer, Friedr., Sparr-Str. 17.
Formanowitz, Yorckstr. 53 (10% Rab.)
D. Ganz, Nklln., Hermannstr. 198
Tipp-Topp Leser d. Ztg. 5% Rabatt Ostermann, Goltz-Str. 41.
Otto Grätsch, Chausseestr. 13a. 67.
Goldmann, Spandau, Schönwalderst. 84.
R. Hagemann, Kastanien-Allee 4. 5% R.
Heinrich, Johann, Petersb.-Str. 36.
H. Jetzlaff, Badstr. 54.
Rich. Kuhn Frankf. Allee 112a Schönh. Allee 86 I Eingang Verkauf z. Engrospreisen. Leser d. Zeitung 5% Rabatt
C. Kühn Bergstr. 52. Hermannst. 163
Herm. Kärmer, Cöpenick.
Paul Lehmann, Friedrichshagen.
Ernst Müller, Teltowerstr. 59.
Nehring Charlbg. Kais.-Augusta-Allee 30
C. Neumann, Falkensteinstr. 37.
Petersohn, Osk., Müllerstr. 155.
Plaumann, Jagowstr. 20, 5%.
Schmidt, Gebr., Pennstr. 59.
Schuhwarenhaus des Westens Yorkst. 46.
Schuhwarenhaus Kottbuser Damm 12a 1 Trepp. Vertr. M. Stein
Fritz Schlott, Moabit, Waldstr. 34.
Schwersenzer, Turmstraße 48.
Alb. Seeger, Ww., Lortzingstr. 6
Sommer, Wilh., N, Schönh.-Allee 83.
A. Trettin, Friedrichshag., Friedrichstr. 22.
Witt, Spand., Neuendorferstr 99.

Schirme u. Stöcke

Girod, F., Spandau, Potsd. Str. 19.
Herrmann, Lychenerst. 5 Eig. Fabrikate.
Jähnichen, Nklln., Kais. Friedr.-Str. 18
M. Lercha, Schöneberg, Kolonnenstr. 63
A. Rieke, Badstr. 11, Bezüge billigst
Herm. Rosenky, W. Mansteinstr. 4.
G. Schleussner, Warschauerst. 86.

Seifen

Heidke, Paul, Burgsdorfstr. 13.

Teppiche u. Gardinen

Gardinenh. Bernhard Schwarz Berlin, Wallstr. 13 (dreizehn).
J. A. Schulz Weinbergs-Weg 10 I.

Trauer-Magazin

Westmann
Mohrenstr. 37a. Gr. Frkf Str. 118.

Uhren u. Goldwaren

Oscar Aldag, Charl. Krummest. 29.
J. Behrendt, Wrangelstr. 52.
Otto Bickel, Charlottenburg 2. Kantstr. 144.
Gustav Schoder Fabrik moderner Goldw. u. Uhren Hauptgesch. S. 42, Oranienst. 155/56 I. Filiale W. 30. Lützowstr. 30. II. „ Schöneberg, Hauptst. 142
Otto Brauer, Müllerstr. 164.
Charlottenburg Spandauerst. 32 R. L. Hirsch, fr. Treskow
Max Eisermann, Charl., Nehringstr. 18.
Brüggemann, Reinickendorferstr. 24.
Bürger, Jul., Müllerstr. 6.
Max Busse Brunnenstr. 175/177.
W. Elsolt, Charl., Wilmersdorferstr. 111.
Ellinghausen, Gebr., Grüner Weg 44.
Fenske, S., Kottbusserdamm 96
P. Fischer, SO., Michaelkirchstr. 8
J. Gebhardt Charlottenburg Berlinerstr. 124.
George, Adolph, Badstr. 65.
Ernst Gräber, Brunnenstr. 78.
M. Graupner Bülowstr. 57, Lief. d. Konsum-Gen., Berlin u. Um.
H. Kammler, Charl., Krummestr. 3.
M. Kariol Brunnenstr. 118.
Kolebusch, W., Frft. Chaussee 61
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40.
Lehmann, Wilh., Kottb. Damm 23.
Lüders, H., Schöneberg, Kolonnenstr. 51.
Nolte, K., Simon-Dachstr. 13.
Rudolf Plunz, Brunnenstr. 112. Brunnenstr. 81
Quitzow, Joh., Müllerstr. 1a.
Emil Quade Schöneberg, Hauptstr. 148.
G. Scharnow, Oranienstr. 45.
Carl Schlewinsky, Koppenstr. 4.
R. Schmelz, Reichenbergerstr. 143
Willy Schmidt, Friedenau, Rheinstr. 23.
Gustav Scholz Schöneberg Hauptstr. 155.
Schönemann, G., Nkln., Berl.-St. 73
F. Schönwitz, Berl. O., Gesslerstr. 27
W. Schultz Reinickend., Neue Bahnhofstr. 32
Schumacher, O., Tegel, Berl.-St. 8a.
Schulz, Osw., Frankf. Allee 24.
Max Storch, Elbingerstr. 100.
M. Tomschna Nchf., Brückenstr. 18.
Paul Trenk, Charl., Spand.-Str. 32.
A. Trenner, Wilhelmsruh, Hauptstr. 12.
Truxa, W., Frankft. Allee 185.
Uhren-Klinik, Brunnen- E. Bernauerst.
Wittig, Ad., Neukölln, Berlinerstr. 44.

Versicherungen

„Deutschland“ Berlin Arbeiterversicherung — Schützen-Sterbekassenversicherg. straße 3.
„Friedrich Wilhelm“ Berlin W8, Behrenstr 58—61 Lebens-, Sterbekassen- u. Arbeiterversichg. Mit u. ohne ärztl. Untersuchung Jahres-, Monats-, Wochenbeiträge
„Iduna“ zu Halle a. S. Berlin, Charlottenstr. 82 Volks- und Lebensversicherung.

Warenhäuser

Warenhaus M. Hirsch Spandau
Wilh. Herm. Lesser Kaiserst. 54 Schöneberg Kaiserst. 54 Bei jedem Einkauf Rabattm.

Weine, Liköre u. Fruchtsäfte

Hugo Boling 60 Filialen in allen Stadtteilen.
Eilem. Welye, Likörfabr., Gerichtstr. 18
Ignatz Sello Brunnenstr. 16 und Filialen. Einzelverk. z. Engr.-Preis
Bettinger, E., Wald-Ecke, Wiclefstr
Großd. „Zur Sonne“, P. Freudenberg Herm., Neukölln, Hermannplatz.
Conrad Großdestillation Oranienstr. 207

Waschmittel

Verlangen Sie „Edelweiß“ Krone aller Waschmittel.

Weiß-, Wollw., Trikot.

Ahlscher, Gust., Chorinerstr. 75.
H. Barts, Schönhauser Allee 107.
Bredow, Otto, Nkln. Hermannst. 56
Carl Braun Kottbuser-Damm 5.
M. Gardels Beusselstraße 78 Tauroggenerst. 10
Georgi, Ernst Kraut Str. 51a.
Hoffmann, Carmen Sylvastr. 6
Hoppe, E., Scharnweberstr. 52.
Julius John Lortzingstr. 9. Dunkerstr. 1.
Jonas, Hermann Küstrin.-Pl. 1. Jaketts, Bettfed.
Juncker, H. Neukölln Hermannstr. 172.
Carl Klein, Höchstestr. 16, N.O. 18.
Robert Kutsche, Gubenerstr. 56.
A. Kaesler, Caprivistr. 8.
Ch. Loewy, Nkln., Bergst. 52/53 vis-a-vis der Kirche.
Meyer, Bernauerst. 12, (Arbeiterhemden)
Nachmann, Müllerstr. 131a, Kons.-Lief.
Fr. Ollwetzki, Alte Jakobstr. 117.
Schaefer, Hussitenstr. 43.
Schrom, Lina, Mirbachstr. 31.
Otto Seelisch, Kochhanstr. 8.
Hermann Meyer, Schivelbeinerst. 21.
J. Stein Reinickendf. W. Scharnweberst. 118
Ad. Schäfer Nchf. SO. Admiralstr. 4.
L. Schneider, Weberstr. 61.
A. Tschaege Elisabethkirchstr. 13 Wäsche, Bettfedern.
Thurow, O., Charlbg., Cauerstr. 14
L. Vierarm, Zionskirchstr. 34.
E. Voigt, Reinickendorf, Amendestr. 101.
Albert Vogt Urbanstr. — 31. —

Wild u. Geflügel

Prima Legehühner sowie Bettfedern: Geflügel-Importhaus Neukölln, Knesebeckstraße 105.
C. Dittmann Neukölln Berliner Str. 41.
P. Hildebrandt Brunnen-Straße 122.
Schmidt, E., Spandau, Havelst. 19
Zastrow, Landsberger-Allee 147. Fuchs.

Zahn-Atelier

E. Bade, N. Schönhauser Allee 43, I.
Hollbruch, Herm., Pankst. 5, gegr. 1871
Heröd, H., Elsässerst. 97, a. Rosenthal. Pl.
Jordan, Alfr., Pennstr. 81, gegr. 1888.
Körber, O., Mariendorf, Chausseestr. 106
H. Lindeke, Warschauerstr. 80.
M. Rasenke, Birkenstr. 22.
Witte, Max Muskauerstr. 18 Ecke Manteuffelstr.

Salem Aleikum
Salem Gold
(Goldmundstück)
Cigarette
Etwas für Sie!
No 3½ 4 5 Luxus 6 8 10
3½ 4 5 Qualitäten 6 8 10 Pfg. d. Stck.
Oriental. Tabak- u. Cigaretten-Fabrik Yenidze, Dresden
Inh. Hugo Zietz, Hoflieferant S. M. d. Königs v. Sachsen

Worin unterscheidet sich mein Möbelabzahlungs-Vertrag von anderen?

Möbel
Sie können für die Hälfte der jeweilig gezahlten Ratensumme Möbel als Eigentum beanspruchen
Sie können also nie das ganze gezahlte Geld verlieren!
Spezialhaus für neuzeitliche Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen
SIEGMUND MISCH
Dresdenerstr. 16
Solide Preise • Mässige Anzahlungen Langjährige Garantie.

Bei akuten und chronischen Durchfällen der Kinder und Erwachsenen hat sich „Kufeke“ als leicht verdauliche, die Ernährung regelnde Kost seit Jahrzehnten glänzend bewährt, denn es führt dem Körper die nötigen Nährstoffe zu, ohne Magen und Darm von neuem zu reizen.

Servus
mit Dosenöffner
bester Schuhputz
Ueberall zu haben in großen Dosen à 20 Pf.
Fabrikanten: Lubszynski & Co., G. m. b. H., Berlin-Lichtenberg.

Rosenthaler Hof
Rosenthaler Str. 11/12. Inh. Otto Schilling. Telephon: Amt N. 2438.
Sämtliche Räume renoviert.
9 Vereinszimmer, Kegelbahn, 3 Säle mit Bühne bis 400 Personen, noch einige Sonnabende und Sonntage frei. 87762

Otavistr. 39—32 Querstraße an der Müllerstraße 113
1- bis 2-Zimmer-Wohnungen mit und ohne Bad, mit Warmwasser-Versorgung. elektr. Nachtbeleuchtung, vorn und Gartenhaus, in neuen trockenen Häusern sofort billig zu vermieten. Zu erfragen Nr. 37 beim Verwalter Meyer.

Ohne Anzahlung
liefere an jedermann
Möbel auf Kredit
bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung und bequemster Abzahlung
komplette Wohnungs-Einrichtungen
sowie einzelne
Möbelstücke, Polsterwaren, farbige Küchen
Portieren, Teppiche, Gardinen, Leib- u. Bettwäsche, Steppdecken, Betten, Kronen, Pelzgarnituren
Garderobe für Herren, Damen u. Kinder
Grösste Auswahl neuester Fassons
S. DORN Weinmeisterstr. 9 Ecke Alte Schönhauser Strasse
Sonntag von 8—10 geöffnet.

Idealbrikett der Zukunft
Michel
Großes 7" Format, frei Gelass jeder Etage, M. 8,25 pro 1000, ersten Senftenberger Marken voll gleichwertig.
Michel-Vertrieb
Neukölln, Bergstraße 110.
Telephon 1610.

Große helle Fabrikräume mit allem Komfort, Doppellicht, Fahrstuhl, elektr. Licht u. Kraft, Zentralheizung etc. umständehalber billig zu vermieten Neue Hochstr. 20.
Auskunft b. Verw. o. b. Eigentümer Marcus, Charlottenburg, Bismarck-Str. 105.

Haben Sie Stoff? ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maass, schick, dauerh. Zutaten von 25 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 8, II. (Stadtb. Börs.)

Schallplatten Verleih-Institut.
Auch nach auswärts. Prospekt gratis.
Karl Borbs, Berlin 31
Neue Königstrasse 38.

Gneisenaustraße 10,
S. Grau, billigste u. beste Bezugsquelle für
Möbel jeder Art.
Kassa und Teilzahlung.

Nähmaschinen!
Früher 160, jetzt 70 M. bar, fast neu. Beste Fabrikate auf Abzahlung. Bei Barzahl. hoh. Rab.
Deussen & Co., Mauerstraße 86. (Kein Laden.)

Vorjährige
feinste Anzüge, Paletots, schicke Ulster, Gehrockanzüge Smokings auf Seide 30—70 M.
Versandhaus Germania
21. Unter den Linden 21.
Sonntags nur von 8—10 geöffnet.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Zum Oktoberumzug.

Alle diejenigen Abonnenten unseres Blattes, die zum Oktober ihre Wohnung wechseln, werden gebeten, dies unserer Hauptexpedition oder der zuständigen Filiale mitzuteilen, damit unliebsame Unterbrechungen in der Zustellung der Zeitung vermieden werden. Mündliche Umzugsmeldungen an die Botenfrauen sind deswegen nicht angebracht, weil durch die mündliche Uebermittelung oft Irrtümer herbeigeführt werden. Es empfiehlt sich daher, daß die Abonnenten dem zuständigen Spediteur oder der Hauptexpedition den Umzugszettel vollständig ausgefüllt und mit deutlicher Namensunterschrift zugehen lassen.

Partei-Angelegenheiten.

Lankwitz. Heute Mittwoch: Mitgliederversammlung bei Schulz, Mühlenstr. 21, Bericht vom Parteitag.

Mariendorf. Die Frauen Mariendorfs beteiligen sich an der heute, abends 8 Uhr, in Tempelhof, Berliner Str. 9, im Wilhelmsgarten stattfindenden Protestversammlung gegen die Teuerung.

Zossen. Am Donnerstag, abends 8½ Uhr, bei Kurzner: Wahlvereinsversammlung Tagesordnung: Bericht vom Parteitage.
Der Vorstand.

Oranienburg. Heute Mittwoch, abends 8½ Uhr, findet im Lokale Waldhaus Sandhausen, Schützenstr. 34, ein Extra-Zahlabend für sämtliche Gruppen statt. Tagesordnung: Bericht von der letzten Stadtverordnetensitzung. Parteiangelegenheiten.
Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Eine Teuerungsstiftung,

aus der in Jahren ärgsten Notstandes den Bedrängten ein bißchen geholfen werden soll, wird manchem als ein ganz neuer Einfall erscheinen. Man muß zugeben, daß er nicht schlecht hineinpassen würde in unsere Zeit, in der an so vielen Uebeln und Gebrechen des Gesellschaftskörpers immer noch mit Quacksalbereien aller Art herumkuriert wird. Warum soll nicht, wo immer wieder noch das „warme Herz der Wohltäter“ als die Hauptwaffe im Kampf gegen jegliches Elend gepriesen wird, auch gegen die Teuerung das kleine Mittelchen der Bettelsuppen probiert werden? Doch die Idee ist gar nicht neu, sondern schon ziemlich alt. Wie ja überhaupt der Wahn, durch Wohltätigkeit eine weit verbreitete Not bekämpfen zu können, nur als ein Erbstück vergangener Zeiten auf uns gekommen ist. Schon lange besteht in Berlin eine Teuerungsstiftung, die den Notstand, wenn er wieder mal bis zum Unerträglichen sich gesteigert hat, zu lindern versuchen soll. Wir bezweifeln freilich, daß von ihrem Wirken oder auch nur von der Existenz dieser in ihren Anfängen bis auf die Mitte des vorigen Jahrhunderts zurückzuführenden Stiftung viele etwas wissen werden.

Ursprünglich war die Stiftung ein Verein, und als solcher könnte sie auch heute noch erscheinen, wenn man den Wortlaut ihres Statuts gelten lassen will. Als in den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts die unbemittelten Bevölkerungsschichten unter einer langdauernden Teuerung seufzten, wurde in Berlin im November 1855 ein „Verein zur Beschaffung wohlfeiler Nahrungsmittel für die bedürftigen Bewohner Berlins“ gegründet. Aus Mitteln, die durch freiwillige Spenden zusammenkamen, wurden noch in demselben Winter sechzehn über die ganze Stadt verteilte Volksküchen eröffnet. Sie waren von Ende Dezember 1855 bis Mitte April 1856 in Betrieb und gaben für 1½ Silbergroschen eine Portion Essen, das aus Suppe und Fleisch bestand. Nebenbei bemerkt: man wolle diese Küchen nicht verwechseln mit dem bekannten Unternehmen der Frau Lina Morgenstern, die in Berlin im Jahre 1866, vielleicht angeregt durch den Versuch jenes Vereins von 1855, ihre Volksküchen aufmachte und dann Jahrzehnte hindurch sie zu halten sich bemüht hat. Die Volksküchen von 1855 wurden im Frühjahr 1856 geschlossen und haben nachher ihren Betrieb niemals wieder aufgenommen, der Verein aber bestand weiter, um nötigenfalls seine Tätigkeit fortsetzen zu können. Er hatte eine Einnahme von 58 699 Talern gehabt und 45 963 Taler ausgegeben, so daß ihm noch 12 736 Taler blieben, die er zunächst zinstragend anlegte. Im Jahre 1859 entschloß er sich zur Fortsetzung seiner Tätigkeit, doch kam es auch jetzt nicht zu einer Wiedereröffnung der Küchen. Nachdem der Verein durch das Statut vom November 1860 seine Ziele festgelegt hatte, gab er im Juli 1861 sein Vermögen der Stadt in Verwahrung, hielt aber weiter daran fest, daß er sich nicht auflösen wolle. Seitdem hat der Magistrat dieses Vermögen als einen Wohltätigkeitsfonds geführt, und heute zählt er ihn zu den von der Stadt zu verwaltenden „Stiftungen“, obwohl der „Verein“ formell noch heute besteht und beispielsweise noch im Jahre 1905 seine Statuten geändert hat.

Man wird fragen, was denn nun in den seit 1861 verflossenen vier Jahrzehnten getan worden ist, um die Gelder des Fonds gemäß ihrer Zweckbestimmung zu verwenden. Der § 2 des Statuts sagt, die Bestrebungen des Vereins seien darauf gerichtet, zu geeigneter Zeit durch Anschaffung eines nahrhaften und wohlfeilen Brotes sowie durch Herstellung billiger Suppen in den hierzu in den verschiedenen Teilen der Stadt zu errichtenden Speiseküchen denjenigen Personen zu helfen, die durch die Ungunst der Verhältnisse und Zeiten in die Lage kommen könnten, bei dem redlichsten Willen und bei allem Fleiß zeitweise die öffentliche Fürsorge in Anspruch nehmen zu müssen. An der Wiederkehr „geeigneter Zeiten“, etwas zur „Beschaffung wohlfeiler Nahrungsmittel für die bedürftigen Bewohner Berlins“ zu tun, hat es in den letzten vierzig Jahren wirklich nicht gefehlt. Und auch jetzt leben wir wieder in einer Zeit, die nur zu sehr „geeignet“ ist, den notleidenden Bevölkerungsschichten einen Schrei nach Hilfe auszupressen. Aber vielleicht ist sogar im Kreise der Personen, die über den Fonds zu entscheiden haben, gegenüber den Notständen der letzten Jahrzehnte die Erkenntnis zum Durchbruch gelangt, wie lächerlich es wäre, hier von solchen Mitteln eine Wirkung zu erwarten. Es scheint übrigens, daß bei diesem wunderlichen Fonds die Stadtverwaltung gar nicht mal viel mitreden darf, weil ja formell immer noch ein „Verein“ dahinter steht. Besagtem „Verein“ anzugehören, sind berechtigt, die jeweiligen Inhaber der Aemter des Oberpräsidenten von Brandenburg, des Oberbürgermeisters von Berlin, des Vorstehers unserer Stadtverordnetenversammlung, des Vorstehers der Kaufmannschaftsältesten. Es soll, eventuell durch Zuwahl noch anderer Personen, dafür gesorgt werden, daß immer mindestens das Dutzend voll ist. Den Vorsitz soll der Oberpräsident führen, falls er Verlangen danach hat. Daß der „Verein“ zusammenberufen wird, um wieder mal „in Wirksamkeit zu treten“, kann unter anderem auch die Armendirektion beantragen, sobald sie das für wünschenswert hält. Nach § 4 des Statuts hängt aber vom „Verein“ die Bestimmung des Zeitpunktes ab, an dem über die Mittel des Fonds in der durch § 2 bezeichneten Weise — das würde heißen: zur Anschaffung nahrhaften und wohlfeilen Brotes und zur Herstellung billiger Suppen — verfügt werden soll. Bis jetzt ist das, wie schon gesagt, noch nicht wieder geschehen.

Wo aber ist das Geld geblieben, das in den vier Jahrzehnten aus dem Zinsertrag eingekommen ist? Dem Zweck des „Vereins“ sucht man jetzt dadurch gerecht zu werden, daß von Zeit zu Zeit an Vereine mit ähnlichen Zwecken eine Unterstützung gezahlt wird. Hierzu kann aber nur ein geringer Teil des ganzen Zinsertrages aufgewendet worden sein, der größere Teil ist offenbar dem Kapital zugeschlagen worden, das z. B. bis zum Jahre 1908 bereits auf 131 075 M. (gegenüber 38 208 M. im Jahre 1856) angewachsen war. Im Jahre 1908 hielt man auch wieder mal die Zeit für „geeignet“, aus den Zinsen der letzten Jahre 27 000 M. zu entnehmen und sie folgendermaßen zu verteilen: 4000 M. dem Verein zur Speisung armer Kinder und Notleidender, 5000 M. dem Verein der Armenspeisungsanstalten, 5000 M. dem Verein für häusliche Gesundheitspflege, 7500 M. dem Evangelisch-kirchlichen Hilfsverein, 1000 M. dem Verein für katholische Armenpflege, 2000 M. dem Verein für Hauspflege, 1500 M. dem Verein zur Unterstützung und Verpflegung armer Wöchnerinnen, 1000 M. dem Verein Berliner Volksküchen. Nicht alle der hier berücksichtigten Vereine wollen Zwecken dienen, die dem Zweck des Fonds ähnlich sind. Auffallen muß, daß auch der Evangelisch-kirchliche Hilfsverein diesen Vereinen zugezählt worden ist und sogar den höchsten Unterstützungsbetrag erhalten hat. Der Evangelisch-kirchliche Hilfsverein betreibt hauptsächlich die häusliche Krankenpflege in armen Familien, wobei aber auch Wert darauf gelegt wird, der Kirche manch verirrtes Schäflein wieder zuzuführen. Die dem Armen Entsagung predigende Kirche und alle, die ihr dienen, sind in dem Kampf gegen Teuerung und Notstand wirklich die allerungeeignetesten Bundesgenossen. Billiger noch und wohlfeiler als billiges Brot und wohlfeile Suppen sind Hinweise auf die Seligkeit im Jenseits. Aber satt wird man davon nicht.

Zur Fleischteuerung macht die Markthallen-Verwaltung der Stadt Berlin in ihrem Jahresbericht über das Etatsjahr 1911 (1. April 1911 bis 31. März 1912), den der Magistrat jetzt veröffentlicht, die folgenden, den Großhandel der Zentralmarkthallen betreffenden Mitteilungen:

„Der Fleischhandel mit Ausnahme des Schweinehandels hatte auch im Jahre 1911 mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Trotz der ziemlich günstigen Ernte in Futtergetreide, Heu und Hackfrüchten des Jahres 1910 war es der deutschen Landwirtschaft nicht gelungen, ihren nach der schlechten Heuernte des Jahres 1909 stark reduzierten Bestand an Rindern und Kälbern wieder voll zu ergänzen. Das war hinsichtlich der Rindviehzucht auch nicht erwartet worden, weil Rinder zu ihrer Entwickelung längere Zeit gebrauchen und die Züchter mit dem Verkauf aus diesem Grunde sehr zurückhalten mußten. Auch die Schafhaltung ist, wie seit Jahren, wieder zurückgegangen. Die Maul- und Klauenseuche, die in vielen Teilen des Reiches herrschte, ist auf die Versorgung Berlins mit Fleisch nicht ohne Einfluß geblieben. Durch die wiederholten Sperren der Schlachtviehmärkte wurde die Bewegungsfreiheit des Handels erheblich gestört und geschädigt. Die Zufuhren zum Berliner Markt waren unter diesen Umständen geringer als im Vorjahre und die Preise, die schon seit Jahren gestiegen sind, noch höher. Günstiger lagen die Verhältnisse auf dem Schweinemarkt. Die im vorigen Jahre ausgesprochene Vermutung, daß die Schweineproduktion wachsen werde, hat sich voll bestätigt. Bis in den Herbst hinein kam gut gemästete Ware in großer Menge auf den Markt, so daß der Bedarf hinreichend gedeckt werden konnte. Die Einfuhr von ausländischem Futtergetreide hat die Aufzucht von Schweinen unterstützt und gefördert. Die Preise für Schweinefleisch, die schon gegen Ende des Vorjahres gesunken waren, sind denn auch bei dem reichlichen Angebot noch weiter zurückgegangen. Dasselbe gilt von den Schafen.“

Der Bericht hebt noch hervor, daß aus dem Ausland den Zentralmarkthallen nur dänisches und schwedisches Fleisch zugeführt wurde. Auch dänisches Fleisch habe stark im Preise angezogen; schwedisches sei nur an fünf Tagen am Markt gewesen.

Nach den Notierungen im amtlichen Marktbericht der Markthallenverwaltung ergaben sich für die letzten drei Etatsjahre im Großhandel folgende Jahresdurchschnittspreise in Mark pro 50 Kilogramm:

	1911	1910	1909
Rindfleisch, Ochsen, 1. Qualität	80,7	76,6	69,9
„ 2. „	72,8	71,8	63,8
„ 3. „	65,6	65,1	58,1
Bullen, 1. „	73,7	71,4	63,3
„ 2. „	63,1	62,8	52,1
Kühe, fett	60,9	60,4	51,4
„ mager	54,9	52,6	41,5
Fresser	62,3	59,5	48,8
Kalbfleisch, Doppellender	125,1	121,7	113,7
Mastkälber, 1. Qualität	98,2	96,8	89,5
„ 2. „	87,0	85,3	74,2
Kälber, geringgenährt	69,5	66,8	57,1
Hammelfleisch, Mastlämmer	75,8	75,9	73,6
Hammel, 1. Qualität	68,5	69,5	64,0
„ 2. „	61,8	63,3	54,1
Schafe	54,6	56,5	54,8
Schweinefleisch	57,0	63,1	68,6
Dänisches Rindfleisch	61,8	59,2	49,7
Schwedisches Rindfleisch	50,0	—	—

Wie sehr in den letzten zehn Jahren die Preise für Rind-, Kalb-, Hammelfleisch gestiegen sind, lehrt die Angabe des Berichtes, daß im Jahre 1901 nach dem Jahresdurchschnitt bezahlt wurden für Rindfleisch 1. Qualität 58,6 M., für Kalbfleisch 1. Qualität 69,6 M., für Hammelfleisch 1. Qualität 58,8 M. Jetzt kosten die geringsten Qualitäten ungefähr ebenso viel, wie damals die besten.

Man sieht, daß auch die Darstellung der Markthallenverwaltung nur den Ruf „Die Grenzen auf!“ unterstützt.

Die Wahlen der Arbeitnehmer zu der Angestelltenversicherung sind auf Sonntag, den 10. November 1912, in der Zeit von 12 Uhr mittags bis 6 Uhr abends anberaumt. Es sind für Berlin 133 Stimmbezirke gebildet. Als Wahllokale sind Turnhallen der Gemeindeschulen ausersehen. Die Vorschlagslisten müssen bis spätestens 19. Oktober dem Wahlleiter, Stadtrat Hamburger, eingereicht sein.

Schnellere Zugfolge auf dem Nordring hat die Eisenbahndirektion Berlin infolge der Eingabe eines nördlichen Kommunalvereins abgelehnt. Die Ablehnung wird damit begründet, daß der Verkehr die Betriebserweiterung in der Zeit des Zwanzigminutenverkehrs nicht rechtfertige und beim Abweichen von den Zehnminutenperioden die Anschlüsse auf den Uebergangsstationen sehr ungünstig beeinflußt werden würden. Nach vorgenommenen Zählungen soll die Frequenz der Züge in beiden Richtungen von 9½ bis 12 Uhr höchstens 50, von 12 bis 8 Uhr 75 Prozent in dritter Klasse betragen, nach 9 Uhr in westlicher Richtung nur 50, in östlicher Richtung nur 75 Prozent. Dagegen stellt die Eisenbahndirektion für den Fall der Elektrisierung, womit es aber bekanntlich noch lange Weile hat, kürzere Züge auch bei schwächerem Tagesverkehr in Aussicht.

Der Absturz von der Siegessäule am Sonntag wurde sofort von anwesenden Photographen im Bilde festgehalten und bereits am Montagabend in einem Kinotheater in der Münzstraße vorgeführt. Damit mag wohl dem Sensationsbedürfnis mancher Leute gedient sein, geschmackvoll ist die Vorführung dieser Unglücksszene nicht.

Die Herkunft unserer Straßennamen. Man schreibt uns: Die Auswahl unserer Straßennamen ist derart, daß die große Menge in vielen Fällen nicht weiß, wie irgend eine Straße zu ihrem Namen kommt. Beispielsweise bei der Müller- oder Gericht-, Friedrich- oder Kurfürstenstraße ist die Herkunft des Namens ohne weiteres erklärlich. Bei den Namen vieler anderen neuen Straßen steht der in Literatur, Kunst, Wissenschaft nicht genügend Beschlagene vor einem Buch mit sieben Siegeln. Wie viele wissen wohl, wer Ramler oder Eyke von Repkow, Comenius oder Diesteimeyer war? Charlottenburg, in kommunalen Dingen vor Berlin weit voran, hat eine sehr praktische Einrichtung getroffen. Ueber dem Straßenschilde mit solchem Eigennamen sieht man eine knappe, treffende Erklärung des Namens, also mit der Angabe des Standes sowie des Geburts- und Todesjahres des Paten. Sollte ähnliches sich nicht auch für Berlin eignen? Es würde gerade für die Jugend lehrreich sein, und auch Erwachsene könnten davon profitieren.

Das Grabkreuz im Kirchhofsabort. Wie nervös die Aufsichtsbehörden durch ein Grabdenkmal werden können, hat sich in dem jahrelangen Prozessieren um die Inschrift des Herrman-Denkmals auf dem Hohen-Neuendorfer Kirchhof gezeigt. Auf demselben Kirchhof befindet sich, wie am vorigen Sonntag gelegentlich der Trauerkundgebung für unseren durch den Gendarmen Jude getöteten Genossen mit Staunen bemerkt wurde, ein Grabkreuz in der — Retirade. Das gußeiserne Kreuz liegt mit der Inschrift nach oben flach auf dem Erdboden halb unter der Abflußrinne, soll hier schon längere Zeit liegen und ist offenbar von Kirchhofsangestellten absichtlich hingelegt worden, um das Betreten des durchwässerten Bodens zu erleichtern. Wer frei denkt, wird ja das ausrangierte Grabkreuz immer bloß als ein altes Stück Eisen betrachten. Bezeichnend ist es trotzdem, wie duldsam hier die Behörde und die Kirche sein kann, wenn das Geld zu einer ordnungsmäßigen Instandhaltung des Kirchhofsabortes gespart werden soll.

Umzugstermine. Auf Grund des Gesetzes vom 30. Juni 1834 und der Bekanntmachung vom 26. März 1870 sind zu räumen: 1. kleine, aus höchstens 2 Zimmern und Zubehör bestehende Wohnungen am 1. Oktober 1912, 2. mittlere, aus 3 oder 4 Zimmern nebst Zubehör bestehende Wohnungen bis zum 2. Oktober mittags 12 Uhr, 3. große, mehr als 4 Wohnzimmer umfassende Wohnungen bis zum 3. Oktober mittags 12 Uhr. — Die Inhaber von Wohnungen, die aus 3 Wohnzimmern und Zubehör bestehen, müssen jedoch ein Wohnzimmer und die Mieter von Wohnungen mit mehr als 3 Wohnzimmern und Zubehör 2 Wohnzimmer schon am 1. Oktober vollständig geräumt dem künftigen Wohnungsinhaber zur Verfügung stellen. Diese Bestimmungen beziehen sich nicht auf die Räumung von Geschäftslokalen, diese richtet sich nach den Bestimmungen des jeweiligen Mietsvertrages.

Der Selbstmord eines zwölfjährigen Knaben rief gestern abend in der Wiesenstraße Aufsehen hervor. Dort erschoß sich ein zwölfjähriger Schüler Georg L. aus der Wiesenstr. 29 mit einem Tesching. Wie es heißt, soll der Junge in den letzten Wochen Indianer- und Räubergeschichten gelesen haben, die ihn zu dem eigenartigen Entschlusse veranlaßten, einen „Heldentod“ zu sterben. Ehe der Junge zur Ausführung der Tat schritt, entledigte er sich aller Kleidungsstücke, und nur mit dem Hemd angetan, stellte er sich inmitten des Wohnzimmers auf und jagte sich aus einem Tesching, das er sich ohne Wissen der Eltern angeschafft hatte, eine Kugel in die Brust. Das Geschoß sollte nur zu sicher treffen. Ins Herz getroffen brach der Knabe tot zusammen. Als die Mutter entsetzt ins Zimmer eilte und ihren einzigen Sohn tot dort liegen sah, brach sie ohnmächtig an der Leiche zusammen.

Allem Anschein nach ist der Junge anormal veranlagt gewesen.

Die Berliner Feuerwehr wurde wegen eines gefährlichen Brandes nach der Gitschiner Straße 15 alarmiert. Dort brannte in einem Maschinenraum der Hufschmiede von F. Popp auf dem Hofe am Landwehrkanal, nahe dem Urbanhafen, Maschinenöl u. a., so daß die Wehr kräftig Wasser geben mußte, um eine weitere Ausdehnung zu verhüten. Die Entstehung wird auf Unvorsichtigkeit zurückgeführt.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Umgestaltung des Stadtbahnhofes Charlottenburg bezw. sein Neubau dürfte vorerst noch nicht zur Ausführung gelangen. Der Magistrat von Charlottenburg hatte sich in dieser Angelegenheit an den Minister der öffentlichen Arbeiten gewandt und unter Hinweis auf die gesamte Entwickelung in der dortigen Gegend um Umgestaltung der Anlagen des Stadtbahnhofes gebeten. In seiner Antwort auf dieses Schreiben weist der Minister darauf hin, daß die Bahnsteig- und Gleisanlagen des Bahnhofs Charlottenburg den meisten anderen Stadtbahnstationen überlegen seien und eine durchgreifende Umgestaltung des Bahnhofes erst dann eintreten könnte, wenn es die allgemeinen Betriebsrücksichten erforderten. Auch ein Bedürfnis, die sämtlichen Schnellzüge auf dem Bahnhofe Charlottenburg halten zu lassen, liegt nach der ministeriellen Antwort nicht vor.

Die Desinfektionsanstalt Charlottenburgs beschäftigt sich mit der Desinfektion auch solcher Gegenstände, die im Dampfapparat verderben. Da die Desinfektion dieser Sachen am ersten Donnerstag eines jeden Monats stattfindet, sind die Gegenstände mit Inhaltsangabe spätestens bis zum voraufgehenden Mittwochabend 6 Uhr an die Anstalt, Mollwitzstraße, abzuliefern; am folgenden Freitag müssen

sie wieder abgeholt werden. Die Abholung und Rücksendung erfolgt für die Einwohner Charlottenburgs auf Wunsch gegen entsprechende Gebühren. Auswärtige Personen haben für Hin- und Rückschaffung der Sachen selbst Sorge zu tragen. Anträge auf Desinfektion nimmt die Anstalt, Mollwitzstraße, entgegen (Amt Wilhelm 427).

Schöneberg.

Mit einer Schußwunde tot aufgefunden wurde gestern gegen 1/2 8 Uhr früh in der Straße 36 an der Ecke der Straße 60 auf dem sogenannten Südgelände ein junger, etwa 20jähriger Mann. Da eine Waffe nicht entdeckt wurde, nahm man an, daß es sich um ein Verbrechen handele und gab eine entsprechende Meldung an das nächste Polizeirevier. Von dort aus wurden sofort mehrere Beamte entsandt, die aber bald einwandfrei feststellen konnten, daß nicht ein Mord, sondern vielmehr ein Selbstmord vorliegt. Rechts neben der Leiche lag ein kleiner Revolver, aus dem ein Schuß abgegeben worden war und auch verschiedene andere Umstände deuteten mit Sicherheit darauf hin, daß der junge Mann sich selbst das Leben genommen hatte. Bei dem Toten wurden weder Wertsachen noch Legitimationspapiere vorgefunden, so daß die Personalien des Lebensmüden bisher noch nicht ermittelt werden konnten. Der Tote ist etwa 1,65 Meter groß, schlank, hat dunkles Haar, kleinen gleichfarbigen Schnurrbart; er war mit grauem Jackettanzug, grauen, wollenen Strümpfen, schwarzen Schnürschuhen, schwarzem, steifem Hut, weißer Unterwäsche, weißem Stehumlegekragen und schwarzer Krawatte bekleidet. Das Taschentuch zeigte das Monogramm „E. S." — Die Leiche wurde nach der Halle in der Eybstraße geschafft.

Treptow-Baumschulenweg.

Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer Sitzung vom 20. September hauptsächlich mit den Maßnahmen gegen die Teuerung. Stand dieser Punkt auch erst als letzter auf der Tagesordnung, so gab er doch der Sitzung das Gepräge. Dazu lag der bekannte Antrag unserer Genossen sowie ein solcher des Fortschrittlichen Volksvereins vor, der, allgemeiner gehalten, Regierungsmaßnahmen zur Versorgung aller Bevölkerungsklassen mit ausreichender Fleischnahrung zu erschwinglichen Preisen fordert. Der Bürgermeister berichtete zunächst, daß am 19. September der Seefischverkauf aus den Groß-Berliner Anfuhren wieder begonnen habe und in beiden Ortsteilen die bereitgestellten je vier Zentner Fische glatt abgegangen seien. Ferner habe die Konferenz der Groß-Berliner Gemeinden am 18. September eine Eingabe an Bundesrat und Reichstag auf Freigabe der Einführung von Gefrierfleisch aus Argentinien und Australien beschlossen. Die weitergehenden Anträge unserer Vertreter begründete Genosse Kissner, der besonders darauf hinwies, daß Seefischverkauf und Gefrierfleisch allein die Kalamität nicht dauernd zu beheben vermöchten; die Teuerung beschränke sich ja auch nicht nur auf Fleisch. Eine durchgreifende Besserung könne nur die Aufhebung aller Einfuhrbeschränkungen auf Lebensmittel einschließlich der Zölle bringen, und deshalb müsse sich die Petition auch darauf erstrecken. Um aber die arbeitende Bevölkerung nicht hungern zu lassen, bis die gesetzgebenden Faktoren zu einem Entschluß kommen, regte Redner weitere Maßnahmen der Gemeinden an und verwies insbesondere auf das Vorgehen der Stadtgemeinden Dresden und Köln, die bereits frisches dänisches und holländisches Fleisch eingeführt und dasselbe der Bevölkerung trotz des darauf lastenden Zolles noch um 15—25 Pf. unter dem sonstigen Preis zugänglich gemacht haben. Schöffe Dr. Riese empfahl demgegenüber sich in der Petition auf das nach seiner Ansicht zurzeit allein Erreichbare, die Aufhebung des § 12, zu beschränken und berichtete, daß die auf der Konferenz angeregte Einrichtung der Schweinemast auf den Rieselgütern von Sachverständigen für unrentabel erklärt worden sei. Gegen diese „Politik des Erreichbaren" wandte sich, in lebhaften Worten Genosse Hartmann. Die Gemeinde müßte zur Abwehr einer dauernden Unterernährung des Gros der Einwohnerschaft der Regierung deutlich zum Ausdruck bringen, daß hierzu die Aufhebung der in Frage kommenden Zölle erforderlich sei. Ein bürgerlicher Gemeindevertreter forderte noch besondere Maßnahmen gegen die preissteigernden Machenschaften der Viehkommissionäre, die allerdings durch die Grenzsperre begünstigt werden, wie unsere Vertreter hinzufügten. Erfreulicherweise gab es in der ganzen Gemeindevertretung keine Stimme gegen die Notwendigkeit ernsthafter Maßnahmen, und so konnte der Gemeindevorsteher schließlich als Beschluß verkünden, daß die vorgeschlagene Petition auch auf die Aufhebung der Zölle ausgedehnt werden soll und ferner die Gemeinde auch den sonstigen Maßnahmen Groß-Berlins beitritt. Außerdem soll in diesem Winter die bereits im Vorjahre beschlossene unentgeltliche Abgabe von Kartoffeln an minderbemittelte Familien fortgesetzt werden.

Von den übrigen Punkten der Tagesordnung interessiert die Mitteilung, daß der neue Gemeinde-Friedhof an der Niederschöneweider Grenze nunmehr am 6. Oktober, mittags 12 Uhr, durch eine Feier seiner Bestimmung übergeben werden soll. Die Feuerbestattungsanlage hat unterm 8. August die Genehmigung des Regierungspräsidenten gefunden, kann jedoch erst später in Benutzung genommen werden. Gebrauchs- und Gebührenordnung sind in Vorbereitung. Auf die erhoffte Errichtung einer Berliner Feuerwache in der Nähe des Berliner Ortsteils besteht nach Mitteilung des Magistrats Berlin keine Aussicht mehr. Dafür bewilligte die Gemeindevertretung der hiesigen freiwilligen Feuerwehr 6000 M. zur Anschaffung einer innerhalb der Ringbahn zu stationierenden elektrischen Drehleiter, in Baumschulenweg steht bereits eine solche, sowie weitere 2693 M. zur Ergänzung der Bekleidung und Ausrüstung.

Das Rechnungsjahr 1911 schließt für die Gemeinde bei 8½ Mill. M. Einnahmen mit 23 672 M. Ueberschuß ab. Das war aber nur dadurch möglich, daß die Wertzuwachssteuer 75 440 M. einbrachte. In den Revisionsausschuß wurde Genosse Müller auf drei Jahre neu gewählt. Außerdem gehören demselben die Herren Schurich und Schöffe Dr. Salomon an. Der ebenfalls neugewählten Voreinschätzungskommission gehören von unserer Seite an Gemeindevertreter Hartmann sowie die Genossen Gromenz und Karow.

Die höhere Töchterschule in Baumschulenweg soll mit April 1914 in den Aufsichtsbereich der Provinzialschule überführt werden und damit den Charakter eines Lyceums erhalten. Gegen Haftpflicht aus Unfällen und aus dem Aufruhrparagraphen (Fall Petersburg) wird die Gemeinde auf fünf Jahre versichert. Die Städteausstellung in Düsseldorf soll durch die beiden Gemeindebaumeister und einem Bautechniker beschickt werden. Auf eine Anfrage wurde noch mitgeteilt, daß für den durch den neuen Friedhof beseitigten Weg von der Kiefholzstraße nach der Königsheide ein Ersatz südlich der Friedhofsmauer geplant ist, jedoch steht die dazu erforderliche Zustimmung der Forstverwaltung noch aus.

Groß-Lichterfelde.

Das kommunale Wirtshaus für die „feinen Kreise" wird gebaut! Schon seit längerer Zeit geht der Gemeindevorstand mit dem Plane um, an Stelle der heutigen Wiesenbude an der Giesensdorferstraße ein Prachtrestaurant für die „vornehmen Kreise" zu errichten und die Kosten zu diesem Bau, der nur auf das angebliche Bedürfnis einiger Dutzend Leute zugeschnitten ist, aus dem allgemeinen Steuersäckel zu bestreiten.

In der Gemeindevertretersitzung am Montag nahm die Diskussion über die darauf bezug nehmende Vorlage des Gemeindevorstandes einen breiten Raum in den Verhandlungen ein. Die Vorlage vertrat der spiritus rector der ganzen Sache, Schöffe Lengner. Zur Begründung führte er aus, daß der Zustand an der Giesensdorfer Brücke unter keinen Umständen so bleiben könne wie bisher. Die Wiesenbude bilde einen Schandfleck für Groß-Lichterfelde. (Das Armenhaus einen noch größeren! D. V.) Sie müsse beseitigt und an deren Stelle etwas Erstklassiges geschaffen werden. Das sei um so mehr nötig, als das Bahnhofsrestaurant im Osten infolge des Umbaues eingegangen sei. Vor allem müsse die Gemeinde etwas bieten, um nicht von anderen Gemeinden überrannt zu werden. Jetzt herrsche unter den besseren Kreisen ein förmlicher Notstand in der Lokalfrage. Es handele sich also darum, ein erstklassiges Restaurant für den besser situierten Mittelstand und die reichen Leute, die das finanzielle Rückgrat der Gemeinde bilden, zu errichten. Die Kosten würden zirka 170 000 bis 180 000 M. betragen. Der Referent glaubt an die Rentabilität des Unternehmens innerhalb 3 Jahren, meint aber, daß die Gemeinde andernfalls auch schon aus „idealen Gründen" zuschießen müsse. Diese sonderbare Auffassung begründete der Herr Lengner unter anderem auch noch damit, daß die Gemeinde laut Etat Hunderttausende (!) für Armenlasten ausgebe — eine Behauptung, die durchaus unzutreffend ist. Der Bau dieser „vornehmen" Kneipe für die „vornehmen und reichen Leute" soll sofort in Angriff genommen werden, damit, wie der Vertreter der Vorlage meinte, andere nicht zuvorkämen. — Gemeindevertreter Zorn hält die Ausführung des Projekts für unnötig; sie bringe lediglich eine dauernde Belastung des Gemeindeetats. Uebrigens würden 180 000 Mark kaum hinreichen. Der Kreis, der bei der ganzen Angelegenheit in Frage komme, sei ein recht kleiner. Vorerst habe die Gemeinde noch andere Aufgaben zu erfüllen, so im östlichen Ortsteile nach Beendigung des Bahnhofumbaues und vor allem die Regulierung des sogenannten Königsgraben. Er stimme gegen die Vorlage. Gemeindevertreter Krüls erkennt ebenfalls ein Bedürfnis zur Errichtung eines solchen Klassenwirtshauses nicht an. Notwendiger sei der Bau eines neuen Rathauses, der Ausbau der Schulen und die Errichtung von Spielplätzen. Schöffe Dr. Domino rückte von seinem Kollegen Lengner ein erhebliches Stück ab. Es dürfe sich nicht lediglich um eine Einrichtung für die besitzende Klasse handeln, sondern um eine allgemeine Veranstaltung; jedem Besucher, der einen anständigen Rock trage, stehe das Lokal frei. — Das mag allerdings richtig sein; aber die sehr hohen Preise in diesem erstklassigen Gemeinde-Restaurant werden wohl dafür sorgen, daß dort eben nur Leute mit anständigen Röcken und außerdem mit anständig gefülltem Geldbeutel verkehren können. Gemeindevertreter Stadtrat Blell erklärte ja auch, daß es für ihn keine Ueberlegung mehr gebe. Diese Einrichtung solle reiche Leute nach Lichterfelde ziehen, es fehle hier an einem Heim für vornehme Leute. Ein guter Freund, der ihn besuchte, habe kein passendes Wirtshaus finden können. (!) Für die Vorlage des Gemeindevorstandes sprachen noch Gemeindevertreter Meyer und Schöffe Lange. Der letztere, der als „Arbeiterfreund" hinlänglich bekannt ist, glaubte die Sache durch den Hinweis schmackhafter zu machen, daß bei sofortiger Ausführung des Baues eine Anzahl Arbeiter während der Winterszeit beschäftigt werden könnten. Wenn es dem Gemeindevorstand darum zu tun wäre, dann brauche er ja nur für den Bau des längst notwendigen neuen Armenhauses, der Gemeindeschulen im südlichen und nördlichen Ortsteil, des Rathauses usw. einzutreten. Nach einem Schlußwort Lengners wurde der sofortige Bau des erstklassigen Gemeindewirtshauses für die besitzende Klasse gegen vier Stimmen: Zorn, Wagner, Engelmann und Schulze beschlossen. — Das vom Professor Breuer entworfene Lilienthal-Denkmal, das mit dem ersten Preis ausgezeichnet worden ist, soll im Gemeindepark aufgestellt werden. Schöffe Lengner beantragte, dem Denkmalskomitee den Platz zur Verfügung zu stellen. Gemeindevertreter Geldermann sprach gegen diesen Antrag. Als er zur Begründung seiner Ansicht auf die Geschichte des Preisausschreibens und die damit zusammenhängenden Vorgänge eingehen wollte, wurde die Versammlung sehr unruhig. Schöffe Lengner unterbrach ihn mit der Bemerkung, daß diese Angelegenheit die Gemeindevertretung nichts angehe. Gemeindevorsteher Schulz riet dem opponierenden Gemeindeverordneten mit einem pfiffigen Lächeln, er möge doch die Gründe für seine ablehnende Auffassung nachher zu Protokoll geben! Und der Mann erklärte sich auch damit einverstanden. Es gibt doch noch Perlen unter den bürgerlichen Gemeindevertretern! — Nach längerer Debatte wurde beschlossen, auch in diesem Jahre die Sternwarte in Treptow mit einer Summe von 100 M. zu unterstützen. Als Gegenleistung dafür genießen Schüler beim Besuch der Sternwarte Preisermäßigung. Interessant war dabei die Konstatierung der Tatsache, daß die Gemeindeschulen an einem solchen Besuch niemals teilgenommen haben, weil nach Angabe der Lehrerschaft die Vorträge auf der Sternwarte das geistige Niveau der Volksschüler überschritten. Wenn das wahr ist, dann beweist dies bloß, auf welch niedrigem Niveau unsere sogenannten Volksschulen eigentlich stehen. — Auf Antrag des Gemeindevorstandes werden weitere Privaträume für Verwaltungszwecke der Gemeinde gemietet. — Nach Mitteilung des Schöffen Lange befinden sich 35 Diensträume im Rathaus und nicht weniger als 56 in Privathäusern; 52 Beamte befinden sich im Rathaus und 83 außerhalb. Ein solcher Zustand sei unhaltbar und hebe jede Aufsicht und Kontrolle auf. Der Mietspreis für drei Zimmer und ein Badezimmer, das noch für dienstliche Zwecke eingerichtet werden soll, beträgt 700 M., die Kosten der Einrichtung 4—500 M. Die Gesamtsumme wird bewilligt. — Am notwendigsten ist eben doch das Kommunalwirtshaus!

Tempelhof.

Ueber die Frage: Welche Maßnahmen wird die Gemeinde zur Linderung der gegenwärtigen Teuerung ergreifen, stellt die hiesige Bevölkerung lebhafte Erörterungen an. Eigentlich sollte man annehmen, daß die Gemeinde Tempelhof, die sonst ihre glänzende Finanzlage zur Schau trägt, den anderen Gemeinden in dieser Beziehung vorbildlich wirken müßte. Tempelhof hatte bekanntlich als Beitrag zu dem damals auf dem Felde zu errichtenden, etwa 300 000 M. kostenden Kolonialkriegerdenkmal einen erheblichen Zuschuß geleistet; es kann jährlich über 150 000 M. Zuschuß zu den „besseren" Schulen auswerfen, 3000 M. für ein Festessen opfern und 2000 M. für den Luftflottenrummel verschenken. Da schwimmt alles im Golde. Ganz anders liegen aber die Finanzen, wenn es gilt, den minderbemittelten Schichten eine Summe zur Linderung der Not bereit zu stellen. Da ist plötzlich kein Geld da; alles wird dann als ein Werk der freien Liebestätigkeit gepriesen. Wurde doch selbst bei der geforderten winzigen Teuerungszulage für die Gemeindearbeiter und -Beamten auf die dadurch sich eventuell ergebende Notwendigkeit der Erhöhung des Gemeindesteuerzuschlages hingewiesen! Im vergangenen Jahr hat sich die Gemeinde vor Maßnahmen gegen die Teuerung herumgedrückt. Die Vertreter der ersten Klasse leiden ja keine Not, die zweite Klasse will nichts davon wissen, und die Sozialdemokratie hatte man durch den ungesetzlichen Gewaltstreich ausgeschlossen. Nur eine geringe Erhöhung des Armenetats wurde gutgeheißen. Diejenigen Gemeindemitglieder aber, die sich notdürftig durchs Leben schlagen, die trotz aller Arbeit obendrein mit ihren Familien hungern, sie mußten, wie jetzt selbst bürgerliche Zeitungen spötteln, die Mildtätigkeit der Nachbargemeinde Mariendorf in Anspruch nehmen! Während andere Gemeinden bereits auch diesmal wieder tatkräftig eingegriffen, verschiebt Tempelhof die zu ergreifenden Maßnahmen. Die Arbeiterschaft Tempelhofs und namentlich die Frauen sollten in der heute Mittwoch abend im „Wilhelmsgarten" stattfindenden Versammlung durch zahlreiches Erscheinen beweisen, wie sie darüber denkt; sie muß mit Nachdruck verlangen, daß die Vertretung schleunigst über die Erwägungen und Beratungen hinwegkommt und endlich das erfüllt, was andere Gemeinden bereits in den Vorjahren als ihre selbstverständlichste Pflicht erachteten.

Bernau.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde die Anstellung zweier technischer Lehrerinnen für die Volksschule beschlossen. Eine sehr rege Diskussion rief die Magistratsvorlage über die Ausschreibung der Arbeiten zum Neubau eines Dienstgebäudes für den Chefarzt am hiesigen Krankenhause hervor. Die Baudeputation beantragte den Bau in Losen und öffentlich auszuschreiben; dieser Vorschlag wurde auch von der Mehrheit der Stadtverordneten angenommen. Die Anträge unserer Genossen betreffs Einreichung einer Eingabe an den Bundesrat und Reichstag behufs Aufhebung der Zölle auf Vieh und Fleisch usw. sowie zweitens die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln durch die Stadtverwaltung, wurde vom Genossen Knöschke begründet. Beide Anträge wurden mit Mehrheit angenommen. Es wurde alsdann eine Kommission aus sechs Stadtverordneten gewählt, welche die nötigen Vorbereitungen zur Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln in die Wege zu leiten hat. Ihr gehören die Genossen Salzmann, Knöschke und Helbig, sowie die bürgerlichen Stadtverordneten Bols, Dr. Wieners und Schulze an. Der vorgerückten Zeit wegen wurden zwei Anfragen des Genossen Helbig, die Hussitenspiele usw. betreffend, zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Gerichts-Zeitung.

Fahrlässige Körperverletzung.

Ein entsetzlicher Unglücksfall, durch welchen ein 15jähriger Lehrling zum Krüppel geworden war, lag einer Anklage wegen fahrlässiger Körperverletzung zugrunde, welche gestern den Schlächtermeister Müssop und den Schlächtergesellen Döhring vor die 1. Strafkammer des Landgerichts II führte. Der 15jährige Lehrling Georg Rechenberg war in dem Wurstfabrikationsbetrieb des Angeklagten Müssop beschäftigt gewesen. Entgegen den erlassenen Vorschriften über die Betriebssicherheit in maschinellen Betrieben mußte der junge Bursche wiederholt an einem von einem Motor angetriebenen sog. Fleischwolff die einzelnen Fleischstücke, die zerkleinert werden sollten, mit der Hand in den Trichter hineinstopfen, während diese Arbeit nach jener Vorschrift mit einem extra hierzu bestimmten hölzernen Stopfer vorgenommen werden soll. Eines Tages geriet der junge Bursche mit der rechten Hand in das Zerkleinerungsgetriebe. Ehe die Maschine abgestellt werden konnte, war die Hand buchstäblich zerquetscht, so daß der bedauernswerte junge Mensch, der jetzt nur noch den Armstumpf besitzt, zeitlebens zum Krüppel wurde.

Das Schöffengericht erachtete beide Angeklagte der fahrlässigen Körperverletzung für schuldig und erkannte gegen Döhring, der der eigentliche Betriebsleiter war, auf 50 M. und gegen Müssop auf 10 M. Geldstrafe. Die von den Angeklagten gegen dies milde Urteil eingelegte Berufung wurde gestern von der Strafkammer verworfen.

Vereinsbank für Boxhagen.

Zu unserem Bericht in Nr. 219 über die Verhandlung gegen die verurteilten früheren Direktoren der Vereinsbank Boxhagen-Rummelsburg teilt uns die Vereinsbank folgendes mit:

„Die früheren Vorstandsmitglieder der Vereinsbank zu Berlin-Lichtenberg, Herr Otto Schmidt, Geheimsekretär a. D., Herrn Wilhelm Getzien, Kaufmann, wurden am 24. September 1910 wegen der in der Anklage erhobenen Delikte ihres Amtes enthoben.

Die von den Angeklagten erhobenen Extraprovisionen sind nicht der Bank zugeführt worden, sondern ohne Wissen der Genossenschaft von den beiden Angeklagten für sich verwendet.

Die Wechselgeschäfte, wegen deren die Anklage wegen Wuchers erhoben worden ist, waren nicht Geschäfte der Vereinsbank, sondern persönliche Geschäfte der Angeklagten, von denen die Bank keine Kenntnis hatte.

Es entspricht ferner nicht den Tatsachen, daß unsere Genossenschaft schon seit längerer Zeit mit Unterbilanz gearbeitet habe. Seit deren Bestehen ist ein jährlich sich steigender Reingewinn erzielt worden."

Schadenersatz wegen Sperre.

Das Reichsgericht hat am Montag abermals eine Entscheidung getroffen, die das Vereinigungsrecht der Arbeiter schwer gefährdet. Es hat eine Sperre als gegen die guten Sitten verstoßend erklärt, weil die Sperre ohne wirtschaftlichen Zweck lediglich als Strafe für eine Entlassung von Arbeitern erfolgt sei.

Die Prozeßgeschichte, in der das Reichsgericht entschieden hat, ist folgende: Am 29. September 1909 ist im „Hamburger Echo" eine Veröffentlichung erschienen, die sich an die baugewerblichen Hilfsarbeiter richtete und in der gesagt wurde, daß auf einem Neubau des Bauunternehmers B. in Hamburg die Steinträger in ganz frivoler Weise ausgesperrt worden seien. Ehe nicht durch den Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands eine Einigung erzielt und die Differenzen beseitigt seien, sollte der Bau für die Steinträger als gesperrt gelten. Der Aufruf schloß dann mit den Worten: „Arbeiter, beweist Eure Solidarität!" Der betreffende Bauunternehmer B. stellte unter Beweis, daß die Entlassung einen rechtlichen Grund gehabt hat, klagte gegen den Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands zunächst auf Aufhebung der Sperre und dann auf Schadenersatz, weil der Bau durch die Sperre um zehn Tage verspätet fertiggestellt worden sei, was für ihn einen Schaden von etwa 10 000 M. bedeutet habe.

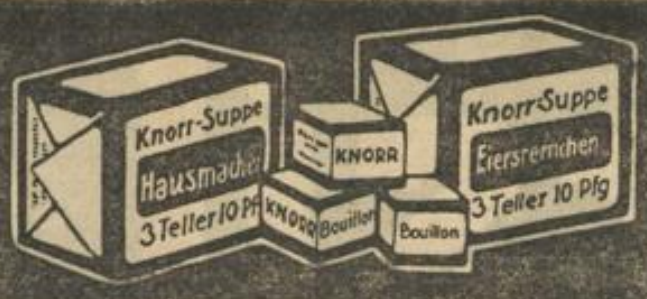
Das Landgericht Hamburg entschied auf Abweisung der Klage, weil die Sperre nur 10 Tage gedauert und keinen Einfluß auf den entstandenen Schaden des Klägers gehabt habe. Selbst wenn die Sperre nachgewirkt haben sollte, so sei deshalb der Schaden noch nicht auf Maßnahmen des beklagten Vereins zurückzuführen.

Das Oberlandesgericht Hamburg dagegen hat den Anspruch des Klägers dem Grunde nach als berechtigt anerkannt. Das Oberlandesgericht führt zur Begründung seiner Entscheidung unter anderem folgendes aus: Das Landgericht gibt selbst zu, daß die Verhängung der Sperre an sich ungerechtfertigt gewesen ist. War dies aber der Fall, so hat der Beklagte auch für die Folgen der Sperre einzustehen. Der beklagte Verband ist deshalb auch für diejenigen Wirkungen verantwortlich, die die Sperre nach ihrer Bekanntmachung und Wiederaufnahme der Arbeit geäußert hat. Daß solche Nachwirkungen stattgefunden haben, ist bewiesen worden. Für den Schaden ist der Beklagte verantwortlich, wenn die Sperre gegen die guten Sitten verstieß. In bezug auf diese Frage ist davon auszugehen, daß die Verhängung einer Sperre sowohl als auch ihr Zweck einen Verstoß gegen § 826 B. G.-B. enthalten kann. Im vorliegenden Falle ist zwar das angewandte Mittel nicht als gegen die guten Sitten verstoßend anzusehen, dagegen aber verstieß der Zweck gegen § 826 B. G.-B. Das Mittel war berechtigt. Der Beklagte hat die Angaben der entlassenen Steinträger für berechtigt gehalten. Jedoch verstieß der von dem Verband verfolgte Zweck gegen die guten Sitten. Der Verband behauptet selbst nicht, daß er einen als erlaubt anzusehenden Zweck mit der Sperrmaßregel verfolgt habe. Um eine Einigung der Parteien zu erzielen, hätte vor dem Gewerbegericht verhandelt werden müssen. Die ausgesperrten Arbeiter klagten aber bereits auf Zahlung des Lohnes. Die Beilegung der Differenzen war also nicht der mit der Sperre verfolgte Zweck. Nach der Ueberzeugung des Gerichts kann nur als Zweck in Betracht kommen, daß der klagende Bauunternehmer wegen der Entlassung der Arbeiter durch die über ihn verhängte Sperre bestraft werden sollte. Das ist als ein Verstoß gegen die guten Sitten anzusehen, um so mehr als der Beklagte gewußt haben muß, daß dem Kläger Schaden entstehen werde.

Das Reichsgericht hat die gegen diese Entscheidung eingelegte Revision des beklagten Verbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands jetzt zurückgewiesen.

Marktbericht von Berlin am 23. Septbr. 1912, nach Ermittelung des königl. Polizeipräsidiums. Marktballenpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 30,00—50,00. Linsen 35,00—60,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 5,00—10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,80—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,60—1,90. Schweinefleisch 1,60—2,40. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,70—2,40. Butter 2,20—3,00. 60 Stück Eier 4,00—6,00. 1 Kilogramm Karpfen 1,40—2,40. Aale 1,60—3,20. Zander 1,60—3,60. Hechte 1,40—2,80. Barsche 1,00—2,40. Schleie 1,60—3,20. Bleie 0,80—1,60. 60 Stück Krebse 1,00—36,00.

Knorr



6 Wochen lang täglich eine andere Suppe ohne Mühe durch
Knorr-Suppen-Würfel
(über 40 Sorten) und
Knorr-Bouillon-Würfel

„Milkor" Edel-Margarine ein Genußmittel!

„Schlafe patent"
Ein Griff, ein Bett

„Fürst Bülow" als modernes Bett.

Unsere letzte Neuheit: **„Fürst Bülow" Chaiselongue-Bett**

in einer halben Minute verwandelbar in ein **hochelegantes Messingbett** mit verstellbarer Kopflage und großem Raum für die Betten. — Vorzüglich als Einzelbett sowie als Fremdenbett, empfehlen wir zum bevorstehenden Umzug als schönstes und praktischstes Verwandlungsmöbel der modernen Zeit. **Ein Schmuck für jedes Zimmer.**

Hunderteseitige illustrierte Preisliste Nr. **198** über sämtliche „Schlafe-patent-Möbel" senden gratis und franko

R. Jaekel's Patent-Möbel-Fabrik, Berlin, Markgrafenstraße 20. München, Dienerstraße 6.

In Berlin Telephon Zentr. 9474. (Keine Filialen.)

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 25. September 1912.

Anfang 7½ Uhr.

Kgl. Opernhaus. Madama Butterfly.
Kgl. Schauspielhaus. Der große König.
Deutsches. Hamlet.
Metropol. Chauffeur — ins Metropol.
Zirkus Albert Schumann. Große Vorstellung.
Zirkus Busch. Große Vorstellung

Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49. Aufs Matterhorn.
Lessing. Wenn der junge Wein blüht.
Kammerspiele. Mein Freund Teddy.
Deutsches Schauspielhaus. Egmont.
Montis Operetten. Goldner Leichtsinn.
Kurfürsten-Oper. Der Kußreigen.
Berliner. Große Rosinen.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Kleines. Der Unverschämte. Der Arzt seiner Ehre. Lottchens Geburtstag.
Schiller O. Des Pfarrers Tochter von Streladorf.
Schiller „Charlottenburg. Der Talisman.
Residenz. Der Herr von Nr. 19.
Thalia. Rutschelchen.
Luisen. Der Walzerkönig.
Komödienhaus. Feuerversicherung. Der lächelnde Knabe.
Herrnfeld. Wie man Männer bessert. Die Original-Klabriaspartie.
Trianon. Die Brieftasche. Ein peinlicher Zwischenfall. Der Dieb.
Casino. Der Großfürst.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Die Macht der Töne.

Anfang 8½ Uhr.

Lustspielhaus. So 'n Windhund.
Friedr.-Wilh. Schauspielhaus. Die keusche Susanne.
Rose. Ein Sommernachtstraum.
Walhalla. Nur nicht drängeln.
Folies Caprice. Der keusche Joseph. Der Rehbock. Der Einbrecher.

Anfang 8½ Uhr.

Neues Volkstheater. Liebelei. Literatur.

Anfang 10 Uhr.

Admiralspalast. Eisballett: Yvonne.
Sternwarte. Invalidenstr. 57—62.

Schiller-Theater O. Gaßner-Theater.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Zum erstenmal: Des Pfarrers Tochter von Streladorf.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Lokalbahn. — Die Medaille.
Freitag, abends 8 Uhr: Die Lokalbahn. — Die Medaille.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Der Talisman.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Misanthrop. Die Schule der Frauen.
Freitag, abends 8 Uhr: Der Misanthrop. Die Schule der Frauen.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr: Große Rosinen.

Theater in der Königgrätzer Straße
Abends 8 Uhr: Die 5 Frankfurter.

Deutsches Schauspielhaus (Komische Oper).
Abends 8 Uhr. **Egmont.** Abends 8 Uhr.

Montis Operetten-Theater (früher Neues Theater)
Abends 8 Uhr: Goldener Leichtsinn.

Residenz-Theater.
8 Uhr: Der Herr von Nr. 19.
Schwank in 3 Akten von Keroul und Barré.
Morgen und folgende Tage: Der Herr von Nr. 19.

Theater am Nollendorfplatz (Neues Schauspielhaus).
Eröffnung morgen Donnerstag. Gastspiel des Münchener Künstler-Theaters: Orpheus in der Unterwelt.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Zum ersten Male: Ein Sommernachtstraum.
Komödie in 5 Akten von Shakespeare.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Zapfenstreich.

Luisen-Theater.
Mittwoch, Donnerstag, Freitag: Der Walzerkönig.
Sonnabend, nachmittags 4 Uhr: Große Kindervorstellung: Der gestiefelte Kater.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
Chauffeur ins Metropol!!!
Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern von J. Freund. Musik v. Rud. Nelson. Tänze arrang. von Will Bishop. In Szene gesetzt vom Direktor R. Schultz.
Rauchen gestattet.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr
Letzte Woche!
Ein nie dagewesener Erfolg!
Nathal und Palma
? Mensch oder Affe ?
M. Vega Trio
der Gipfel der Komik.
Wunderpapagei Lora
und 8 weitere Novitäten.

Passage-Panoptikum
Prinz ATOM
Das kleinste menschliche Lebewesen.
Das Wunder aller Wunder.
Lebend! Ohne Extra-Entree!

Dritter Wahlkreis.

Sonntag, den 6. Oktober 1912, abends 6½ Uhr, im neuen Saale der Neuen Welt, Hasenheide:

Heiterer (künstlerischer) Abend.

Kammermusik — Gesang (Lieder zur Laute)
Rezitation und **Dramatische Aufführung** von Mitgliedern der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger.

Nachdem: **Tanz.**

Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pfennig nach.

Billett 30 Pfennig. ☐ Programme am Eingang gratis. ☐ Billett 30 Pfennig.
Zahlreichen Besuch erwartet [211/4*] **Der Bildungsausschuß.**

G. d. W. G. d. W. G. d. W. G. d. W. G. d. W. G. d. W. G. d. W.

Gesellschaftshaus des Westens
Hauptstraße 30-31 ☐ **Schöneberg** ☐ **Hauptstraße 30-31**
Hochelegante Räume für Hochzeiten, Säle für Versammlungen, Bälle, Privat- und Vereinsfestlichkeiten
Tages-Restaurant mit **vorzüglicher Küche**
Sechs Verbands-Kegelbahnen mit gemütlichen Kegelstuben
Otto Mölter.

G. d. W. G. d. W. G. d. W. G. d. W. G. d. W. G. d. W.

Urania
Taubenstraße 48/49.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Aufs Matterhorn.

Herrnfeld Theater
Wie man Männer bessert
Die Original-Klabriaspartie.
Beide Stücke mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 11—2 (Theaterkasse.

Passage-Theater.
Abends 8—11 Uhr
Gastspiel der sieben Spaßvacher
„Da tut sich was."
Große Metroparodie-Revue nach dem Englischen aus dem Französischen ins Dämliche übersetzt von Schmolius Feind, Musik von Victus Limburger, in Szene gesetzt von Direktor Ricardo Shoultscz.
Jean Pedro, Fratzi Massiavy, Lautsch Messing, Pepi Pepipl, Kohn Erzbishop, Luido Quietscher.
Pfeifen überall gestattet!

„Clou" :: Berliner :: Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Heute: **Großes Doppel-Konzert.** Heute:
Gastspiel des Udel-Quartetts aus Wien. Leiter: Professor Udel.
Berliner Konzerthaus-Orchester Dirig.: Frz. v. Blon, Komp.
Musiko. II. Garde-Regiment z. F. Dirigent: Oberm. Graf.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen nachm. Gr. Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

ZOO LOGISCHER GARTEN
Täglich: Großes Militär-Konzert.
Eintritt 1 Mark, von abends 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahr. die Hälfte.

Folies Caprice.
Zum 25. Male
Die drei Schlager:
Der keusche Joseph.
Der Rehbock.
Der Einbrecher.

Zirkus Busch.
Heute Mittwoch, 25. Septbr., abends 7½ Uhr:
Gr. Gala-Sport-Vorstellung
Aus dem neuen, glänzenden Eröffnungs-Programm besonders hervorzuheben:
Houdini!
das unlösbare Rätsel.
Herr Burkhardt-Foettit, Schulreiter auf dem Vollbluter „Donald".
Madame Maud Wulff als „Goldamazone", sowie sämtliche neuengagierten Spezialitäten.

Zirkus A. Schumann
Heute Mittwoch, 25. Septbr., abends 7½ Uhr:
Große Elite-Vorstellung
mit vollständig gewechseltem Programm.
Auftreten sämtlicher neu engagierten Spezialitäten.
U. a.:
Preiswettkegeln zu Pferde (8 Herren).
Champagnerschule geritten v. Direktor Schumann.
10 Martonis, russischer Troica-Akt.
Willy Manns mit s. 2000 Pfund schweren Schulpferd „Goliath".

Voigt-Theater.
Gesundbrunnen Badstraße 58.
Mittwoch, den 25. September 1912:
Trilby.
Schauspiel in 4 Akten v. Paul M. Potter.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8½ Uhr.

Theater Königstadt-Casino.
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr. 1 Min. v. Bahnh. Jannowitzbrücke.
Tägl. abends 8, Sonnt. 5 Uhr: Gastspiel d. renommiertesten Verwandlungsschauspielers Karl Braun in seiner Szene „Ein Skandal im Restaurant". Spezialitäten-Programm. Zanktoufelsche a. Liedersp. in 1 Akt.

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr. „Die Brieftasche". „Ein peinlicher Zwischenfall". „Der Dieb".

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr
Ein lustiges Stück a. d. Berl. Leben
Der Großfürst.
Vorher ein auserwählter Spezialitätenteil, nur Künstler ersten Ranges.
Vorverkauf an der Theaterkasse von 11—2 Uhr.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Die Macht der Töne.
Burleske v. Meysel.
Anfang Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Germania-Prachtsäle
N., Chausseestr. 110. K. Richter.
Heute Mittwoch:
Paul Mantheys lustige Sänger.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Nachdem Freitanz.
— Vorzugskarten gelten. —
Jeden Donnerstag:
Gr. Militär-Streich-Konzert.
anschließend Familienkränzchen.

Admiralspalast
am Bahnhof Friedrichstraße,
Eispalast.
Einzig in der Welt mit seinen prunkvollen Eisballetts.
Allabendlich das feenhafte Eisballett „Yvonne"
100 Mitwirkende. Fabelhafte Ausstattung!
Die kleine Charlotte.
nachmittags und abends
Einödshofer-Konzert.
Bis 6 Uhr und von 10½ Uhr abends halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges!
Wein- und Bier-Abteilung.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Persil

das selbsttätige **Waschmittel!**

Erfordert keinen weitern Zusatz von Seife, Seifenpulver oder sonstigem Waschmaterial, spart die Hälfte an Kosten für Feuerung und Waschlohn, deshalb ausserordentlich

billig im Gebrauch!

Giebt der Wäsche den frischen, duftigen Geruch der Rasenbleiche.
Erhältlich nur in Original-Paketen, niemals lose.
HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Alleinige Fabrikanten auch der allbeliebten

Henkel's Bleich-Soda.

Verkaufsstellen durch Plakate erkenntlich.

Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: Joh. Schmaler, Berlin N. 4, Tieckstraße 11.

Verkäufe.

Teppiche, unbedeutende Farbenfehler, für die Hälfte des Wertes. Portieren, Gardinen, Steppdecken, Tischdecken zu Schleuderpreisen. Teppichhaus Adler, Königstraße 50, gegenüber Rathaus. 1957R*

Augusta-Pfandleihe Wilmersdorf, Augustastraße 66. Staunend billige Winterpaletots, Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Betten, Teppiche, Uhren. Sonntagsverkauf geöffnet.

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Littauer-Nähmaschinen, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, Turmstraße 39, Beusselstraße 45. *

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet. *

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Rohstoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1288R*

Vorwärtsleser fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheit. Teppich-Thomas 2107R

Teppiche, farbfehlerhaft, spottbillig

Plüschdecken mit Eckfehlern für halben Wert

Steppdecken, im Schaufenster gelitten, jeden Preises

Portieren, Plüsch, Leinen, Restbestände spottbillig

Gardinen, Stores, Künstlerfenster, angeschmutzte, fabelhaft billig

Teppich-Thomas, Prachtbau Oranienstraße 126, Rosenthalerstraße 54.

Hermannplatz 6 Pfandleihhaus. Jedermanns Kaufgelegenheit. Extrabillige Jackettanzüge. Gehrockanzüge. Winterpaletots. Herrenulster. Herrenhosen. Riesenauswahl Pelzstolas. Allerbilligster Bettenverkauf. Vermietungsbett. Aussteuerbetten. Aussteuerwäsche. Reichhaltiges Portierenlager. Gardinenauswahl. Teppichauswahl. Plüschtischdecken. Steppdeckenlager. Goldsachen. Taschenuhren. Wanduhren. Wandbilder. Warenverkauf ebenfalls Sonntags. *

Grundbegriffe der Politik, von Friedrich Stampfer. Gebunden 3 M. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden).

Teppiche, Prachtstücke (Farbenfehler), für halben Preis. Vorwärtsleser 10 Prozent! Mauerhof, Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden! 1896R*

Drehrollen, Molkereiartikel, Buttermaschinen, Wiegeschalen. Krigar u. Ihssen, Wahnamstraße 29. 2096R

Taschenbuch für Gartenfreunde Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Ziere-, Gemüse- und Obstgartens von Max Hesdörfer. Zweite vermehrte Auflage. Mit 137 Textabbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Monatsanzüge, Paletots, großes Lager, jede Figur, kauft man am billigsten beim Fachmann; jede Aenderung nach Wunsch in eigener Werkstatt. 5 Prozent billiger für Vorwärtsleser. Fürstenzelt, Schneidermeister, Rosenthalerstraße 10

Gaskronen ohne Anzahlung, Woche 1,00 (bis 70,00 Kaufsumme). Riesenlager! Louis Bötticher (selbst), Kronleuchter — Spezialhäuser. Mein Doppelbetrieb bewältigt den größten Saisonandrang. Betriebsleitung: Borbagenerstraße 32, 1. Etage (kein Laden). (Fahrverbindung bis Warschauerstraße.) Filiale: Frankfurter Allee 124, 1. Etage (kein Laden). 1934R*

Leihhaus „Brunnen" und Verkaufsgeschäft. Betten, Stand 9,—, Brunnenstraße 118, Ecke Usedomstraße

Kinderwagen, zusammenlegbar, hochelegant, spottbillig Grenadierstraße 30 II. 150/17

Radfahrerkarten. Wir empfehlen Rad- und Auto-Fahrern Straubes Karte 1200 Quadrat-Meilen um Berlin. 2 Teile a 1,50 Mark. Nördliche Hälfte der Provinz Brandenburg reicht bis Stettin-Ueckermünde, südliche Hälfte bis Halle-Leipzig-Dresden-Görlitz. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden). *

Monatsanzüge und Winterpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Katz, Mulackstraße 14. *

Wundervolle Tüllgardinen, Fenster 1,75, 2,50, 3,75 bis 10,50. Etamin-Künstlergardinen mit Lambrequin 5,50 bis 12,00. Stores, Rouleaux spottbillig nur in Wolfs Teppichhaus, Dresdenerstraße 8 (Kottbuserthor). Abonnenten 10 Prozent Rabatt. *

Ladeneinrichtung, große Auswahl. Steizner, Pankstraße 51. †51*

Kinderwagen, Teilzahlung, Woche 1,—, Klappwagen, Kinderbettstellen, Riesenauswahl, spottbillig. Meisels Nachfl., Warschauerstraße 80. 2088R

Teppichhaus Lange Nachfolger, Chausseestraße 73/74. Prachtteppiche. Farbenfehler, 12,50, Tischdecken 2,25, Steppdecken 4,50. Billige Umzugspreise. „Vorwärts"-leser noch fünf Prozent Extrarabatt. 2175R*

Chausseestraße 73/74. Billige Gardinen, Fenster 2,50, Bettdecken 1,75, Stores 1,90. Georg Lange Nachfolger. *

Gaskronen, Zuglampen. Teilzahlungen 1,00 wöchentlich — billige Preise! Montage kostenlos! Kronenlager Große Frankfurterstraße 92, I. Etage, Ravenéstraße 6 (Wedding), Schönhauser Allee 121 (Gleimstraße), Neukölln, Berlinerstraße 102. 2011R

Teppiche, Teilzahlung Woche eine Mark. Riesenauswahl, spottbillig. Auch Steppdecken, Tischdecken, Gardinen. Meisels Nachfolger, Warschauerstraße 80. 2160R*

Geld! Geld! Sparen Sie, wenn Sie im Leihhaus „Rosenthaler Tor", Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße kaufen. Anzüge von 9,00 Mark an; Paletots von 5,00 an; Damengarderobe, Betten, Wäsche, Gardinen, Portieren, Freischwinger, Bilder, Uhren, Gold-, Silberwaren, Fahrräder. Alles spottbillig. Anzüge werden verliehen. Sonntags geöffnet.

Ohne Anzahlung Bilder, Spiegel, wöchentlich 50 Pfennig, Steppdecken, Tischdecken, Portieren, Bezüge, Uhren, Gaskronen, Teppiche und Herrengarderobe. Ferner komplette Wohnungseinrichtungen und einzelne Möbelstücke mit den kleinsten An- und Abzahlungen. Besuch eventuell Postkarte. Weber, Neue Königstraße 34.

Ausverkauf Gaszuglampen Wallnertheaterstraße 82. 4925

Geschäftsverkäufe.

Kolonialwarengeschäft, sichere Existenz, wegen dauernder Krankheit für jeden annehmbaren Preis zu verkaufen. Fidicinstraße 32. 4106*

Lokal, Parteiverkehr, in Fabrik- und Geschäftsgegend, bis 1. Oktober 1911 anderer Unternehmen halber zu verkaufen. Näheres Dettbarm, Kolonienstraße 27. †52

Entgehendes Gemüsegeschäft krankheitshalber sofort zu verkaufen Neukölln, Zietenstraße 2. 151/4

Kundentischlerei zu verkaufen Halensee, Markgraf-Albrechtstraße 2.

Möbel.

Arbeiter-Musterwohnungen. Für jedermann leicht erwerbbar, sehr billig, auch gebrauchte Möbel, gut erhalten, große Auswahl, Teilzahlung gern gestattet. Kassenpreis Zinsvergütung, kleine Anzahlung, bequeme Abzahlung nach Wunsch der Käufer. Gabbert Tischlermeister, Ackerstraße 54. Kein Abzahlungsgeschäft

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.)

Möbel-Gelegenheitskäufe, gut gearbeitet, viele Gelegenheitsmöbel, welche bedeutend unterm Preis sind. Bücherspind 68,—, Schreibtisch 48,—, Bettstelle 33,—, Trumeau mit Stufe 34,—, Sofa 45,—, Kleiderspind 46,—, Kücheneinrichtung 68,—. Ehrich, Alte Schönhauserstraße 32. 1944R*

Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Möbel in großer Auswahl preiswert und billig liefert auf Teilzahlung bei mäßiger Anzahlung die seit 50 Jahren bestehende Möbelfabrik Hermann Nolte, Tischlermeister, Zionskirchstraße 38/39. Verleihen gewesene Möbel billigst. 4795*

Möbel-Gelegenheits-Käufe spottbillig, neue gediegene Einzelmöbel und ganze Einrichtungen, Schlafzimmer (eiche) 288,—, komplette Wohnzimmer 132,— bis 240,—, Chaiselongue 24,—, Sofa 38,—, Trumeau 33,—, Schreibtische 40,—, Bettstellen 25,—. Riesenauswahl. Möbelspeicher Neue Königstraße 5/6, 4 Etagen. Teilzahlung gestattet. Auch Sonntags. 249/1*

Möbel Turmstraße 74, Fabrikgebäude. 442b*

Zentrale für Arbeitermöbel liefert Reformeinrichtungen in gediegener Arbeit an Reelldenkende auch auf Teilzahlung und bittet Parteimitglieder um Besuch der großen Lager. Niedrige Anzahlung. Zinsvergütung. Gelegenheitskäufe in gebrauchten Möbeln. Verkaufsstelle Schatz, Brunnenstraße 160, Eingang Anklamerstraße.

Seltene Gelegenheit. Eine Nußbaumwirtschaft, Jugendstil, Prachtküchenmöbel, Küchengeschirr 197,00, Umbausofa unterm Preis. Casper, Lottumstraße 2. 150/15*

Preisauszug der Möbelfirma Josef Kamerling u. Co., Kastanien-Allee 56, Ecke Weinbergsweg, und Brückenstraße 6, Jannowitzbrücke, Ladeneingang. Geschnitzte Hutbodenschränke, Spiegelvertiko 38,00, Ausziehsofa 36,00, Muschelschränke, Muschelvertiko 27,00, Kommoden, Spiegelspinden, 18,00, geschliffene Trumeau 29,00, Ausziehtisch 15,00, Zimmerstühle 2,90, Küchenschränke 23,00, Speisezimmerbüfetts 85,00, Schreibtische 32,00, Sofaumbaue 38,00, Spiegelschränke 45,00, englische Bettstellen, Muschel-Bettstellen mit Stahlmatratze 33,00, Ruhebetten 21,00. Durch Barmasseneinkäufe sind unsere Lager überfüllt, daher unsere Leistungsfähigkeit. 437b*

Möbelverkauf und Möbeltausch. Vorwärtsleser erhalten Möbel auf Teilzahlung. Aeltere Möbel werden in Zahlung genommen. Postlagerkarte 12, Postamt 22. 1945R*

Möbel, Inventurpreis, Reichenbergerstraße 42. 146/11*

Metallbetten, zwei, modern, Plüschteppich spottbillig verkäuflich Zossenerstr. 10, Hutgeschäft. 146/10*

Tischlermeister gibt Möbel auf Teilzahlung. Kassenpreis, geringe Anzahlung. Nachweis von Kunden wird gut honoriert. Offerten unter „Tischlermeister", Postamt 90 249/16*

Möbel kauft man reell und billig auch auf Teilzahlung in der seit 25 Jahren bestehenden Möbelfabrik von F. L. Engelke, Kastanienallee 83. *

Plüschsofa, hochelegant, 35,—, Englischbetten, Säulentrumeau, Ausziehtisch Lützowstraße 74, vorn I. 231/18

Teilzahlung, Möbeleinrichtung, Stube und Küche 15 Mark. Verliehen gewesene Möbel spottbillig. Berolina, Kastanienallee 49. 493b*

Spottbillig! Fast neu, 2 Bettstellen, Kleiderschrank, Vertiko, Trumeau, Sofa, Tisch, Stühle, komplette Küche. Hammer, Bötzowstraße 30, 1 rechts. 231/16

Sehenswert ist meine Möbelausstellung. Sie sparen viel Geld, wenn beim Einkauf von Möbeln mich in Ihrem eigenen Interesse besuchen wollten. In meinen reichsortierten Lägern finden Sie ausgestellt: 1 Zimmerwohnung und Küche 255,—, 2 Zimmerwohnung und Küche 520,—, 3 Zimmerwohnung und Küche 750,—. Einzelne Möbelstücke spottbillig in nur bester Tischlerarbeit. Auf Wunsch Zahlungserleichterung mit ganz geringem Aufschlag. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. Möbelfabrik H. Kiehle, Schwedterstraße 4/5, nahe Schönhauser Allee. Gegründet 1866. Lager im Fabrikgebäude. Eingang durch den Laden. 2132R*

Wirtschaft, apart modern, Prachtküche verkäuflich (Händler unerwünscht), Plüschsofa, Umbau, Trumeau, Chaiselongue, Gaskrone, Mehreres. Fischer, Königsbergerstraße 11, vorn I links.

Nußbaumwirtschaft, Stube, herrliche Küche, alles noch neu, staunend billig, verkauft Glas, Rosenthalerstraße 57, vorn III. 151/6*

Plüschgarnitur, elegante 25,00, Kleiderspind, Vertiko, Plüschsofa, Bettstelle, Matratze 10,00, Spiegelspind, Spiegel, Kücheneinrichtung, Obstgeschäft, Christburgerstraße 20.

Umzugshalber eine ältere Wirtschaft, Stube und Küche, billig zu verkaufen. Müllerstraße 14a, Seitenflügel III. †90*

Polstermöbelfabrik Chausseestraße 49 verkauft einen großen Posten Moquettsofas, allen Farben, Umbaus, Matratzen, englische Bettstellen, Ruhebetten riesig billig! Chausseestraße 49.

Nußbaummöbel, Zimmer- und Kücheneinrichtung, elegant, ein Grammophon mit Platten 18,00 verkäuflich. Waldemarstraße 76, vorn I, Severin.

Posten Möbel, Chausseestraße 49 riesig billig zum Verkauf!! Farbige Küchen 55,—, bürgerliche Wohnungseinrichtungen 200,— an, Schreibtische, Aufkleideschränke, Marmortoiletten 26,—, Büfetts, komplette Schlafzimmer. Riesenauswahl!! Möbel-Engroslager Chausseestraße 49. 2203b

Möbelfabrik, Georg Tennigkeit, Oranienstraße 172/173. Wenn Sie gediegene Möbel kaufen wollen, versäumen Sie nicht, mein großes Lager zu besichtigen. Wohnzimmer und Küche 246,00, 430,00, elegante 586,00, zwei Zimmer und Küche 620,00 bis 850,00, englisches Schlafzimmer 272,00, moderne in Eiche oder Birke 395,00, 425,00, 500,00. Eichene Speisezimmer, Herrenzimmer in aparten Mustern. Taschensofa 58,00, Ruhebett 26,00, Kleiderschrank, Vertiko 35,00. Komplette farbige Küchen 60,00 bis 200,00. Auch Teilzahlung. 2045R*

Teilzahlung! Möbel! Wohnungseinrichtungen, Stube, Küche, verkauft soliden Leuten gegen Teilzahlung. Anzahlung 30,00, 40,00, 50,00, monatliche oder wöchentliche Ratenzahlung! Langjährige Garantie! Tischlermeister Höfer, Dresdenerstraße 14. Kein Abzahlungsgeschäft. 2199R*

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen"

Berlin C. A. Hahnisch, Ackerstr. 174.
W. G. Schmidt, Kirchbachstr. 14.
O. R. Hackelbusch, Petersburger Platz 4. Gustav Vogel, Koppenstraße 82. R. Wengels, Gr. Frankfurter Str. 120.
NO. L. Zucht, Ammanuelkirchstr. 12. J. Renk, Barnimstr. 42.
N. W. Baumann, Rheinsberger Str. 67. H. Fischer, Bastianstr. 6. Karl Marx, Greifenhagener Str. 27. J. Hönisch, Nazarethkirchstr. 49. H. Vogel, Lortzingstr. 37. R. Tietz, Invalidenstr. 124. L. Techand, Ruheplatzstr. 24.
NW. Karl Anders, Salzwedelerstr. 8.
SW. H. Werner, Gneisenaustr. 72. Taehn, Hagelberger Str. 27.
S. St. Fritz, Prinzenstr. 31. H. Lehmann, Kottbuser Damm 8.
SO. Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15. P. Horich, Engelufer 15.
Adlershof. Karl Schwarzlose, Bismarckstr. 50.
Baumschulenweg. H. Hornig, Marienthalerstr. 13, I.
Borsigwalde. Paul Kienast, Räuschstr. 10.
Charlottenburg. Gustav Scharnberg, Selenheimer Str. 1.
Friedrichshagen. Ernst Werkmann, Köpenicker Str. 18.
Grünau. Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal. Pielicke, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.
Karlshorst. Richard Kütter, Rüdestr. 3, II.
Köpenick. Emil Wihler, Kietzerstr. 6, Laden.
Lichtenberg. Otto Seifert, Wartenbergstr. 1.
Nieder-Schöneweide. Wilh. Hurth, Brückenstr. 10.
Nowawes. Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide. Alfred Bader, Wilhelminenhofstr. 17 II.
Pankow. Otto Rißmann, Mühlenstr. 30.
Reinickendorf. P. Gurich, Provinzstr. 56, Laden.
Neukölln. M. Heinrich, Reuterstr. 2. Conrad, Hermannstr. 50. E. Rohr, Siegfriedstr. 28/29.
Rummelsburg. A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.
Schöneberg. Wilhelm Bäumler, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.
Spandau. Köppen, Breitestr. 64.
Steglitz. H. Bernsee, Albrechtstr. 5.
Tempelhof. Joh. Krohn, Boxhagenstr. 62.
Treptow. Robert Grasmenz, Kiefholzstr. 412, Laden.
Weißensee. Fuhrmann, Sedanstr. 105. Schillert, Berliner Allee 253.
Wilmersdorf. Paul Schubert, Bismarckstr. 27.

Ausstellung modernster Küchen zu Fabrikpreisen an Private! Skalitzerstraße 25, an der Hochbahn. 2185R*

Möbelhaus Andreasplatz. Brautleute, Möbelsuchende kaufen reelle Möbel sowie Wohnungseinrichtungen bekannt billigst. Andreasstraße 25, neben Metzner. 2106R*

Einrichtungen, Einzelstücke liefert billig und gut, Teilzahlung gestattet. Lange, Schmiedterstraße 26. 1916R*

Moderne Arbeitermöbel in zeitgemäßer Ausführung, in Eiche (alle Farben) und Nußbaum, unverleimte Auswahl, zu den allerbilligsten Fabrikpreisen, in solider Arbeit, ohne Zwischenhandel, direkt vom Tischlermeister Julius Apelt, Adalbertstr. 6, am Kottbuserthor. 1964R*

Möbel-Lechner, Brunnenstr. 7, am Rosenthaler Platz, Spezial-Möbelhaus, auf Kredit und gegen bar. Riesenauswahl. Anzahlungen auf Stuben und Küchen 20,—, 35,—, 50,—, 75,—, 100,—. Bequeme Abzahlung. Einzelne Möbelstücke von 5,— Anzahlung an. Alte Kunden, erhalten eventuell ohne Anzahlung. Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, bunte Küchen Vorzeiger dieses erhält beim Kauf von 50 Mark an 5 Mark Rabatt! Liefere auch nach auswärts! Sonntags geöffnet von 8—10. 2164R

Musikinstrumente.

Pianinos und Flügel, gut erhaltene, gebrauchte, in Zahlung genommen, darunter Schiedmayer, Bechstein, Knake, Hellmundt von 175 Mark an. Schiedmayer, Pianofortefabrik, Potsdamerstraße 27B.

Nußbaumpianino, elegantes, auch gebrauchtes, billig. Ziemer, Badstraße 42/43. †52

Bilder.

Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Bogdan, Weinmeisterstraße 2. 1005R*

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 35,—. Holz, Blumenstraße 44. 1093R*

Erstklassige Fahrräder, Monatsrate 10 Mark, Louis Barth, Brückenstraße 10a. Kein Laden. 2060R*

Brennaborrad 35,00, unbenutztes Herrenfahrrad schnellstens Frankfurter Allee 104, Vorderhaus, Grosser.

Herrenfahrrad 22,—, Carbidlaterne, Freilaufrad und Damenfahrrad, Garantieschein. Brandt, Große Frankfurterstraße 121, Seitenflügel.

Kaufgesuche.

Platinabfälle. Gramm 5,70, Gold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber kauft Blümel, Auguststraße 19.

Platina, alte Goldsachen, Silber, Gebisse, alte Uhren, Kehrgold, Goldwatten, Tressen, Quecksilber, sowie sämtliche gold-, silber-, platinhaltigen Rückstände kauft Edelmetallschmelze Brob, Köpenickerstraße 29. Telephon Moritzplatz 6958. 2040R

Höchstzahlend, Metalle, Zahngebisse, Platinabfall, Gold, Silber, Quecksilber, Metallschmelze Nieper, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße).

Münzen, Briefmarken kauft Großmann, Spandauerbrücke 2. 150/6*

Zahngebisse, Gold, Edelmetalle, Altmetalle kauft, Vorwärtsabonnenten höchste Preise. Krüger, Elisabethstraße 66. 2193R

Platin 570, Zahngebisse, Gold, Silber, Quecksilber, Stanniol kauft höchstzahlend Müller, Teltowerstraße 10 I. 4835*

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swientz-Liebknecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 448*

„Regina", Schreibmaschinenschule, erteilt Unterricht in Stenographie und Schreibmaschine. Beginn des neuen Kursus am 1. Oktober. Preis für dreimonatlichen Kursus 15 Mark für beide Fächer. Charlottenstraße 6.

Violinunterricht nach doppelt fördernder Methode erteilt erfahrener Künstler. Eine Stunde Einzelunterricht 1,25, ½ Stunde 75 Pfennig, für 2 Schüler pro Stunde 2 Mark. Unterweisungen zum Zweck des Solospiels vor großem Publikum pro Stunde 3 Mark. Offerten unter Z. 2, Hauptexpedition des „Vorwärts". 1841R*

Gut empfohlene Klavierlehrerin Strogalli, Junkerstraße 14. 484b

Verschiedenes.

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a.

Kunststopferei von Frau Kokosky Schlachtensee, Kurstraße 8 III.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2439R*

Gehrockanzüge verleiht, auch Monatsgarderobe Landsbergerstr. 91a, eine Treppe. 98b*

Wilhelm Schroeder, Uhrmacher und Juwelier, Berlin NO. 55, Immanuelkirchstraße 35, Reparatur-Werkstatt. 2100R*

Pfandleihe Heinersdorferstraße 14, nahe der Greifswalderstraße. †136*

Rehme die Beleidigung gegen Frau Rambaum zurück. Ernst Miermeister, Gärtnerstraße 31. †61

Komiker Schwartz, Frankfurter Allee 143. 4925*

Vermietungen.

Zimmer.

Vorderzimmer, möbliert, zwei Herren, 16,00 mit Kaffee. Krulick, Manteuffelstraße 95 II. †113

Freundliche leere Stube vermietet Wohlfahrt, Ebelingstraße 5.

Möbliertes Zimmer Gneisenaustraße 34, Hof III, Kapischke. †99

Schlafstellen.

Alleinige möblierte Schlafstelle für Herrn vermietet Schade, Lübbenerstraße 10, vorn III. †113

Möblierte Schlafstelle, Herren, 12,—, Blumenstraße 76, vorn III rechts. 486b

Möblierte Schlafstelle. Kühne, Brunnenstraße 116. †128

Schlafstelle, Bierente, Dresdenerstraße 107. 151/5

Schlafstelle für anständigen Herrn vermietet Knekow, Neukölln, Schillerpromenade 4, Quergebäude 1 Treppe.

Freundliche Schlafstelle Dunckerstraße 13, vorn III, Posch. †107

Junger Mann findet zum 1. Oktober saubere Schlafstelle Marxstraße 7, vorn IV.

Mietsgesuche.

Herr sucht kleines möbliertes Zimmer, Süden. Offerten und Preisangabe A. Roack, Kronenstraße 66/67.

Herr sucht möbliertes Zimmer, allein, Nähe Bahnhof Wedding. Preisangabe unter O. H. Vorwärtsausgabe, Salzwedelerstraße.

Möbliertes Zimmer oder Schlafstelle sucht junger Mann mit Klavier. Offerten Preisangabe W. Vorwärts, Lausitzer Platz 14/15. †113

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Fortbildungsschulfreie Arbeitsburschen, 15,— Mark, verlangt Michaelis, Hausvogteiplatz 9. 488b

Marmorschleifer verlangt Prietz, Oranienstraße 20. 489b

Lehrling verlangen Gebr. Hartkopf, Steindruckerei, Wallstraße 17/18.

Zigarettenarbeiter sofort gesucht. Zigarettenfabrik Aslan, Auguststraße 6a. 2201R

Schleiferlehrlinge bei guter Ausbildung und hohem Kostgeld verlangt Bronzeadbeschlag-Fabrik, Dresdenerstraße 80. 151/3

Marmorschleifer, tüchtige, sucht Leder, Buckowerstraße 5. 490b

Schulentlassenes Mädchen bei kleinem Haushalt zur Aushilfe gesucht. Dörrbecker, Friedrichstraße 34.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.